

# Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung

## SCHAFFUNG EINER DATENBASIS ZUM ÜBERGANGSGESCHEHEN

Ralf Kuhnke / Birgit Reißig (Hrsg.)

### Regionales Übergangsmanagement 1



Lokale Berufsbildungsberichte

Schülerbefragungen

Anmeldesysteme als Datenquelle  
zum Übergangsgeschehen

Dokumentationssysteme  
zum Fallmanagement

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



ESF  
Europäischer Sozialfonds  
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION



Deutsches Zentrum  
für Luft- und Raumfahrt e.V.  
Projekträger im DLR

In der Broschürenreihe „Regionales Übergangsmanagement“ veröffentlicht das DJI Beiträge aus der wissenschaftlichen Begleitung der Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement im BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“.

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ und die in seinem Rahmen publizierten Beiträge werden aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert. Durchgeführt wird das Programm vom Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investitionen in die Humanressourcen.

© 2010 Deutsches Jugendinstitut e. V.  
Internet: <http://www.dji.de>

Nockherstraße 2  
81541 München  
Telefon (089) 623 06-0  
Telefax (089) 623 06-162

Außenstelle Halle  
Franckeplatz 1, Haus 12+13  
06110 Halle a. S.  
Telefon (03 45) 6 81 78-0  
Telefax (03 45) 6 81 78-47

Weitere Exemplare dieser Broschüre können gegen einen Versandkostenbeitrag von EUR 1,45 in Briefmarken pro Exemplar bei der DJI-Außenstelle in Halle angefordert werden.

Grafische Konzeption,  
Artdirection und Realisation  
HS-Design, Heike Schumacher,  
München, [HSDesign1@aol.com](mailto:HSDesign1@aol.com)

Druckvorstufe  
Media Diversified, München

Druck  
Druckfrei, München

# Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen

Ralf Kuhnke / Birgit Reißig (Hrsg.)

## Vorwort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Broschürenreihe „Regionales Übergangsmanagement“

Nicht nur für das Leben jedes einzelnen jungen Menschen sind eine gute berufliche Ausbildung und ein erfolgreicher Berufsabschluss von entscheidender Bedeutung. Vielmehr ist eine solide ausgebildete nachwachsende Generation eine wichtige Basis für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die in Wirtschaft und Verwaltung dringend benötigten und rarer werdenden Fachkräfte. Am Erreichen des Ziels „Ausbildung für alle“ müssen wir deswegen konsequent weiter arbeiten.

Im Jahr 2006 appellierte die Arbeitsgruppe „Regionales Übergangsmanagement“ des vom BMBF eingerichteten „Innovationskreises berufliche Bildung“ an die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Akteure auf lokaler und regionaler Ebene, durch eine verbesserte Abstimmung von Angeboten und politischen Maßnahmen Jugendlichen den Übergang von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit zu erleichtern (BMBF 2007: 14–15). In Umsetzung dieser Empfehlungen startete das BMBF im Jahr 2008 im Rahmen der Nationalen Qualifizierungsinitiative das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ mit den Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“.

Durch die wissenschaftliche Begleitung dieser beiden Förderinitiativen werden die beteiligten Akteure – das BMBF, der Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR) sowie die Initiativen selbst – unterstützt und beraten. Bereits während der laufenden Umsetzung können so „reife Problemlösungen“ identifiziert und der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck wurde – ergänzend zu den Newslettern des Programms und Veröffentlichungen in Fachzeitschriften – eine Broschürenreihe konzipiert, in der auch die vorliegende Publikation erscheint. Ich wünsche mir, dass sie dazu beiträgt, den Zugang bildungsbenachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener zur Berufsausbildung weiter zu verbessern.

### Peter Munk

Referat "Jugendliche mit schlechteren Startchancen; Innovationen in der beruflichen Weiterbildung; Arbeitsmarkt"

- 04 **1 Datengrundlagen für regionales Übergangsmanagement**
- 05 Warum Übergangsmanagement?
- 05 Regionale Unterschiede in den Übergangsverläufen
- 06 Datengrundlagen zum Übergangsgeschehen
  
- 08 **2 Lokale Berufsbildungsberichte**
- 10 Jörg Stender:  
Kommunale Berufsbildungsberichte – Das „Duisburger Modell“
- 16 Susanne Felger/Ulrike Süß:  
Berufsintegrationsbericht für Weinheim und die Badische Bergstraße
  
- 20 **3 Schülerbefragungen zum Übergang Schule – Berufsausbildung**
- 21 Regina Linke:  
Die Kölner Schulabsolventenbefragung
- 24 Nora Gaupp/Boris Geier/Franciska Mahl/Ralf Kuhnke/Birgit Reißig:  
Die lokalen Schulabsolventen-Längsschnitte des DJI
  
- 30 **4 Anmeldesysteme als Datenquellen zum Übergangsgeschehen**
- 32 Martina Dankwart/Bianca Gollers:  
SchülerOnline
- 38 Sandra Fitzen/Birgit Klein/Phyllis Paul:  
Ausbau der „Dortmunder Schulbank“ zu einem Instrument des Übergangsmonitorings
  
- 42 **5 Dokumentationssysteme für Begleitprozesse als Datenquellen zum Übergangsgeschehen**
- 43 Julia Lena Wasmuth:  
Das Berliner Netzwerk für Ausbildung
- 46 Christoph Schwammborn:  
WASKA und WASKO
  
- 48 **6 Zitierte und weiterführende Literatur zu den Kapiteln**

# 1 Datengrundlagen für regionales Übergangsmanagement



## WARUM ÜBERGANGSMANAGEMENT?

Der Abschluss einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf gilt in Deutschland als Mindestausstattung für Erwerbsarbeit. Das Risiko, ohne Berufsabschluss ins Erwerbsleben eintreten zu müssen, ist dabei nicht gleichmäßig verteilt. Im zweiten Nationalen Bildungsbericht im Jahr 2008 heißt es dazu: „Nach Schulende haben die Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss die weitaus niedrigsten Übergangsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 162). Vier Fünftel der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und die Hälfte der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss müssten Qualifizierungsmöglichkeiten im „Übergangssystem“ wahrnehmen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 157), deren Effektivität und Effizienz von den Autoren/innen des Bildungsberichts skeptisch bewertet wird (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 168). Das Risiko, ohne Ausbildungsabschluss zu bleiben, ist also besonders hoch für Jugendliche, die nur den Hauptschulabschluss erworben bzw. ganz ohne Abschluss die allgemein bildenden Schulen verlassen haben.

**Hinweise auf eine große Vielfalt der individuellen Verlaufsmuster bei den Übergängen von der Schule in die Ausbildung liefert das DJI-Übergangspanel, eine mit Unterstützung durch das BMBF durchgeführte bundesweite Längsschnittuntersuchung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zu den Bildungs- und Ausbildungswegen von Hauptschulabsolventen/innen: Nur jedem/r vierten Hauptschüler/in gelingt nach Ende des Pflichtschulbesuchs der direkte Einstieg in eine Ausbildung. Für gut ein Drittel der Jugendlichen beginnt der weitere Bildungsweg mit einem einjährigen Zwischenschritt in einer Schule oder einem berufsvorbereitenden Angebot, der von einem Teil der Jugendlichen als Möglichkeit der Chancenverbesserung gesehen wird, weit häufiger aber als Notlösung mangels besserer Alternativen.**

Eine Analyse der Längsschnittdaten dieser Erhebung für den Zeitraum von 2004 bis 2008 zeigt, dass einem Viertel der Jugendlichen 54 Monate nach dem Ende der Pflichtschulzeit der Einstieg in die Ausbildung noch immer nicht gelungen ist. Diese Jugendlichen haben im Durchschnitt 27 Monate in Schulen oder berufsvorbereitenden Lernangeboten verbracht. Nur selten befanden sie sich in einer (nach kurzer Zeit abgebrochenen) Ausbildung. Durchschnittlich 13,5 Monate haben sie als Ungelernte gearbeitet. Etwa genau so lange waren sie im Durchschnitt erwerbslos. Diese Gruppe hat durchschnittlich die Hälfte des Untersuchungszeitraums entweder in Schulen und/oder in berufsvorbereitenden Lernangeboten verbracht.

## Erhöhtes Risiko der Ausbildungslosigkeit für Haupt- und Förderschüler/innen

Der Weg dieser Jugendlichen in die Ausbildungslosigkeit verlief nur in Ausnahmefällen über einen direkten Einstieg in (ungelernte) Arbeit nach Ende der Pflichtschulzeit. Jugendliche, denen dauerhafte Ausbildungslosigkeit droht, weil sie innerhalb von vier Jahren nach Verlassen der Schule den Einstieg in eine Ausbildung nicht bewältigt haben, verbrachten im Durchschnitt die Hälfte dieser Zeit in verschiedenen Lernangeboten und Maßnahmen. Das Problem bestand also nicht darin, dass den Jugendlichen keine Lernangebote gemacht wurden, und auch nicht darin, dass diese Jugendlichen (zumindest in ihrer Mehrheit) sich solchen Lernangeboten generell entzogen hätten. Das Problem war vielmehr, dass diese Lernangebote – und die Abfolge von Schritten, in denen sie absolviert wurden – nicht den gewünschten Effekt hatten: nämlich den Jugendlichen den Zugang zu einer regulären Berufsausbildung zu eröffnen.

Um Übergangsverläufe zu verhindern, die durch ihre Dauer und eine fehlende innere Logik für Jugendliche zum Risiko werden, ist eine engere Zusammenarbeit der Anbieter von Bildung und Ausbildung bzw. arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefordert: allgemeinbildende und berufliche Schulen, Betriebe, Arbeitsagenturen und Träger der Grundsicherung. Insbesondere auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten können und müssen dafür Anstrengungen gebündelt werden (Bertelsmann Stiftung 2007). Gefordert ist ein lokales/regionales Übergangsmanagement.

## STARKE REGIONALE UNTERSCHIEDE IN DEN ÜBERGANGSVERLÄUFEN

Wichtige Anhaltspunkte dafür, dass sich die Wege Jugendlicher in die Ausbildung bzw. Ausbildungslosigkeit regional sehr unterschiedlich gestalten, liefern zwei vom DJI durchgeführte lokale Längsschnittstudien zu den Bildungs- und Ausbildungswegen von Schulabsolventen/innen, begonnen im Jahr 2007 und durchgeführt in einer westdeutschen (Stuttgart) und einer ostdeutschen Großstadt (Leipzig).

In Stuttgart, wo rund 30 Prozent eines Altersjahrgangs die Hauptschule besuchen, ist der weitere Schulbesuch die wichtigste Anschlussstation nach dem 9. Schuljahr der Hauptschule. Jeweils ein Viertel der Absolventen/innen der Hauptschule mündet unmittelbar in eine Ausbildung ein bzw. in ein berufsvorbereitendes Lernangebot (meist in einer Berufsschule). Ein Jahr später geht die größte Gruppe (39 Prozent) noch immer zur Schule, 37 Prozent befinden sich jetzt in einer Ausbildung und 10 Prozent noch immer in der Berufsvorbereitung.

Ganz anders stellen sich die Wege der untersuchten Leipziger Mittelschüler/innen dar (in diesem Bundesland besuchen weniger als 10 Prozent eines Altersjahrgangs den Hauptschulzug der Mittelschule). Dort mündet die größte Gruppe sofort in eine Ausbildung ein, nur ein knappes Viertel geht weiter zur Schule und nur gut jede/r Zehnte macht einen Zwischenschritt in einem berufsvorbereitenden Lernangebot. Die Verteilung der Jugendlichen ein Jahr später macht die Unterschiede gegenüber Stuttgart deutlich: Doppelt so hoch ist in Leipzig der Anteil derjenigen, die im November 2008 bereits in Ausbildung sind (73% in Vergleich zu 37%). Nur jede/r Fünfte geht weiter zur Schule, und nur noch zwei Prozent befinden sich in einem berufsvorbereitenden Angebot (weitere Ergebnisse aus den beiden Untersuchungen finden sich auf S. 24-29 in dieser Broschüre).

#### DATENGRUNDLAGEN ZUM ÜBERGANGSGESCHEHEN

Ein effektives Übergangsmanagement ist auf regionale bzw. lokale Problemdiagnosen angewiesen. Ein Grundhindernis für die Entwicklung differenzierter lokaler Problemlösungen ist jedoch das Fehlen geeigneter Ausgangsdaten. Die verfügbaren statistischen Daten (aus der Schulstatistik, der Berufsberatungsstatistik, der Statistik

der Kammern, der Arbeitslosenstatistik) sind in der Regel Querschnittsdaten. Um die Wege abzubilden, die Jugendliche von der Schule ins Arbeitsleben gehen, werden aber Verlaufsdaten benötigt: Daten, die es erlauben, Wege zu identifizieren, die sich als erfolgreich erweisen; Daten, die geeignet sind herauszufinden, welche Wege Sackgassen und Umwege darstellen und daher mit dem Risiko verbunden sind, dass der Übergang in Ausbildung und Arbeit misslingt und die Jugendlichen im beruflichen und sozialen Abseits landen.

In dieser Broschüre werden im Folgenden unterschiedliche Verfahren dargestellt, mit denen Verlaufsdaten zum Übergangsgeschehen als Grundlage für ein regionales Übergangsmanagement gewonnen werden können. Die beschriebenen Verfahren unterscheiden sich in Anspruch und Aufwand und führen demzufolge zu unterschiedlich differenzierten Ergebnissen. Ziel der Broschüre ist, unterschiedliche Verfahren der Datengewinnung und die jeweils mit ihnen verbundenen Anforderungen und Voraussetzungen so zu beschreiben, dass die Leser/innen die Informationen erhalten, die sie benötigen, um ein für sie passendes Verfahren auszuwählen.



#### Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ im BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“

2006 ist die Arbeitsgruppe regionales Übergangsmanagement des Innovationskreises berufliche Bildung der Frage nachgegangen, wie durch eine bessere Kooperation der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Akteure auf lokaler und regionaler Ebene und durch eine verbesserte Abstimmung von Angeboten und Politiken der Übergang Jugendlicher von der Schule in Ausbildung verbessert werden kann: „Das Übergangsmanagement Schule-Ausbildung muss zu einem örtlich/regional gesteuerten, zwar flexiblen, aber verlässlichen Regelsystem entwickelt werden, in dem bisherige Einzelmaßnahmen zusammengefügt werden. Die lokale Kooperation aller Entscheidungsträger ist in Vernetzungsprojekten häufig erprobt. Was fehlt, ist die systematische Schaffung von dauerhaften, vernetzten Strukturen für die passgenaue Beratung und Vermittlung Jugendlicher mit Förderbedarf, in denen die lokal/regional verfügbaren Förder- und Qualifizierungsangebote unterschiedlicher Akteure eingebunden sind ...“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007: 14-15).

Zur Umsetzung dieser Empfehlungen wurde im Jahr 2008 vom BMBF das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ mit den Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ gestartet. Mit dieser thematischen Fokussierung sollten sowohl präventive, auf das Gelingen der Übergänge in Ausbildung gerichtete Aktivitäten, als auch eine auf Reintegration gerichtete Komponente im Sinne einer zweiten Chance zum Nachholen von Berufsabschlüssen implementiert werden.

Die 16 Städte und elf Landkreise in der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ setzen sich mit den folgenden Anforderungen auseinander:

- Sie klären, welcher konkrete Handlungsbedarf in der Kommune oder im Landkreis besteht und entwickeln Verfahren, Übergangsmanagement systematisch durch Daten zu unterfüttern. Hintergrund dafür ist, dass es an den Standorten der Förderinitiative in den meisten Fällen keine systematischen und umfassenden Informationen über das Übergangsgeschehen gibt.
- Sie schaffen Transparenz über lokale Angebotsstrukturen. Eine solche Transparenz fehlt bisher vielerorts, weil das Feld der Angebote sich durch Programme von Bund, Ländern, Kommunen, Stiftungen und anderen Akteuren ständig verändert und keine Stelle einen Überblick über die Gesamtheit der Angebote hat.
- Sie verknüpfen regionale bzw. lokale Strukturen und Aktivitäten mit Vorgaben und Initiativen der Landesebene und fungieren als Pilotvorhaben für eine landesweite Einführung des regionalen Übergangsmanagements.
- Sie prüfen die Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Akteure bei der Gestaltung des Übergangsmanagements. Insbesondere klären sie, wie durch bundeszentrale Vorgaben gesteuerte Akteure (z.B. die

Arbeitsagenturen) ihre Aktivitäten und Leistungen in eine abgestimmte lokale Leistungsstruktur einbringen können.

- Sie entwickeln Verfahren der Abstimmung und Strukturen und Prozesse einer akteursübergreifenden Kooperation. Dabei berücksichtigen sie, dass diese Akteure in unterschiedliche Hierarchien eingebunden sind. Kein Akteur ist in der Position, anderen Vorgaben zu machen.
- Sie gewinnen Mandatsträger in Gemeinderäten und Kreistagen und/oder die politische Spitze (Landrätin/Landrat, Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeister) für das Übergangsmanagement. Deren Engagement erleichtert konsensuelle Problemlösungen, zu deren Umsetzung die Akteure ihre Gestaltungsspielräume ausschöpfen müssen.

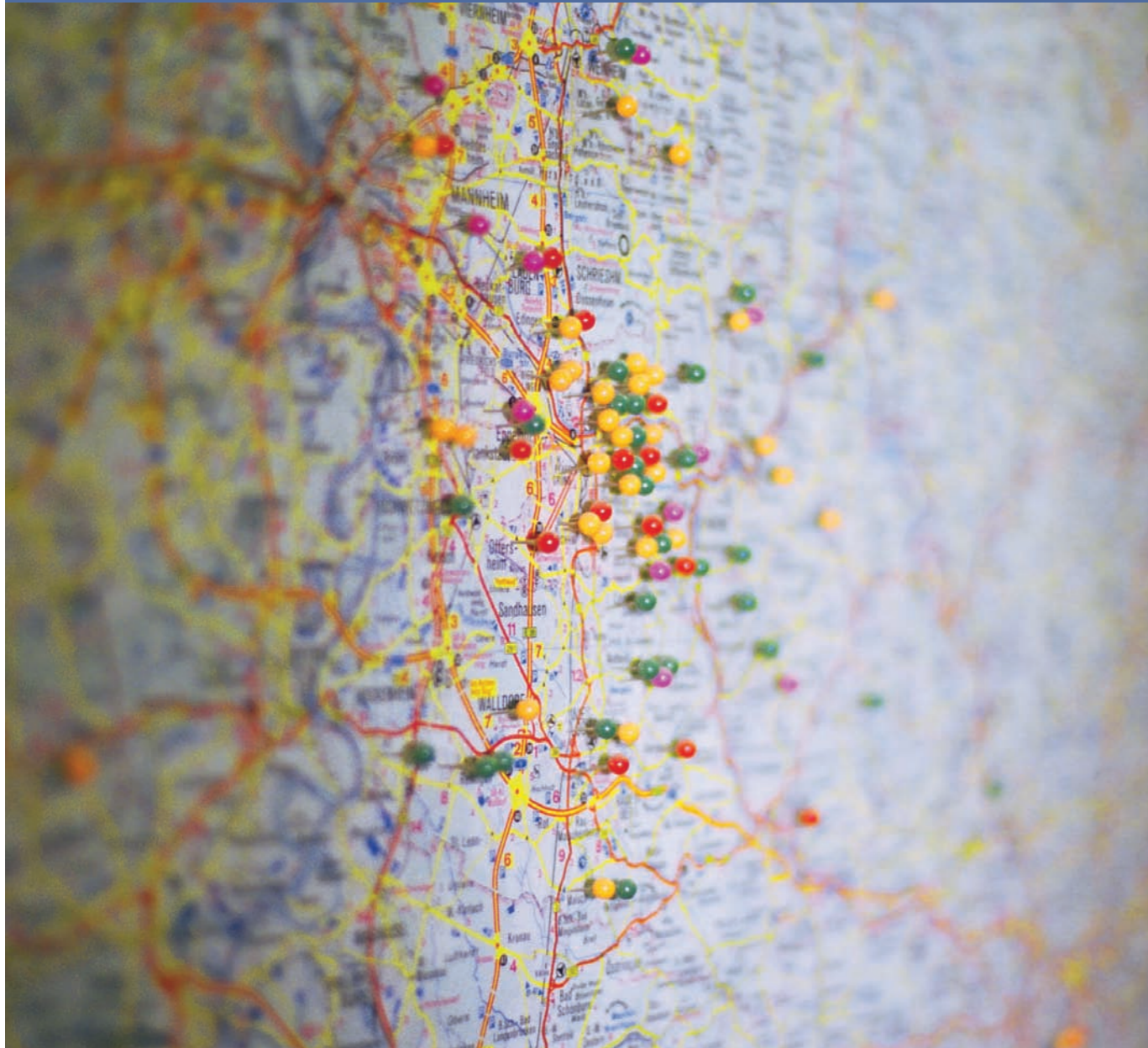
Wegen der regionalen Unterschiede im Ausbau von Institutionen und Angeboten im Übergang Schule – Beruf, in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und der Lage auf den Lehrstellen- und Arbeitsmärkten gibt es große Unterschiede in den Wegen Jugendlicher von der Schule in Ausbildung und Arbeit. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Anforderungen an regionales Übergangsmanagement. Darum stellten sich fast alle Standorte in einem ersten Schritt der Aufgabe, die Datengrundlagen zum Übergangsgeschehen zu verbessern.

Dabei konnten viele Standorte der Förderinitiative an Vorarbeiten anknüpfen: Schülerbefragungen, Schulabsolventenlängsschnitte, in denen die Wege der Schulabsolventen von der Schule in Ausbildung im zeitlichen Verlauf erhoben werden (Leipzig und Stuttgart), elektronische „Anmeldesysteme“, die den Übergang von den allgemeinbildenden in die beruflichen Schulen abbilden, „Lotsensysteme“, die Übergänge der begleiteten Jugendlichen in Datenbanken dokumentieren und lokale Bildungs- und Berufsbildungsberichte.

An vielen Standorten der Förderinitiative wurden im Frühjahr 2009 Schulabsolventenbefragungen durchgeführt, um Informationen zu den Anschlussplänen der Jugendlichen zu erheben. Damit liegen erstmals umfassende und differenzierte Informationen über die Anschlusspläne der Schulabsolventen/innen vor. An einigen Standorten wurden durch Folgebefragungen auch die tatsächlichen Platzierungen der Jugendlichen im Herbst 2009 erhoben.

Die Förderinitiative hat das Problembewusstsein geschärft, dass Strategien zur Verbesserung von Übergängen eine belastbare Informationsbasis zum Übergangsgeschehen benötigen. Die Vorhaben haben sich das dafür notwendige methodische Basiswissen angeeignet. Sie haben begonnen, Kooperationsbeziehungen zu regionalen Wissenschaftseinrichtungen aufzubauen, um mit den Ressourcen der Region Datengrundlagen für ein regionales Übergangsmanagement schaffen zu können.

## 2 Lokale Berufsbildungsberichte



Seit über zwei Jahrzehnten geben die Berufsbildungsberichte der Bundesregierung jährlich Auskunft über die Berufsbildungssituation der jungen Generation in Deutschland. In den Fällen, in denen Zahlen auf die regionale Ebene heruntergebrochen wurden, wurde eines besonders deutlich: Um die Situation der Jugendlichen im Übergang Schule – Berufsausbildung und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf präzise bestimmen zu können, werden Daten auf der regionalen bzw. lokalen Ebene benötigt. Denn in bundesweiten Lehrstellenbilanzen werden große regionale Unterschiede im Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen eingeebnet. Eine vom Deutschen Jugendinstitut 1990 veröffentlichte annotierte Bibliographie zu den „Lebensverhältnissen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Großstädten“ listet allein für die Jahre 1986 bis 1989 acht kommunale Berufsbildungsberichte auf, wobei insbesondere Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle spielten (Braun/Schäfer 1990: 79–100).

Mit der jährlichen Erstellung von Berichten wurde frühzeitig der Versuch unternommen, über Zeitreihen die Entwicklung insbesondere der Situation von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung abzubilden. So lieferten beispielsweise die Berufsbildungsberichte der Stadt Duisburg jährlich einen Grundbestand vergleichbarer Informationen für den Zeitraum von 1983 bis 1999. Im Duisburger Berufsbildungsbericht wurde schon früh das Problem der unzureichenden Datenlage zum Übergangsgeschehen moniert. Die in der Bildungs- und Berufsbildungsstatistik vorliegenden Querschnittsdaten erlaubten zwar, die Zahl der Schüler/innen (etwa in den Abgangsklassen der allgemein bildenden oder beruflichen Schulen) oder die Zahl der Teilnehmer/innen an Maßnahmen der Berufsvorbereitung und der Auszubildenden in der betrieblichen Ausbildung zu erfassen, nicht aber die Wege, auf denen Jugendliche von einer Station zur nächsten gelangten. Hierzu entwickelte der Duisburger Berufsbildungsbericht mit seiner „Input-Output-Matrix“ ein Verfahren, mit dem die Übergangsströme sichtbar gemacht werden konnten: von den abgebenden Institutionen (sowohl den allgemeinbildenden als auch den beruflichen Schulen sowie den Maßnahmen der Arbeitsverwaltung) hin zu den aufnehmenden Institutionen insbesondere den Einrichtungen der beruflichen Bildung.

Gemeinsam war fast allen lokalen Berufsbildungsberichten der 1980er-Jahre, dass sie ein umfassendes Bild durch die Zusammenführung von Daten aus unterschiedlichen Quellen zu zeichnen versuchten: Daten der amtlichen Schulstatistik wurden ebenso herangezogen wie Informationen aus der Ausbildungsstatistik der Kammern. Als Vollerhebungen angelegte Befragungen von Schulabsolvent/innen sowie repräsentative schriftliche Befragungen der 15- bis 24-Jährigen ergänzten Daten der amtlichen

Statistik. Sondererhebungen beleuchteten die Situation von Jugendlichen, für die das Risiko misslingender Übergänge in eine Ausbildung besonders groß war: etwa von Mädchen oder Jugendlichen nicht deutscher Staatsangehörigkeit.

Bisher ungeklärt ist, warum auf den Boom der lokalen Berufsbildungsberichte in den 1980er-Jahren im anschließenden Jahrzehnt erst einmal eine (relative) Flaute folgte, zumal die Bedeutung der kommunalen Ebene für das Gelingen einer Politik der beruflichen Integration insbesondere im Rahmen von EU-Förderprogrammen kontinuierlich hervorgehoben wurde: Bildung und Qualifizierung waren aus Sicht der EU-Kommission deren zentrale Bausteine (European Commission 1999; Europäische Kommission 2000). Indem ab 2005 mit dem Sozialgesetzbuch II die Zuständigkeit für die Beratung, Betreuung und Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen der lokalen Ebene (entweder gemeinsam mit der örtlichen Arbeitsverwaltung in Arbeitsgemeinschaften, kurz: ARGEn oder in Optionskommunen der kommunalen Verwaltung) zugewiesen wurde, stand lokale Politik vor der Herausforderung, für Jugendliche Wege zur beruflichen Integration zu gestalten und die dafür benötigte Datengrundlagen zu schaffen.

Folglich haben viele der 27 Standorte, die sich an der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ im BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“ beteiligten, die periodische Erstellung von Berufsbildungsberichten als Datengrundlage für ihr Übergangsmanagement auf die Agenda gesetzt. Sie stehen dabei vor einer Reihe von Fragen und Anforderungen:

- Wie differenziert soll das System von Indikatoren sein, für die eine regelmäßige Berichterstattung erfolgen soll?
- Welche Daten stehen zur Verfügung? Welche Daten sollen auf welchem Wege erhoben werden?
- Wie kann die Kooperationsbereitschaft von „Datenlieferanten“ gesichert werden?
- In welchen zeitlichen Abständen sollen diese Berichte erarbeitet werden?
- Welche Ressourcen können/sollen für die Berichterstattung eingesetzt werden?
- Wie kann die für die Erstellung der Berichte erforderliche inhaltliche und statische Kompetenz mobilisiert werden?
- Wie kann die Erstellung der Berichte mit den organisatorischen und politischen Prozessen des lokalen/regionalen Übergangsmanagements verbunden werden?

Die Berufsbildungsberichte der 1980er-Jahre haben bereits Antworten auf viele dieser Fragen gesucht, die heute erneut aufgeworfen werden. Um diese Erfahrungen und die in der Rückschau daraus neu gewonnenen Einsichten nutzen zu können, werden im ersten Beitrag dieses Kapitels Anlage, Umsetzung und Ertrag des

## Die Angebots- Nachfrage-Relation ist kaum geeignet, die Versorgungslage abzubilden.

„Duisburger Berufsbildungsberichts“ von Jörg Stender, einem der damaligen Initiatoren und Umsetzer, dargestellt. In einem zweiten Beitrag beschreiben Susanne Felger und Ulrike Süss von der Kommunalen Koordinierungsstelle das Übergangsmanagement Schule – Beruf der Stadt Weinheim als ein Beispiel für die periodische Berichterstattung zur Ausbildungssituation Jugendlicher in einer Stadt mittlerer Größe.

Ziel beider Beiträge ist es, den Lesern/innen grundlegende Informationen zu den notwendigen Entscheidungen sowie über die zu klärenden Voraussetzungen und Umsetzungsschritte an die Hand zu geben, die bei der Konzipierung einer lokalen/regionalen Berufsbildungsberatung anstehen.

### KOMMUNALE BERUFSBILDUNGSBERICHTE – DAS „DUISBURGER MODELL“

Jörg Stender

#### Anlass

Was war der Anlass für den Berufsbildungsbericht Duisburg? Anfang der 1980er-Jahre war die Versorgungslage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Duisburg besonders problematisch. So stieg die Arbeitslosenzahl zwischen 1980 und 1983 um 122 Prozent, die Arbeitslosenquote stieg von 7 auf 15,8 Prozent. Im gleichen Zeitraum hatte sich das Ausbildungsplatzdefizit (gemessen an der Ausbildungsplatzbilanz) fast verzehnfacht. Gleichwohl erfolgte keine besondere problemregionale Förderung für den Ausbildungsmarkt in Duisburg durch Bund oder Land. Hintergrund hierfür war, dass die Entscheidung über Fördermittel für Problemregionen vor allem vom fragwürdigen Indikator der Angebots-Nachfrage-Relation abhängig gemacht wurde. Er ist unseres Erachtens bereits schon auf Bundesebene kaum geeignet, die Versorgungslage valide abzubilden – für interregionale Vergleichszwecke ist er völlig ungeeignet. So ist der Indikator je nach Einschaltungsgrad der Arbeitsagentur unterschiedlich aussagefähig. Und noch schlimmer: Da ein „Verschieben“ von Unversorgten in alternative Maßnahmen den Indikator günstiger aussehen lässt als er tatsächlich ist, gingen von ihm sogar eher Negativanreize aus: Regionen, in denen Jugendliche alternativ versorgt wurden, wurden dadurch bestraft, dass sie damals keine Fördermittel als „Problemregion“ erhielten.

Vor diesem Hintergrund bat 1983 das Jugendamt das Fachgebiet Berufspädagogik/Berufsbildungsforschung der Universität Duisburg, einen „Gegenentwurf“ zum Bundesbericht zu erstellen, um die Problematik zu verdeutlichen. (Die Leitung des Vorhabens lag bei Prof. Dr. Günther Kutscha, die Umsetzung besorgte der Autor dieses Beitrags.)

#### Herangehensweise: Rahmenbedingungen der Nutzung und Feldvorbereitung

Die Universität wollte sich der Bitte nicht verschließen. Allerdings waren zahlreiche Negativerfahrungen aus anderen Regionen bekannt. Und auch in Duisburg waren zu Beginn große Vorbehalte gegenüber dem Anliegen festzustellen, wie ein Zitat vom Geschäftsführer der regional zuständigen Industrie- und Handelskammer (IHK) aus dem Jahr 1993 verdeutlicht: „Sogenannte Berufsbildungsbilanzen dienten Anfang der 80er Jahre ... als Kampfmittel im Spiel von Schuldzuschreibungen ... Ein besonders beliebtes Geschöß aus dem Wahlkampf-

arsenal war die ‚Lehrstellenlücke‘. Diese Granate war auch in Duisburg noch nicht entschärft, als die Kammer im Frühjahr 1983 zunächst ganz vorsichtig und informell ... von städtischer Seite gefragt wurde, wie sie wohl zu der gemeinsamen Herausgabe des Duisburger Berufsbildungsberichtes unter maßgebender Beteiligung der Universität stünde ... so befürchteten wir ... , dass dieser Zugang zu unserem Datenmaterial mißbraucht werden könnte ... Es zeichneten sich Ansätze zu einem Regionalforschungsauftrag ab, der zu einer fundierten wissenschaftlichen Politikberatung ... führen konnte“ (Stadt Duisburg 1993: 3). Unser damaliges Konzept war darauf ausgerichtet, die in der Region verfügbaren Daten so weit wie möglich auszuwerten und zu einem Gesamtkonzept zu verbinden. Wir wollten also möglichst auf aufwändige Primärerhebungen verzichten und stattdessen auch auf informelle Geschäftsstatistiken bei den verschiedenen Institutionen in der Stadt zurückgreifen. Dies war, wie das Zitat eben verdeutlichte, mit großen Problemen verbunden: Wie konnten wir Zugang zu diesen Daten bekommen? Und mit welchen Kooperationspartnern war ein Netzwerk aufzubauen?

Zunächst zur zuletzt genannten Frage. Da wir Übergänge im Berufsbildungssystem zu einem Stichtag feststellen wollten, mussten die Zugangsstatistiken aller Bildungsgänge in der Region ausgewertet werden. Dabei waren wir – um eine Herkunfts-Verbleibs-Rechnung realisieren zu können – vor allem auf folgende Datenlieferanten angewiesen:

- Zuständige Stellen: Hier wollten wir die Neuabschlüsse nach den dort verfügbaren Kriterien auswerten (vor allem nach schulischer und regionaler Herkunft sowie nach soziodemographischen Merkmalen).
- Schulverwaltungsamt: Auch hier ging es um eine Sonderauswertung der Schulstatistik, vor allem nach den eben genannten Kriterien, sowie der Schulabgängerinnenbefragungen, die für Prognosen und Schätzungen wichtig waren.
- Träger berufsvorbereitender Maßnahmen: Hier fehlten die statistischen Grundlagen damals komplett, und wir waren auf die Kooperation der relevanten Träger angewiesen.
- Arbeitsamt (Arbeitsagentur): Hier sollten möglichst differenziert die regional verfügbaren Daten der Bewerberstatistik zur Verfügung gestellt werden. Diese Daten benötigten wir für die möglichst genaue Analyse des Ausbildungsmarktes, aber auch, um notwendige Schätzungen vornehmen zu können.

Darüber hinaus wurden Kooperationen mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aufgebaut, um deren Regionaldateien nutzen zu können. Schließlich wurde eine intensive Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik und Stadtforschung vereinbart, das nicht nur Daten für Schätzzwecke zur Verfügung stellte, sondern auch



## Jugendliche im Ungelerntenstatus tragen ein hohes Arbeitsmarktrisiko.



eigene Untersuchungen durchführte. Hinzu kam, dass dieses Amt den Bericht nach Beendigung unserer Aktivitäten in Alleinregie übernehmen sollte.

Um den Zugang zu den notwendigen Daten zu erhalten, aber auch um so etwas wie eine regionale Verantwortungsgemeinschaft für das Übergangsmanagement zu etablieren, haben wir von Anfang an zwei Strategien verfolgt: Erstens die Einbindung des Berichts in regionalpolitische Strukturen und zweitens eine Vertrauensbildung in der Region zum Aufbau eines Kooperationsnetzwerks für die Datengewinnung. Zunächst zum Aspekt der Einbindung in regionalpolitische Strukturen:

Um Kooperationspartner in der Region zur Mitarbeit zu bewegen, ist es aus unserer Sicht wichtig, dass der Bericht in regionalpolitische Strukturen eingebunden wird. Deswegen war es von großer Bedeutung, einen offiziellen Auftrag aus der regionalen Bildungspolitik zu erhalten. Unsere Strategie war daher, zunächst folgende Ausschüsse einzubeziehen:

- den Jugendwohlfahrtsausschuss,
- den Ratsausschuss Jugendarbeitslosigkeit (Funktion: Beratung des Stadtrats) und
- den Koordinierungskreis Jugendarbeitslosigkeit (Funktion: Beratung der Stadtverwaltung).

Die Zusammensetzung aller Ausschüsse war korporativ: Sie umfasste

alle Ratsfraktionen sowie Experten/innen von Kammern, Arbeitsamt, Schulen, Gewerkschaften und freien Trägern der Berufsvorbereitung. Nach der Zustimmung in den genannten Ausschüssen erfolgte schließlich ein einstimmiger Auftrag durch den Rat der Stadt Duisburg.

Dies konnte auch dadurch erreicht werden, dass zugesagt wurde, den jeweiligen Bericht bereits im Entwurfsstadium jährlich in den genannten Gremien zu beraten. Dabei ging es nicht nur um die Ergebnisse und Konsequenzen daraus, sondern auch um die Weiterentwicklung des Konzepts für das jeweils nächste Jahr. Dies förderte Vertrauen und vermied „Fliegenbeinzählerei“. Erst nach den Sachdiskussionen in den genannten Ausschüssen ging die Vorlage dann weiter an den Stadtrat, um dort beraten zu werden. Diese Einbindung in die regionalpolitischen Strukturen hatte zugleich den Vorteil, dass jene Akteure, die Übergangsmanagement aktiv betreiben konnten, von vorn herein in den Bericht mit einbezogen worden sind.

Neben der Einbindung in regionalpolitische Strukturen waren vertrauensbildende Maßnahmen der wahrscheinlich unentbehrlichste Teil. Denn schließlich war die Universität darauf angewiesen, dass alle Akteursgruppen Zugang zu den verfügbaren Daten, insbesondere auch zu den Geschäftsstatistiken, ermöglichen.

Beim Vertrauensaufbau kam dem Projektteam sicher zugute, dass die Universität als neutrale Instanz angesehen wurde. In anderen Regionen wurden Berichte von Interessensverbänden – wie etwa dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DBG) – erstellt. Folge war, dass dann mehr über die Aussagekraft von Daten gestritten wurde als über bildungspolitische Maßnahmen im Rahmen eines aktiven Übergangsmanagements. Daher verzichtete das Team auch auf vorbelastete Konzepte, wie etwa die DGB-Berufsbildungsbilanz, die damals als Dunkelzifferrechnung heiß umstritten war.

Um Vorbehalte abzubauen, wurde das Berichtskonzept allen relevanten Institutionen, nämlich den zuständigen Stellen, dem Arbeitsamt (Arbeitsagentur), den Maßnahmeträgern, dem Schulverwaltungsamt, aber auch den Gewerkschaften, den regionalpolitischen Gremien sowie dem Amt für Statistik und Stadtforschung vorgestellt.

Eine zweite Strategie, das Vertrauen zu diesen Institutionen aufzubauen, um deren Daten nutzen zu können, bestand darin, Anreize zur Kooperation zu setzen. Bei den Präsentationen wurde verdeutlicht, dass konzeptionell immer ein Kernprogramm sowie ein jährlich wechselndes Zusatzprogramm realisiert werden sollten. Das Kernprogramm umfasste die offiziellen Zahlen zur Versorgungslage und als Ergänzung die so genannte Input-Output-Matrix, die im nächsten Abschnitt skizziert werden soll. Im Kernprogramm ging es vor allem darum festzustellen, wo bildungspolitische Handlungsbedarfe im Übergangsmanagement bestehen.

Mit dem Zusatzprogramm sollten Anreize zur Kooperation gesetzt werden. Jede Akteursgruppe (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Schulen usw.) hatte spezifische Interessen. In jedem Bericht wurde versucht, diesen unterschiedlichen Berichtsinteressen Rechnung zu tragen. Jede Akteursgruppe hatte so Aussicht darauf, dass ihre

speziellen Interessen irgendwann berücksichtigt werden würden. Dadurch wurde zum einen die Kooperationsbereitschaft gefördert und zugleich die Zahl der Nutzer/innen des Berufsbildungsberichts erhöht. Mit dem jährlich wechselnden Zusatzprogramm wurden zugleich Informationen darüber generiert, mit welchen „Stellhebeln“ ein Übergangsmanagement die Übergangsströme beeinflussen kann.

Deswegen war es auch wichtig, den Bericht auf Kontinuität anzulegen. Kontinuität war nicht nur zentral, um so den Folgen bildungspolitischer Entscheidungen nachzugehen, sondern auch, um wechselnden Informationsbedürfnissen Rechnung zu können.

Wie wichtig diese Vorarbeit war, zeigt ein weiteres Zitat vom bereits angesprochenen Geschäftsführer der regional ansässigen Industrie- und Handelskammer (IHK), bei der damals die größte Überzeugungsarbeit zu leisten war: „Die seinerzeit erarbeitete Vertrauensbasis ist während der folgenden Jahre nie verlassen worden. Alle Beteiligten hatten stets die Möglichkeit, den Bericht im Entwurfszustand kritisch durchzusehen und darauf zu achten, daß die vereinbarte Trennung von Faktendarstellung und bewertenden Äußerungen eingehalten wurde“ (Stadt Duisburg 1993: 3).

Unsere Feldvorbereitung zum Aufbau des Kooperationsnetzwerkes war sicher sehr aufwändig und zeitintensiv, erwies sich aber in hohem Maße als nützlich, weil in allen Folgejahren von allen Akteuren ohne Widerstände die Daten für Auswertungen durch uns zur Verfügung gestellt wurden bzw. teilweise sogar selbst ausgewertet worden sind. Bspw. erklärten sich kleinere zuständige Stellen, wie etwa jene für Rechtsanwalts- und Notargehilfen, bereit, die notwendigen Daten selbst auszuwerten. Schließlich übernahmen auch die freien Träger berufsvorbereitender Maßnahmen in Selbstregie die Datenerhebung nach unseren Vorgaben.

Zugleich konnte durch dieses Vertrauensmanagement in der Region so etwas wie eine gemeinsame Verantwortungsgemeinschaft für die berufliche Bildung etabliert werden. Der Bericht entwickelte sich rasch zum Hauptbuch zur beruflichen Bildung in der Region, an dem alle relevanten Akteure in der Region Interesse hatten.

Durch das aufgebaute Kooperationsnetzwerk konnten – wie eben angesprochen – die zur Verfügung stehenden Ressourcen ausgebaut werden. In diesem Kontext ein Wort zu den Ressourcen:

Die Universität hatte parallel zu den Vorarbeiten Projektmittel beim Land Nordrhein-Westfalen beantragt und genehmigt bekommen. Dabei handelte es sich vor allem um Mittel für eine wissenschaftliche Hilfskraft (Diplom-Sozialwissenschaftler zu 20 Wochenstunden) und eine studentische Hilfskraft (ein angehende Sozialwissenschaftler mit ca. 18 Wochenstunden). Hinzu kamen die Forschungskapazitäten eines fest angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiters des Fachgebiets Berufspädagogik (Dipl.-Ök.; formal etwa 20 Wochenstunden).

Dieses Kernteam war für die meisten Erhebungen und Kommentierungen im Kernprogramm des Berichts verantwortlich. Auch einige Auswertungen im Rahmen des Zusatzprogramms unseres Berichts, die sich quasi als Abfallprodukte ergaben, wurden durch dieses Kernteam vorgenommen. Durch unsere Vorarbeiten gelang es aber, weitere Kapazitäten zu erschließen. So gelang es uns, mit einem EG-Modellversuch in der Region zu kooperieren. Dort war unter anderem ein weiterer Diplom-Sozialwissenschaftler beschäftigt. Er war für Spezialuntersuchungen im Rahmen des Zusatzprogramms verantwortlich. So wurde bspw. durch ihn eine Längsschnittstudie zum Verbleib von Frühabgänger/innen erstellt. Des Weiteren unterstützten uns in unterschiedlichem Ausmaß und

je nach Thema das Jugendamt sowie das Amt für Statistik der Stadt Duisburg. Gerade das Amt für Statistik hat zahlreiche ergänzende Erhebungen und Berichte im Zusatzprogramm übernommen.

### **Kernprogramm: Die Input-Output-Matrix**

Zentrales Instrument im Kernprogramm war die so genannte Input-Output-Matrix – eine Herkunfts-Verbleibs-Rechnung –, die die Übergangsströme im regionalen Bildungssystem abbildete. Sie war die zentrale Datengrundlage für ein Übergangsmanagement in der Region.

Wie ist das Konzept aufgebaut? In der Kopfspalte sind zunächst alle abgebenden Bildungsgänge aufgeführt. Hinzu kommen Altnachfragende und Einpendler/innen. Die Ausweisung der Altnachfragenden war – wie bereits angesprochen – der umstrittenste Teil, weil hier besonders viele Schätzungen erforderlich waren und der Saldo hierbei relativ groß war.

In der Kopfzeile wurden alle aufnehmenden Bildungsgänge aufgeführt. Die Zahlen in der Matrix geben Übergangsquoten an.

Bildungspolitisch wurden zu Beginn vor allem die Salden diskutiert. Sie wurden von einigen Akteuren als Dunkelzifferrechnung interpretiert. Beim Saldo handelt es sich jedoch um Jugendliche, die ohne beruflichen Abschluss das regionale Bildungssystem zumindest vorübergehend verlassen haben. Dabei kann es sich sowohl um ausbildungslose, als auch arbeitslose Jugendliche handeln, aber auch um Jungarbeiter/innen. Alle tragen allerdings aufgrund ihres Ungelerntenstatus ein hohes Arbeitsmarktrisiko. Ebenso bedeutsam ist jedoch die Zahl der Jugendlichen im so genannten Übergangssystem der Schulen und v.a. des Maßnahmebereichs. Alle diese Jugendlichen waren nur vorübergehend versorgt. Und welche Perspektiven ihnen damit eröffnet wurden, verdeutlichte die Matrix mit ihren Verbleibszahlen ebenfalls.

Datenquellen waren vor allem die Zugangsstatistiken der verschiedenen Bildungsgänge. Die Daten wurden von uns bei den zuständigen Stellen und dem Schulverwaltungsamt ausgewertet. Aber natürlich waren auch Schätzungen unumgänglich. Zum Teil wurden diese Schätzungen durch separate Erhebungen des Amtes für Statistik validiert. Auch die Bewerberstatistik des örtlichen Arbeitsamts wurde für Schätzzwecke herangezogen. Das Konzept wurde später durch eine Stichprobenerhebung bei jungen Duisburger/innen durch das Amt für Statistik validiert. Es ergaben sich zumindest keine so großen Abweichungen, dass das Konzept danach hätte korrigiert werden müssen. Lediglich der Saldo bei den Altnachfragenden wurde als überhöht angesehen. Daher wurde auf dessen Ausweis später verzichtet.

Dieses Konzept wurde jährlich im Kernprogramm des Berichts präsentiert und vom Universitätsteam interpretiert. Und es wurde später auch – in leicht modifizierter Form – vom Amt für Statistik und Stadtforschung übernommen.

Aus unserer Sicht hielten sich die Schwierigkeiten bei der Datengüte und Kompatibilität in engen Grenzen. Dafür spricht:

- Dass die gewonnenen Übergangsdaten über die Jahre hinweg keine markanten Sprünge aufwiesen. Die Schwankungen waren nicht überraschend groß, und wenn Varianzen zu beobachten waren, so waren sie durchweg plausibel.
- Dafür spricht auch, dass das Amt für Statistik – wie bereits erwähnt – eine Stichprobenerhebung bei mehreren tausend Duisburger Jugendlichen durchgeführt hat und dabei eher zum Ergebnis gekommen ist, dass die Stichprobenerhebung an bestimmten Stellen verzerrt war.
- Außerdem hat das Universitätsteam immer betont, dass es ihm weniger darauf ankommt darzulegen, ob die Verbleibsquote von BVJ-Absolvent/innen im dualen



System nun 7 oder 8 Prozent beträgt. Als viel bedeutsamer wurde erachtet, dass diese Zahlen regionalpolitischen Handlungsbedarf signalisierten.

Ein solches Verständnis setzte sich schließlich auch in der Region durch. Nachdem zu Beginn relativ stark über den Saldo diskutiert wurde, richteten sich die Diskussionen bei den späteren Berichten immer mehr auf die Übergangsströme und auf Möglichkeiten, diese zu beeinflussen; und genau dies sollte ja mit dem Konzept erreicht werden.

Schwierigkeiten bei der Datenintegration im Konzept ergaben sich vor allem dadurch, dass zwar in allen Zugangsstatistiken die schulische Herkunft (also Hauptschule, BVJ oder Berufsgrundbildungsjahr BGJ) angegeben worden ist, jedoch nicht

weiter ausgewiesen wurde, wann und wo diese Schule verlassen wurde. Bspw. war bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zwar angegeben, dass die zuletzt besuchte Schule eine Hauptschule war, jedoch nicht, ob zwischendurch eine berufsvorbereitende Maßnahme besucht wurde und auch nicht, ob diese Hauptschule in Duisburg besucht worden ist. Den zuletzt genannten Aspekt konnten wir über den Wohnort abschätzen. Außerdem haben wir zum Abgleich auf die Pendlerstatistik des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zurückgegriffen.

Der zuerst genannte Aspekt war allerdings der bedeutsamere. Angesprochen war hier die Altnachfragerproblematik. Hier waren Schätzungen unumgänglich. Dazu haben wir auf die Statistik der örtlichen Arbeits-

agentur zurückgegriffen. Sie konnte ausweisen, welche Übergänge zwischen Hauptschule und dualem System über den Umweg einer berufsvorbereitenden Maßnahme erfolgt sind. Hieraus haben wir Korrekturquoten errechnet, die wir dann auf die Zugangsstatistiken übertragen haben. Die Berücksichtigung von Altnachfragenden sowie von Ein- und Auspendler/innen war der schwierigste Part bei der Erstellung der Input-Output-Matrix.

Hat sich der Aufwand bei der Datenerhebung und -schätzung rentiert? Eine klare Antwort aus unserer Sicht und der der Region: Ja! Keineswegs ist dadurch ein „Datenfriedhof“ produziert worden. Als zentrale bildungspolitische Steuerungsparameter zur Beeinflussung der Übergangsströme wurden dabei in der Region Beratungsaktivitäten und freiwillige Vereinbarungen angesehen. Einige Beispiele hierzu:

- So hatten schwächere Hauptschüler/innen früher die Möglichkeit, in NRW ihr 10. Pflichtschuljahr im BVJ abzuleisten. In der Region wurde vor dem Hintergrund der Daten der Matrix bei allen Institutionen durch Beratung darauf hingewirkt, dass diese Schüler/innen in der Hauptschule verblieben. So wurde allein zwischen 1984 und 1985 die Zahl der BVJ-Schüler/innen von über 700 auf gut 500 gesenkt.
- Auch für die BGJ-Schüler/innen sah die Situation nicht günstig aus. Hier wurden die örtlichen Berufsfachschulen gebeten, ihre Kapazitäten so weit wie möglich zu erweitern, um auch dieser Gruppe im Notfall eine Perspektive zu bieten. So wurde wieder zwischen 1984 und 1985 die Zahl der Berufsfachschüler von 900 auf knapp 1.100 erhöht.
- Vereinbart wurde auch, dass das vollqualifizierende vollzeitschulische Angebot an den Berufsfachschulen mit neuen Berufen ausgeweitet wurde. Zwar erwiesen sich hier die Kammern als „Bremsen“, konnten aber im Laufe der Jahre

zu einem vorsichtigen Umdenken bewegt werden. So konnten gleich mehrere Ausbildungsberufe vollzeitschulisch erlernt werden.

- Zugleich warben die Kammern regional immer mehr bei ihren Mitgliedsfirmen darum, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, bspw. auch, um einen weiteren Ausbau des vollzeitschulischen Bereiches zu vermeiden. So konnte die Übergangsquote in das duale System in nur drei Jahren von gut 39 Prozent über 40 auf fast 42 Prozent gesteigert werden.

Dort, wo die Input-Output-Matrix keine Antwort geben konnte, setzten dann die Zusatzstudien an, die durchweg nicht mehr auf vorliegenden Statistiken basierten, sondern aufgrund von Primärerhebungen erstellt worden sind.

**Zusatzprogramm zum Berufsbildungsbericht Duisburg**  
Hierzu nur in aller Kürze: Um die Kooperationsbereitschaft und das Interesse am Berufsbildungsbericht zu steigern, haben wir jedes Jahr zielgruppenspezifische Sonderstudien publiziert.

Zum einen wurden weitere Daten zu den regionalen Übergangsströmen erhoben, bspw. in Form von Längsschnittstudien zum Verbleib von Frühabgänger/innen (quantitativ mittels Fragebogen) und Maßnahmeteilnehmer/innen (qualitativ mittels problemzentrierter Interviews). Zusätzlich hat das Amt für Statistik mehrmals eine Repräsentativstudie bei 4.000 bis 8.000 jungen Duisburger/innen durchgeführt. Diese Erhebungen dienten nicht nur der Validierung unserer Befunde, sondern ermöglichten vielfältige differenzierte Analysen von Übergangsströmen, wie etwa zum Übergang vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem (wozu bislang keine Statistiken verfügbar sind) oder zu einer Kohortenanalyse zweier Schulabgangsjahrgänge.

## Aktives Übergangsmanagement braucht ein Commitment aller Akteure der Region.

Andere Erhebungen richteten sich eher auf die Stellgrößen in einem Übergangsmanagement, um Übergangsströme zu beeinflussen. Hier ging es bspw. um Einstellungen, Erwartungen und Probleme von Jugendlichen in berufsvorbereitenden Maßnahmen im Übergangsprozess oder um subjektive Berufsbilder, die – wie die Untersuchungen zeigten – verzerrt waren und eine bessere Beratung indizierten.

Versucht man, unsere Erfahrungen nach 25 Jahren in wenigen Worten zu bündeln, so braucht aus unserer Sicht ein aktives Übergangsmanagement zu allererst ein Commitment aller berufsbildungspolitischen Akteure in der Region, also einer regionalen Verantwortungsgemeinschaft zur beruflichen Bildung. Hierzu ist ein Vertrauensmanagement unverzichtbar. Unsere Strategien dazu sind im vorliegenden Bericht angesprochen worden. Ob sie zu übertragen sind, müsste in jedem Einzelfall geprüft werden. Erst auf dieser Basis lassen sich aus unserer Sicht nicht nur die in der Region durchaus verfügbaren Daten auswerten und zu einem Gesamtkonzept als Datenbasis eines aktiven Übergangsmanagements verbinden, vielmehr lassen sich auch nur so durch geeignete regionale bildungspolitische Maßnahmen die Stellhebel in einem solchen Übergangsmanagement bewegen.



## DER BERUFSINTEGRATIONSBERICHT FÜR WEINHEIM UND DIE BADISCHE BERGSTRASSE

Susanne Felger / Ulrike Süs

### Entstehungskontext und Funktion

Der 1. Berufsintegrationsbericht für Weinheim und die Badische Bergstraße erschien im Juli 2005. Zu diesem Zeitpunkt hatten Schulen, Jugendberufshilfe, ehrenamtliche Paten, Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit (BA) u.a. – unterstützt von Kommunen der Region – schon gut fünf Jahre daran gearbeitet, die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche mit besonderen Berufsstartschwierigkeiten auszubauen und besser aufeinander zu beziehen. Dies hatte 1999 zur Gründung der „Regionalen Jugendagentur Badische Bergstraße e.V. – Job Central“ geführt. Träger der Einrichtung sind die Stadt Weinheim und sieben Nachbargemeinden, der Stadtjugendring Weinheim und die Freudenberg Stiftung. Damit wurde ein „freier-kommunaler“ Jugendberufshilfeträger geschaffen, der heute regional als die Adresse für die Fachberatung und Unterstützung von Jugendlichen und Übergangsakteuren (Schulen, ehrenamtlichen Paten, Betrieben etc.) gilt.

2003 wurde das Erreichte in einem Evaluierungsgutachten von Dr. Wilfried Kruse (Sozialforschungsstelle Dortmund) im Auftrag des Weinheimer Oberbürgermeisters erstmals kritisch überprüft. Er bestätigte die Grundausrichtung der Arbeit, formulierte jedoch wichtige Empfehlungen. Eine davon war, genauer hinzusehen und die Problemlagen sowie den Entwicklungsstand der vielfältigen Unterstützungsangebote, insbesondere die gute Praxis, sichtbar zu machen. Es wurde eine regelmäßige Erhebung relevanter Daten und Fakten angeregt, um zu prüfen: Sind wir auf dem richtigen Weg? In welche Richtung sollen Förderangebote weiterentwickelt werden? Was ist als nächstes zu tun? Dabei ging es immer um zwei Ebenen: um die Situation und Entwicklungschancen der Jugendlichen und um die Gestaltung der Förder-/Unterstützungsangebote sowie der regionalen Akteurs- und Kooperationsstrukturen.

Der Job Central-Vorstand hat schließlich bei der Jugendagentur einen „1. Regionalen Berufsintegrationsbericht“ (BIB) in Auftrag gegeben. Zugleich hat der Weinheimer Oberbürgermeister Heiner Bernhard, der auch Vorsitzender von Job Central ist, eine Expertenkommission einberufen, die ihn bei der Weiterentwicklung des Handlungsfeldes berät. Diese „Berufsintegrationskommission“ (BIK) und der Oberbürgermeister sind heute Auftraggeber des Berichts. Sie beraten den Bericht und leiten daraus Grundzüge der weiteren Strategie ab. Die Mitglieder der BIK sind Führungskräfte aller wichtiger Übergangsakteure wie Haupt- und Berufliche Schulen, Arbeitsagentur, große Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen, Jugendhilfe, Ehrenamtliche, städtische Ämter, Sozialverbände, Migrantenorganisationen, Deutscher

Gewerkschaftsbund etc. Von Beginn an war die Erarbeitung des Berichts als partizipativer Prozess konzipiert.

Hauptziel war – neben der Überprüfung der Übergangssituation und Handlungsstrategien –, die Verantwortungsgemeinschaft für eine gelingende Berufsintegration benachteiligter Jugendlicher zu stärken und dafür Ressourcen zu mobilisieren. Insbesondere der 1. Bericht (2005) sollte Transparenz schaffen, Ausmaß und Relevanz des Problems aufzeigen und deutlich machen, wo Handlungsbedarf besteht.

Die Berichte dienen der Verständigung über die Gesamtstrategien mit den relevanten Übergangsakteuren (Ziele, Prioritäten, Handlungsansätze). Sie sind also ein Instrument zur politischen Abstimmung und Konsensbildung; nicht zuletzt geht es darum zu prüfen, ob (öffentliche) Gelder sinnvoll eingesetzt werden. Sie taugen jedoch nicht zur Steuerung einzelner Entwicklungsprozesse (Controlling) und liefern auch keine exakten Wirkungsanalysen.

Regional bezogen sich die Berichte bislang auf das Gebiet der Kommunen, die Job Central tragen. Dies umfasst Teile des badischen Rhein-Neckar-Kreises und zwei hessische Odenwald-Gemeinden. Das Mittelzentrum für die 112.000 Einwohner der Region ist Weinheim. Dieser Regionalzuschnitt war politisch gewollt und ist Produkt seiner Entstehungsgeschichte; gleichwohl ist er problematisch, liegt er doch quer zu Kreis- und Landesgrenzen und den Geschäftsstellen der Arbeitsagentur. Ob dieser Zuschnitt Bestand hat, ist zu prüfen.

Die Berufsintegrationsberichte waren als Berichtssystem im Zwei-Jahres-Rhythmus konzipiert; sie wurden 2005 und 2007 vorgelegt. Im Jahr 2009 wird es keinen Bericht geben. Im Arbeitsprozess des Regionalen Übergangsmanagements (RÜM) werden Berichtskonzeption und Datengrundlagen derzeit überprüft und modifiziert. Auch hat sich gezeigt, dass mit begrenzten Ressourcen nur entweder konzeptionell am Übergangsmoitoring oder an der Fortführung des Berichts gearbeitet werden kann.

### Inhalt und Gliederung des Berichts

Beide Berichte versuchen, das gesamte regionale Übergangsgeschehen abzubilden, also von der frühen Berufsvorbereitung bis zur 2. Schwelle. Sie nehmen die Übergangswege der Jugendlichen, Förderangebote, Akteurslandschaft und berufliche Qualifizierungsangebote in den Blick.

Während der 1. Bericht (2005) als Basis des Berichtssystems zunächst die Zielgruppe und ihre Übergangswege beschreibt, eine Übersicht über Förderangebote und Akteure im Feld liefert, positive Handlungsansätze herausarbeitet und notwendige Schritte in der regionalen

Berufsintegrationspolitik diskutiert, fokussiert der 2. Bericht (2007) auf Veränderungen seit 2005. Der 1. Bericht dient dabei als Folie (beide Berichte als download unter [www.jobcentral.de](http://www.jobcentral.de); der 2007er auch unter [www.uebma-weinheim.de](http://www.uebma-weinheim.de)).

Die Übergangswege der Jugendlichen wurden auf Basis der regional verfügbaren Daten beschrieben. Dabei war es uns wichtiger, die Übergangsströme und Problemlagen in Grundzügen zu erfassen, um mit Kommunen und Übergangsakteuren berufsbildungspolitische Konsequenzen zu diskutieren, als alle Übergangszahlen, -quoten oder -salden exakt und lückenlos zu bestimmen. Nach realistischer Einschätzung der verfügbaren Ressourcen und Expertise wurde nicht versucht, eine Input-Output-Matrix zu erarbeiten, wie es z. B. der Duisburger Berufsbildungsbericht tut.

Im Duktus sind die Berichte analysierend, (selbst-)kritisch, aber immer wertschätzend; es wird nicht abschließend bewertet. Die Berichte sollen Diskussionen und Verbesserungen anregen. Sie formulieren Fragen und machen auf Problemlagen, Zielgruppen und Handlungsbedarfe aufmerksam.

### Die Datengrundlage und ihre Grenzen

Die Berichte basieren sowohl auf eigenen Erhebungen wie auf recherchierten Daten.

Daten aus eigenen Erhebungen sind:

- Ergebnisse der jährlichen Befragung aller Schulabgänger/innen der Sekundarstufe I sowie der beruflichen Schulformen (außer Gymnasien) in der Region;
- im 1. Bericht: leitfadengestützte Gespräche mit 15 regionalen Fachleuten aus Schulen, Jugendhilfe und Ehrenamt als Experten/innen interviews zur Erhebung von Förderangeboten und Problemlagen;
- Auswertung der Geschäftsstatistik der Jugendagentur Job Central.

Recherchierte Daten kommen aus:

- den Geschäftsstatistiken der Schulen, der Agentur für Arbeit, den Kammern und der kommunalen Schulträger;
- frei zugänglichen Daten des Landesamts für Statistik;
- dem Berufsbildungsbericht (BIBB), dem Nationalen Bildungsbericht und anderen wissenschaftlichen Studien.

Die Berichte stützen sich im Kern auf die seit neun Jahren von Job Central durchgeführte Schulabgänger/innenbefragung. Nur sie liefert bis in die Tiefe der Einzelschule gegliederte Daten, für die sich die Kommunen besonders interessieren.

Von den Klassenlehrern/innen werden im Juli, ca. zwei Wochen vor Ende der Schulzeit die Anschlusspläne der Absolventen/innen erhoben. Die Daten werden bei Job Central – heute im RÜM-Projekt – ausgewertet. So entstehen Momentaufnahmen zum Schulabschluss, aber

keine Daten über die letztendliche Einmündung ins Zielsystem. Nachbefragungen von Teilgruppen zum Verbleib nach einem halben Jahr wurden bislang nur exemplarisch durchgeführt. Über die Jahre entstanden also Zeitreihen, aber keine individuellen Verlaufsdaten.

**Dank eines über Jahre gut eingespielten Erhebungsverfahrens und Dank der vertrauensvollen Arbeitsbeziehung zwischen Schulen, Kommunen und Job Central bzw. dem RÜM-Büro erhalten wir inzwischen verlässliche Zahlen und erreichen in den Hauptschulen, Werkrealschulen, Berufsvorbereitungs-/Berufseinstiegsjahren und in den Berufsfachschulen fast alle Abgangsschüler/innen. Auf diesem Wege nicht erfassbar ist die Situation von Altbewerbern/innen; sie wird anhand von Daten der Arbeitsagentur und der Beratungsstelle von Job Central skizziert.**

Unser Umgang mit der Datengrundlage wurde mit zunehmender Erfahrung pragmatischer. Die Berichte basieren auf verfügbaren bzw. mit vertretbarem Aufwand beschaffbaren Daten. Datenlücken werden notgedrungen akzeptiert. Wenn sich Sachverhalte, die interessieren, nicht abbilden lassen, dann werden die Datenlücken benannt. Der Bericht ist auch entlang der Datenverfügbarkeit konzipiert. Dieser Arbeitsprozess gleicht mitunter einem Puzzle, führt aber schließlich doch zu einer – wenn auch lückenhaften – Annäherung an die Realität. Die Datenlage soll von Bericht zu Bericht verbessert werden.

Qualitative Grenzen der Datenbasis bei recherchierten Daten zeigen sich:

- in einer wenig kleinräumigen Datenlage (Schul-/Gemeindeebene);
- im uneinheitlichen räumlichen Zuschnitt von Statistiken (unterschiedliche Einzugsgebiete) und in unterschiedlichen Stichtagen;
- in der uneinheitlichen Definition von „Migrationshintergrund“ bzw. im Fehlen dieser Angabe;
- im Widerstreben einzelner Akteure, Daten aus ihren Geschäftsstatistiken zugänglich zu machen oder angefragte Teilauswertungen durchzuführen;
- in begrenzter Vor-Ort-Expertise zum Zusammenführen von Datensätzen und für statistische Auswertungen.

Grundlegend für Daten guter Qualität ist sicher die kontinuierliche Kommunikation und Vertrauensbildung bei Personen bzw. Einrichtungen, die Daten halten, erheben oder auswerten sollen. Dieser Aufwand darf nicht unterschätzt werden. Das Erheben und Zuliefern geeigneter Daten muss ausgehandelt und mitunter auch politisch durchgesetzt werden. Die Übergangsakteure für eine Mitarbeit zu gewinnen, ist der Schlüssel zum Erfolg. Die langjährige Zusammenarbeit im Projekt Job Central, die Arbeit der Berufsintegrationskommission (seit 2004) und nicht zuletzt die Kooperationen im RÜM-Projekt sind hier wichtige Schritte in die richtige Richtung.

## Begrenzte Ressourcen erfordern realistische Ziele.



### Arbeitsprozess und Ressourcenbedarf

Vielleicht die wichtigste Erkenntnis aus zwei Berichts-Arbeitszyklen ist: begrenzte Ressourcen erfordern realistische Ziele! Erwartungen und Anforderungen an den Bericht müssen scharf geprüft und klug begrenzt werden. Nicht alles, was gewünscht wird, ist sinnvoll und machbar; es geht darum, Prioritäten zu setzen.

Damit wird klar, dass schon die Konzeption des Berichts ein Beteiligungsprozess sein muss. In Weinheim wurde das Konzept im Job Central-Vorstand und mit der Be-

rufintegrationskommission abgestimmt. Diese Transparenz schützt vor überzogenen Erwartungen und wirbt bei (potenziellen) Datenlieferanten und Adressaten/innen um Vertrauen. Die ursprüngliche Idee einer konsequent partizipativen und arbeitsteiligen Berichterstattung mit aktiver Zulieferung von Texten durch die Übergangsakteure selbst wurde schließlich verworfen.

So wurden beide Berichte von Job Central erarbeitet, und beim Wechsel der Leiterin von Job Central in die Leitung der kommunalen Koordinierungsstelle (RÜM-Projekt) wurde die Aufgabe mit übertragen. Damit gelang es, das Arbeitsfeld „Übergangsmonitoring“ bei der Kommune anzusiedeln. Es wird erwartet, dass die Kommune – als quasi neutrale Stelle ohne eigene Interessen am Markt – für Berichtsergebnisse gutes Gehör bzw. Akzeptanz findet, auch wenn sie nicht gefallen.

Der Ressourcenbedarf im Arbeitsprozess kann nur geschätzt werden, wurden die Berichte doch, sozusagen als Eigenprojekte der Leiterin der Jugendagentur, neben den laufenden

Geschäften konzipiert und erarbeitet – eine Konstellation, die im Übrigen nicht empfohlen werden kann. Jedenfalls ist der Aufwand ganz erheblich. Für den Arbeitsprozess bis zum fertigen Bericht müssen mindestens 12 Monate veranschlagt werden; bei der Erstkonzeption sicher mehr. Auch die Durchführung der Schulabgänger/innenbefragung ist mit knappen Ressourcen ausgestattet. Für Überprüfung, Versand und Rücklauf der Fragebögen sowie für die Dateneingabe und (einfache) Auszählung stehen jeweils rund 1 bis 1,5 Mensch/Monate zur Verfügung. Voraussetzung dafür ist ein seit Jahren gut eingespieltes Verfahren.

Unverzichtbares Know-how für die Arbeit am Bericht sind nach unserer Erfahrung sozialwissenschaftliche Kompetenzen/Sozialforschung, Kompetenzen im Bereich Statistik/Datenverarbeitung und „Schreiben können“. In der Regel wird also eine interdisziplinäre Experten/innen-Gruppe zusammen arbeiten müssen. In Weinheim lag die Arbeit in Händen einer promovierten Berufspädagogin, die von einem Experten der Sozialforschungsstelle Dortmund (und weiteren Kollegen/innen)

unterstützt wurde. Eine mittelfristig tragfähige Zusammenarbeit mit einer sozialwissenschaftlichen Einrichtung oder Hochschule der Region wäre, insbesondere für Statistikaufgaben, wünschenswert. Außerdem wird eine engere Zusammenarbeit mit dem städtischen Amt für Bildung und der Wirtschaftsförderung angestrebt.

Als Handicap erwies sich der bisherige Mangel an ausgewiesener Expertise im Bereich Statistik und Datenverarbeitung. Die beteiligten (kleinen) Kommunen haben keine Statistikämter mit Fachpersonal und verfügen kaum über mobilisierbare Ressourcen. So fehlt beispielsweise die Kompetenz, Datensätze aus unterschiedlichen Quellen zusammenzuführen und statistisch auszuwerten.

Der fertige Bericht wird in unserem Prozess zunächst in der Berufsintegrationskommission diskutiert und dort mit Schlussfolgerungen bzw. Empfehlungen versehen. Erst danach wird er veröffentlicht und im Jugendhilfeausschuss und in der Mitgliederversammlung der Jugendagentur Job Central vorgestellt. So erreichen die Befunde auch die Kommunalpolitiker, die Kommunalverwaltung und die Bürgermeister der Region.

### Wirkung der Berichte und Perspektiven der Weiterentwicklung

Die Berufsintegrationsberichte 2005 und 2007 haben zweifellos in der Stadt Weinheim und in der Region bildungspolitische Wirkung entfaltet. Sie haben in der Fachöffentlichkeit, bei den Übergangsakteuren und in der Kommunalpolitik das Bewusstsein für die Schwierigkeiten von Jugendlichen am Übergang Schule-Beruf geschärft. So wurde u.a. deutlich, dass die Ausbildungsstatistiken der Agentur für Arbeit die Gesamtsituation bei weitem nicht abbilden. Schon allein der Befund, dass im Juli 2007 mehr als 200 Absolvent/innen von Weinheimer Sekundarstufe I-Schulen und beruflichen Schulen eine unklare oder lediglich berufs-

vorbereitende Anschlussperspektive hatten, unterstrich den Handlungsbedarf. Auch Weinheim galt fortan nicht mehr als „heile Welt“.

Die Hauptwirkung der Berichte besteht darin, dass sie:

- zu mehr Transparenz bzgl. Arbeitsstrukturen und Akteuren/innen beitragen;
- Aufmerksamkeit auf das pädagogische und politische Handlungsfeld Übergangsmangement gelenkt haben;
- die gesellschaftliche Anerkennung für die gleichermaßen wichtige wie schwierige Arbeit der Übergangsakteuren/innen gestärkt haben;
- besondere Problemlagen, Zielgruppen und Handlungsbedarfe herausgearbeitet haben und die Diskussionen über Handlungsprioritäten und Strategien insgesamt durch Daten und Fakten fachlich fundiert haben;
- für die Bearbeitung der Probleme Ressourcen der Kommunen und der Übergangsakteure mobilisiert haben (v.a. durch Commitment und Synergien);
- den Einsatz öffentlicher Fördergelder ein Stück weit legitimiert haben.

Wobei die Berichte allein, ohne die Berufsintegrationskommission und die dahinter liegende Netzwerkarbeit, deutlich weniger Wirkung erzielt hätten. Es kommt also entscheidend darauf an, wer Auftraggeber und Adressat ist, wem die Ergebnisse vorgestellt werden und wer daraus Konsequenzen zieht. In Weinheim haben Berichte und Kommission die Verantwortungsgemeinschaft gestärkt und letztlich den Weg bereitet für eine erfolgreiche Bewerbung der Stadt in der BMBF-Förderinitiative „Regionales Übergangsmangement“.

Die Perspektiven für die Weiterentwicklung des Weinheimer Übergangsmonitorings sind noch nicht ausdiskutiert. Klar ist, dass die Berichterstattung vom politischen Mobilisierungsinstrument stärker in

Richtung eines Steuerungsinstruments für ein koordiniertes Übergangsmangement entwickelt werden soll. Dafür müssen die Datengrundlage und die Ressourcen für die Datenverarbeitung aber deutlich verbessert werden. Ein kürzlich von der kommunalen Koordinierungsstelle in der Kommission vorgestelltes „Rahmenkonzept für ein Übergangsmangement Schule-Beruf in Weinheim“ zeigt einen Weg, wie mit Daten, die in Prozessen der Gestaltung bzw. Unterstützung des Übergangs bereits gewonnen werden oder gewonnen werden könnten, eine Datenbasis geschaffen werden könnte, die stärker als bisher zur Steuerung taugt. Beispielhaft für die Beobachtungsphase „Berufsvorbereitung von Hauptschüler/innen der 7.–9. Klasse“ wurden Ergebnisziele, Indikatoren, Messpunkte, Datengrundlagen und Datenlieferanten vorgeschlagen. Darüber hinaus besteht der Wunsch, die Berufsintegrationsberichte mittelfristig thematisch auszubauen und zu kommunalen Bildungsberichten weiterzuentwickeln, die die gesamte biografiebegleitende „Weinheimer Bildungskette“ abbilden. Damit würden auch die Übergänge zwischen Kita und Grundschule sowie zwischen Grundschule und Sekundarstufe I Gegenstand der kommunalen Berichterstattung. Auch dies wird aber ohne zusätzliche Ressourcen kaum zu machen sein.

# 3 Schüler/innen- befragungen im Übergang Schule – Beruf



Sinnvollerweise sollten Diagnosen zum Übergangsgeschehen bei den Schülern/innen beginnen, die sich am Ende der Sekundarstufe I für ihren weiteren Bildungs- und Ausbildungsweg neu orientieren müssen. Zu diesem Zeitpunkt können wichtige Basisinformationen mit überschaubarem Aufwand gewonnen werden, weil hier noch fast alle Jugendlichen beisammen sind, bevor sie sich später auf sehr unterschiedliche Wege verteilen. Von „fast allen Jugendlichen“ ist die Rede, weil in den Abschlussklassen trotz Schulpflicht in der Regel die Schulverweigerer/innen oder Abbrecher/innen nicht mehr auftauchen. Dies sind aber auch die Jugendlichen, deren Übergang in eine Ausbildung in besonderer Weise gefährdet ist.

Diagnosen, die bei den Schülern/innen beginnen, können sowohl in einzelnen Schulen ansetzen, aber auch Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung mehrerer oder aller Schulen eines Landkreises oder einer Kommune sein. In vielen Schulen ist das Interesse groß, mehr über die Ausgangssituation ihrer Schüler/innen für die anstehenden Übergänge zu wissen. Insofern kann auf Engagement und Kooperationsbereitschaft gezählt werden.

In der Regel schreiben die Schulgesetze vor, dass ein Einverständnis der Eltern für die Teilnahme ihrer Kinder an einer Befragung vorliegen muss. Die Eltern begrüßen es in der Regel, wenn sich die Schule (oder der Landkreis bzw. die Kommune) um die Frage kümmert, wie ihren Kindern der Übergang am Ende der Sekundarstufe I gelingen kann.

Wie eine Schulabsolventenbefragung in einer Großstadt organisiert werden kann, welche Anforderungen dabei zu bewältigen sind und mit welchem Ertrag gerechnet werden kann, zeigt der Beitrag von Regine Linke über die Kölner Schulabsolventenbefragung.

Längsschnittinformationen über die Wege von Jugendlichen von der Schule in Ausbildung und Arbeit, also Verlaufsdaten zu erheben, auszuwerten und zu interpretieren, ist ein komplexes und anspruchsvolles Unternehmen. Das Deutsche Jugendinstitut führt in vier ostdeutschen und zwei westdeutschen Kommunen Längsschnittstudien zu den Übergangswegen der Absolventen/innen von Schulen der Sekundarstufe I durch. Welche organisatorischen und methodischen Hürden dabei zu bewältigen sind, wie eine solche Untersuchung umgesetzt werden und wie die Resultate aussehen können, zeigen Nora Gaupp, Boris Geier, Ralf Kuhnke, Franciska Mahl und Birgit Reißig exemplarisch am Beispiel der Schulabsolventen-Längsschnitte in Leipzig und Stuttgart.

## ONLINE-SCHULABGÄNGERBEFRAGUNG IN KÖLN

Regina Linke

### Entwicklung

Die Schulabgängerbefragung in Köln wurde im Rahmen von Equal, einer Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union, in der Entwicklungspartnerschaft „Übergangmanagement Schule – Beruf Köln“ entwickelt.

2003: Die Befragung wurde in schriftlicher Form mit herkömmlichen Fragebögen durchgeführt.

2004: Mit der Genehmigung der Bundeszentrale für politische Bildung wurde für alle Kölner Schulen eine Sonderausgabe des Programms GrafStat aufgelegt und ein Fragebogen für das Bildschirminterview entwickelt. Die Befragung konnte somit am PC durchgeführt werden. Dies erforderte eine intensive Schulung der Lehrkräfte zur Fragebogen-Software GrafStat und eine aufwändige Zusammenführung der Daten.

Seit 2006: Die Schulabgängerbefragung wird online über das regionale Bildungsportal <http://www.bildung.koeln.de> durchgeführt. Für die Lehrkräfte finden noch kurze Einführungsveranstaltungen zum Einsatz der Befragung statt.

[www.bildung.koeln.de](http://www.bildung.koeln.de) ist der regionale Bildungsserver und bietet für die Region Köln alle relevanten und interessanten Informationen rund um die Themen Schule, Berufswahl, Ausbildung, Studium und Weiterbildung.

### Inhalte und methodisches Vorgehen

Die Befragung ist online so aufbereitet, dass sie an den Schulen ohne Vorbereitung nach einer Einführung und Vergabe der Passwörter durchgeführt werden kann. Unter dem Thema Berufswahl gibt es auf der Onlineplattform [www.bildung.koeln.de](http://www.bildung.koeln.de) einen eigenen Button „Schulabgängerbefragung“ auf dem der Fragebogen hinterlegt ist und auch später der Auswertungsbericht zu finden ist. Möglich ist, dass die Schüler/innen im Computerraum parallel an den vorhandenen PCs den Fragebogen ausfüllen (Dauer pro Schüler/in durchschnittlich fünf Minuten). Manche Schulen bereiten die Befragung zunächst im Klassenverband vor. Wichtig ist die Einbindung in den berufswahlvorbereitenden Unterricht, den jede Schule individuell unter Beteiligung der Klassenlehrer/innen und der Studien- und Berufswahlkoordinatoren/innen gestaltet.

Neben den persönlichen Daten wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Familiensprache und angestrebter Schulabschluss stehen die Wünsche und Vorhaben nach Abschluss der Klasse 10 im Zentrum der Befragung. Die Fragen sind kurz und verständlich formuliert. Aus Datenschutzgründen wird nur nach dem Vornamen gefragt. Auch die Teilnahme an einem persönlichen Beratungsgespräch bei der Berufsberatung der Agentur für Arbeit

wird erfragt. Danach werden die Jugendlichen auch um Angaben zu Alternativen bzw. Ausweichmöglichkeiten zu ihrem Erstwunsch gebeten.

Der Zeitpunkt für diese aktivierende Befragung wurde bewusst zum Schulhalbjahr nach der Zeugnisvergabe gewählt. Den Schülern/innen soll damit ermöglicht werden, gemeinsam mit den Lehrkräften im Klassenverband oder im Einzelgespräch über die Realisierung bzw. über die Alternativen ihrer Vorhaben zu diskutieren.

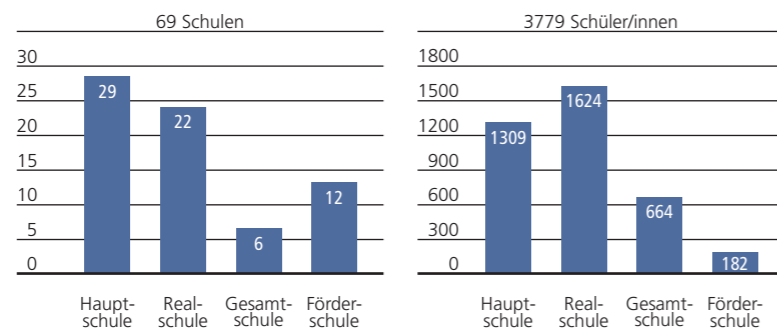
Die Schulen erhalten zunächst eine Grundausswertung für ihre Schule und alle schulbezogenen Daten, die schulintern ausgewertet werden können. Die schulformbezogenen und schulformübergreifenden Ergebnisse werden vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln ausgewertet und bilden eine der Grundlagen für das Kölner Ausbildungsmonitoring. Alle übergreifenden Ergebnisse werden den Schulen und allen relevanten Akteuren im Übergangsgeschehen zur Verfügung gestellt und auf [www.bildung.koeln.de](http://www.bildung.koeln.de) veröffentlicht.

### Ergebnisse 2009

Inzwischen nehmen jährlich ca. 4.000 Schüler/innen von 68 bis 70 Schulen an der Befragung teil.

Das sind annähernd 75 Prozent der Zielgruppe bzw. knapp 90 Prozent der angefragten Schulen. Die Gymnasien und ein Teil der Förderschulen werden nicht befragt.

**Abb. 1:** An der Kölner Schulabgängerbefragung 2009 teilnehmende Schulen und Schüler/innen



Alle erhobenen Daten werden komplex ausgewertet, wobei verschiedene Indikatoren wie Schulform, Schulabschluss, Geschlecht, Familiensprache, Wünsche nach Klasse 10 usw. nach verschiedenen Aspekten miteinander verknüpft werden.

Hier einige Kernaussagen zur Gesamtauswertung:

- Der Wunsch, eine Ausbildung zu beginnen und der Wunsch, einen Bildungsgang im Berufskolleg zu besuchen, haben fast den gleichen Stellenwert erreicht (32 Prozent).

- Das Ausbildungsinteresse ist weiter gesunken, von 34,8 Prozent in 2007 auf 32,1 Prozent in den Jahren 2008 und 2009.
- Bei den Schülern/innen der Realschulen und der Gesamtschulen streben unmittelbar nach dem Schulabschluss nur noch 20 bis 25 Prozent eine Ausbildung an. Jedoch durchschnittlich jede/r zweite Schüler/in einer Hauptschule oder Förderschule möchte im Anschluss an die Schule eine Ausbildung beginnen.
- Deutlich mehr Jugendliche wollen die 11. Klasse im Gymnasium oder in der Gesamtschule besuchen (25,4 Prozent). Bei den Realschülern/innen und Gesamtschülern/innen liegt der Anteil sogar bei über 37 Prozent.
- Erst 3,8 Prozent haben zum Befragungszeitpunkt einen Ausbildungsplatz.
- Einen Migrationshintergrund haben 51,6 Prozent der befragten Jugendlichen, nur 49,4 Prozent sprechen zu Hause ausschließlich Deutsch.

Die Bandbreite der Ergebnisse der einzelnen Schulen variiert stark. In einer Kölner Hauptschule sind z.B. nur 33 Prozent deutsche Schüler/innen, in einer anderen Hauptschule und einer Realschule ca. 90 Prozent deutsche Schüler/innen.

Ein persönliches Gespräch mit der Berufsberatung geführt zu haben, gaben an mehreren Schulen 100 Prozent der Befragten an, während es an anderen Schulen nur 24 Prozent waren. Auch der Wunsch, unmittelbar nach der Schule eine Ausbildung anfangen zu wollen, variiert an den Schulen zwischen 11 und 68 Prozent.

### Erforderliche Strukturen

Die Hauptakteure der Befragung sind neben den Schülern/innen die Schulleitungen, die Klassenlehrer/innen sowie die Studien- und Berufswahlkoordinatoren/innen. Daneben ist die Betreuung des Internetportals, die Organisation des Datensammelunkpunktes und natürlich die umfangreiche Auswertung zu nennen. Die Gesamtauswertung liegt in der Verantwortung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln. Die Daten werden als „Datenwürfel“ in das bestehende Data-Warehouse-Portal übernommen und bilden einen Bestandteil des Kölner Ausbildungsmonitorings im Ausbildungsbericht.

Eine verlässliche und vertrauensvolle Kooperation und Struktur, in der alle Funktionen der Akteure, auch die der Auftraggeber und der Koordination, geregelt sind, ist unerlässlich. Die Koordination organisiert den Einsatz in den Schulen, führt für die Lehrkräfte die Einführungsveranstaltungen durch, dokumentiert die Ergebnisse und steht für alle Beteiligten als Ansprechpartner/in zur Verfügung.

### Nutzen und Grenzen der Schulabgängerbefragung

Für die einzelnen Schulen und damit auch für die Berufsberatung bilden die Daten eine Grundlage für

**Abb. 2:** Wünsche nach Klasse 10 – Alle Schulformen im Überblick (Befragung 2009)

Nach Abschluss der Klasse 10 würde ich am liebsten ...	SCHULFORM				INSGESAMT	
	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule	Förderschule	2009	2008
eine berufliche Ausbildung beginnen	47,5	20,8	24,2	51,4	32,1	32,1
einen Bildungsgang des Berufskollegs besuchen	34,3	32,9	31,4	5,6	31,8	31,1
die 11. Klasse Gymnasium/ Gesamtschule besuchen	8,2	37,3	37,2	0,6	25,4	23,3
einen berufsvorbereitenden Lehrgang des Arbeitsamtes besuchen	1,0	0,4	0,6	14,5	1,3	3,4
etwas ganz anderes machen	3,3	2,0	2,6	6,1	2,8	3,0
weiß ich noch nicht, was ich tun werde	2,0	1,7	1,8	21,2	2,8	2,7
ich habe bereits einen Ausbildungsplatz	3,7	4,8	2,1	0,6	3,8	4,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

■ Überdurchschnittliche Werte

die Beratung der Schüler/innen. Die schulbezogenen Ergebnisse, die den Schulen unmittelbar zur Verfügung gestellt werden, dienen der Schulleitung als Steuerungsinstrument, können evaluiert werden und damit in die Qualitätsanalyse einfließen. Als Bestandteil des Berufswahlfahrplans kann die Schulabgängerbefragung in das Schulprogramm aufgenommen werden und ermöglicht die Weiterentwicklung schulischer Berufsorientierungskonzepte. Außerdem erhöht sich durch die Anwendung solcher Programme bei den Lehrkräften und bei den Jugendlichen die Medienkompetenz.

In Schulleitungsrunden können die Daten zur Schulentwicklung im Schulamtsbezirk genutzt werden. Sie dienen als Diskussionsgrundlage für verschiedene Fragestellungen im Beirat Schule-Beruf. Entsprechende Maßnahmen, um z.B. die Ausbildungsmotivation wieder zu steigern, können entwickelt und umgesetzt werden. Das beinhaltet u.a. in Köln auch die Verstärkung der Elternarbeit und den Einsatz von Berufseinstiegsbegleitern.

Im kommunalen Kontext wird deutlich, dass erhebliche Informationslücken bestehen. So macht die Befragung Übergangsprobleme zwar sichtbar, kann aber keine Aussagen zum tatsächlichen Verbleib und zu Individualverläufen machen. Das Bündnis für Arbeit hat diese Thematik auf Grundlage der vorhandenen Daten mit dem Ergebnis diskutiert, eine Längsschnittstudie für Köln zu fördern. Geplant ist das Medium der Schulabgänger-Online-Befragung als Grundelement zu nutzen. Darauf aufbauend können weitere Online-Befragungen durchgeführt werden, um tatsächliche Verläufe und damit auch Sackgassen und Versorgungslücken aufzeigen zu können.

## LOKALE SCHULABSOLVENTEN-LÄNGSSCHNITTE ALS DATENBASIS FÜR LOKALES ÜBERGANGSMANAGEMENT

Nora Gaupp / Boris Geier / Franciska Mahl / Ralf Kuhnke / Birgit Reißig

### Hintergrund der lokalen Schulabsolventen-Längsschnitte des DJI

Seit 2004 untersucht das DJI mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im DJI-Übergangspanel, einer bundesweiten Längsschnittuntersuchung, die Bildungs- und Ausbildungswege von Jugendlichen, die im Schuljahr 2003/2004 das letzte Jahr einer Hauptschule besucht haben (vgl. Gaupp/Lex/Reißig/Braun 2008; Reißig/Gaupp/Lex 2008). Seit 2007 führt das DJI auch lokale Längsschnittuntersuchungen durch. In Stuttgart und München wurden diese durch Beschlüsse des Gemeinderats bzw. des Stadtrats auf den Weg gebracht. In Leipzig, Halle, Jena und Frankfurt/Oder haben sich neben den teilnehmenden Kommunen auch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Bertelsmann Stiftung und die Länder Brandenburg und Thüringen an der Finanzierung der Studien beteiligt.

Die Durchführung solcher lokaler Schulabsolventen-Längsschnitte und exemplarische Ergebnisse werden im Folgenden am Beispiel der Studien in Stuttgart und Leipzig dargestellt. In die zum Abschluss formulierten Schlussfolgerungen sind Erfahrungen aus den Untersuchungen in allen oben genannten Kommunen eingeflossen.

### Ziele der lokalen Längsschnittuntersuchungen

Die vom DJI durchgeführten lokalen Längsschnittuntersuchungen sollen die folgenden Funktionen erfüllen:

- Die Untersuchungen sollen den lokalen Institutionen Planungsdaten zu den Plänen und Wegen von Schulabsolventen/innen der Sekundarstufe I im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung liefern.
- Sie sollen über die Muster informieren, nach denen diese Übergänge verlaufen: Es soll geklärt werden, welche Wege erfolgreich sind, welche Wege sich als Umwege oder Sackgassen erweisen, auf welchen Wegen (und für welche Jugendliche) ein erhöhtes Risiko des Ausstiegs aus dem Bildungssystem besteht, an welchen Stellen (und für welche Jugendliche) ein besonderer Unterstützungs- und Förderbedarf besteht.
- Sie sollen schließlich Auskunft geben über die Wirksamkeit von Bildungsgängen, Angeboten und Maßnahmen. Indem die Wege der Jugendlichen durch die verschiedenen Bildungseinrichtungen und Förderangebote verfolgt werden, werden Informationen über die Effekte gewonnen, die diese für das Gelingen der Integration der Jugendlichen in Ausbildung und Erwerbsarbeit haben.
- In Ostdeutschland sollen die Untersuchungen schließlich vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sowie der Abwanderung junger Menschen aus vielen ostdeutschen Regionen Erkenntnisse darüber liefern, unter welchen Bedingungen Zwischenstationen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf Abwanderungsentscheidungen auslösen, weil Jugendliche sie als Ausdruck fehlender beruflicher Perspektiven in der Heimatregion wahrnehmen.

### Design, Inhalte, Ablauf, Methoden und Instrumente

Um die oben genannten Ziele erreichen zu können, wurden lokale Längsschnittstudien mit dem in Abbildung 3 dargestellten Untersuchungsdesign begonnen.

Die Basiserhebungen fanden im Frühjahr 2007 in den 9. (Stuttgarter und Leipziger Hauptschüler/innen und Stuttgarter Förderschüler/innen) bzw. in den 10. (Leipziger Realschüler/innen) Klassenstufen statt. In Form einer schriftlichen Fragebogenerhebung im Klassenverband wurden die Schüler/innen zu den folgenden Themen befragt:

- Schulleistungen, Einstellungen zur Schule, Klassenwiederholungen
- Beziehung zu den Eltern, Familienkonstellation, berufliche Situation der Eltern
- Freundschaften, Freizeitbeschäftigungen
- Aktivitäten zur Berufsorientierung und deren Unterstützung durch Schule, Berufsberatung und Jugendhilfe
- Berufs- und Bildungspläne, Berufswünsche, Bewerbungsaktivitäten
- soziodemographische Angaben (Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft, Staatsangehörigkeit)

Als Interviewer/innen wurden Fachkräfte des DJI und Studierende eingesetzt. Sie wurden in zwei halbtägigen Interviewer-Schulungen inhaltlich und methodisch in ihre Aufgabe eingewiesen. Jede Klassenzimmerbefragung wurde von zwei Interviewern/innen gemeinsam durchgeführt. Die zur Verfügung stehende Zeit für die Beantwortung des Fragebogens lag bei einer Schulstunde. Dieses Zeitbudget war mit Ausnahme von einigen wenigen Schülern/innen ausreichend. Die Interviewer/innen führten für jede befragte Klasse ein Befragungsprotokoll, in dem sie die Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen notierten, Fragen der Jugendlichen und gegebenenfalls auftretende Störungen protokollierten sowie die Arbeitsatmosphäre während der Befragung in der Klasse einschätzten.

In der zweiten Erhebung wurden im Herbst 2007 diejenigen Jugendlichen befragt, die sich zu einer weiteren Befragung bereit erklärt hatten. Dieses zweite Interview wurde per Telefon (CATI, Computer Assisted Telephone Interviewing) realisiert. Da sich die Jugendlichen im Herbst nicht mehr in ihren Klassenverbänden befanden und zu vermuten war, dass sie unterschiedliche Richtungen nach der Schule einschlagen würden, wurde das Telefoninterview als ein geeignetes Befragungsinstrument gewählt. Diese zweite Befragung erfasste den Eintritt in weiterführende Schulen, in Ausbildung, in Berufsvorbereitung, in Arbeit aber auch in Arbeitslosigkeit im unmittelbaren Anschluss an die Schule.

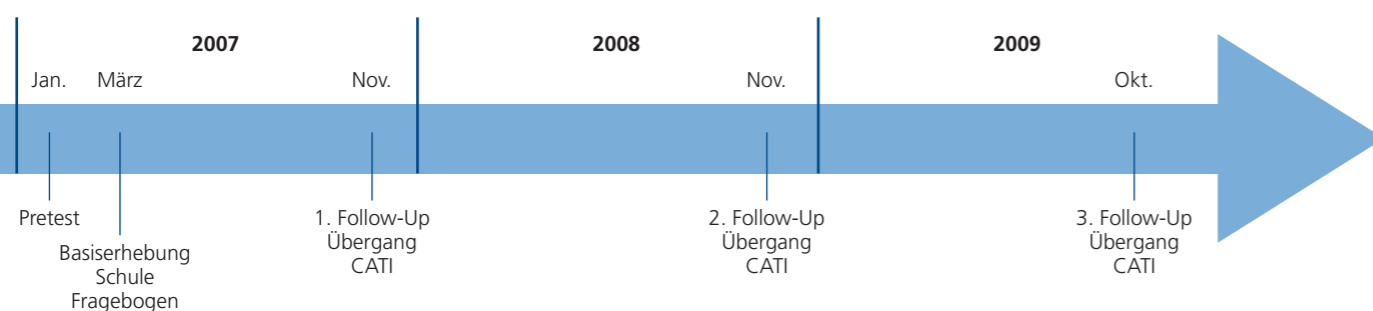
Auch die dritte Befragung wurde telefonisch durchgeführt. Sie schließt die vollständigen Bildungs- und Ausbildungswege der Jugendlichen bis zum Zeitpunkt November 2008 ein. In allen Folgebefragungen werden die Stationen des Übergangs Monat für Monat abgefragt, so dass sich ein umfassendes Bild der Wege ergibt.

### Der Stuttgarter Längsschnitt: Untersuchte Schulen, Stichprobenausschöpfung, Stichprobenezusammensetzung, Selektivität von Stichprobenausfällen

Die Stuttgarter Untersuchung war als Vollerhebung der Abgangsjahrgänge aller 35 Stuttgarter Hauptschulen und der acht Förderschulen angelegt. An der Basiserhebung im Frühjahr 2007 haben sich insgesamt 1.216 Schüler/innen (1.102 Hauptschüler/innen und 114 Förderschüler/innen) beteiligt. Von diesen haben sich 81 Prozent bereit erklärt, an der Untersuchung weiter teilzunehmen. In der ersten Folgebefragung konnten 810 Jugendliche erreicht werden, was einer Realisierungsquote von 83 Prozent bezogen auf die 980 Jugendlichen entspricht, die sich bereit erklärt hatten, weiter an der Untersuchung teilzunehmen. Eine Realisierungsquote von 71 Prozent (wiederum bezogen auf diese 980 Jugendlichen) konnte in der zweiten Folgebefragung im November 2008 erzielt werden. Hier wurden 700 telefonische Interviews geführt. Zieht man die gesamte Ausschöpfungsquote und somit das Verhältnis von der im November 2008 realisierten Interviews zu der Anzahl der Jugendlichen der Basiserhebung ins Kalkül, so ergibt sich eine Quote von 58 Prozent.

Um die Aussagekraft von Ergebnissen einer im Längsschnitt angelegten Untersuchung abschätzen zu können, muss die Zusammensetzung der Stichprobe in ihren Veränderungen von der Basiserhebung zu den Folgebefragungen auf systematische Ausfälle hin untersucht werden. Die Frage ist, ob durch bestimmte Ausfälle von Befragungsteilnehmern/innen von der Basisbefragung zu den Folgebefragungen Veränderungen in der Häufigkeitsverteilung z.B. von soziodemographischen und bildungsbiographischen Merkmalen auftreten. Wenn Schüler/innen mit bestimmten Merkmalen, „überzufällig“ häufiger oder seltener an den Folgebefragungen teilnehmen würden, wären die Aussagen nicht mehr repräsentativ für alle Stuttgarter Schulabsolventen/innen. Tatsächlich traten in der zweiten Folgebefragung im Vergleich zu den vorherigen Befragungswellen nur geringe Verzerrungen auf. Keine Veränderungen finden sich bezogen auf den Anteil junger Migranten/innen sowie den Anteil an Jugendlichen mit Klassenwiederholungen. Der Anteil der Förderschüler/innen verringert sich um einen Prozentpunkt. Ebenso geringfügig steigt der Anteil der Jugendlichen mit guten Noten, d.h. mit der Note 3 oder besser in den Fächern Mathematik und Deutsch (um einen Prozentpunkt im Vergleich zur Basiserhebung). Etwas deutlicher hingegen ist die Veränderung der Stichprobenezusammensetzung bezogen auf das Geschlecht. Über die Wellen sinkt der Anteil junger Männer in der Stichprobe zu Gunsten des Anteils der jungen Frauen. Diese Veränderung ist statistisch signifikant.

Abb. 3: Untersuchungsdesign der lokalen Schulabsolventenstudien in Stuttgart und Leipzig



## Bildungs- und Ausbildungswege der Stuttgarter Hauptschüler/innen

Ein Zugewinn von längsschnittlich angelegten Studien liegt in der Möglichkeit, Verläufe zu beschreiben. In Abbildung 4 werden – ausgehend vom März 2007 in der Hauptschule – die anschließenden Bildungs- und Ausbildungswege der Stuttgarter Hauptschüler/innen bis zum Zeitpunkt November 2008 dargestellt.

Die Abbildung zeigt, dass im November 2007 – im ersten Herbst nach Beendigung der Pflichtschulzeit an einer Hauptschule – vier von zehn Jugendlichen weiter zur Schule gingen. Wie aber geht es mit dieser Gruppe von Jugendlichen weiter? Rund drei Viertel gehen auch ein Jahr später im November 2008 weiter zur Schule. Etwa jede/r Fünfte hat zu diesem Zeitpunkt eine Ausbildung begonnen und nur wenige der Jugendlichen besuchen eine Berufsvorbereitung oder sind ohne Ausbildung und Arbeit.

Noch konstanter sind die Wege der Jugendlichen, die direkt im Anschluss an die Pflichtschulzeit eine Ausbildung begonnen haben. Von diesen absolvieren auch im darauf folgenden Jahr noch 85 Prozent eine Berufsausbildung, nur sehr wenige brechen die begonnene Ausbildung ab und gehen wieder zur Schule, besuchen eine Berufsvorbereitung oder bleiben unversorgt. Wer eine Berufsausbildung aufgenommen hat, führt diese auch mit großer Wahrscheinlichkeit im zweiten Jahr nach Verlassen der Schule weiter fort.

Relativ heterogen sind die weiteren Wege der Jugendlichen, die sich im November 2007 in einer Berufsvorbereitung befanden. Etwa ein Viertel dieser Jugendlichen geht wieder zur Schule und einem ähnlich großen

Anteil der Befragten gelingt der Einstieg in eine Berufsausbildung. Die größte Gruppe (28 Prozent) befindet sich immer noch oder wieder in der Berufsvorbereitung. Relativ hoch ist auch Zahl derjenigen, die nach dem Besuch der Berufsvorbereitung ganz unversorgt bleiben.

## Der Leipziger Längsschnitt: Untersuchte Schulen, Stichprobenausschöpfung, Stichprobenzusammensetzung, Selektivität von Stichprobenausfällen

Die Leipziger Schulabsolventenbefragung war als Vollerhebung aller Mittelschulen Leipzigs angelegt. Dabei sollten jeweils die Jugendlichen der Abschlussklassen der Real- und Hauptschulzüge (10. bzw. 9. Klassenstufe) befragt werden. Von 31 Leipziger Mittelschulen haben sich 28 an der Untersuchung beteiligt.

An der Basiserhebung im Frühjahr 2007 nahmen insgesamt 1.168 Schüler/innen (davon 210 Hauptschüler/innen) teil. Von diesen Jugendlichen haben sich 69 Prozent bereit erklärt, an der Untersuchung weiterhin teilzunehmen. An der ersten Folgebefragung im November 2007 beteiligten sich 629 Jugendliche. Das entspricht einer Realisierungsquote von 78 Prozent bezogen auf die 808 Jugendlichen, die sich bereit erklärt hatten, weiter an der Untersuchung teilzunehmen. In der zweiten Folgebefragung im November 2008 wurde eine Realisierungsquote von 64 Prozent (wiederum bezogen auf diese 808 Jugendlichen) erzielt. Es wurden 515 Jugendliche telefonisch befragt. Betrachtet man die gesamte Ausschöpfungsquote und somit das Verhältnis von den im November 2008 realisierten Interviews zu der Zahl der Jugendlichen der Basiserhebung, so ergibt sich eine Quote von 44 Prozent.

Bezogen auf die Ausfälle von Befragten während der Studie und einer dadurch bedingten Verzerrung der Stichprobe ergibt sich für Leipzig folgendes Bild: In Analysen zur ersten Folgebefragung wurden geringfügige Veränderungen in der Stichprobenzusammensetzung in Bezug auf die Merkmale Geschlecht und Alter festgestellt. So verringerte sich der Anteil der männlichen Jugendlichen sowie der Jugendlichen, die 17 Jahre und älter sind, um jeweils drei Prozentpunkte. Bezogen auf die Merkmale Migrationshintergrund, Bildungsgang und Lage der ehemaligen Schule gab es keine Veränderungen. Ein Vergleich der in der ersten Erhebung erfragten Schulleistungen (Noten in Mathematik und Deutsch) zwischen denjenigen Jugendlichen, die sich zur weiteren Mitarbeit bereit erklärten und denen, die das nicht taten sowie auch zwischen den Teilnehmern/innen und Nichtteilnehmern/innen an der ersten Folgebefragung erbrachte keine Hinweise auf bedeutsame Leistungsunterschiede zwischen diesen Gruppen. Zwischen den Erhebungen im November 2007 und 2008 haben sich keine weiteren relevanten Veränderungen der Stichprobe ergeben.

## Bildungs- und Ausbildungswege der Leipziger Hauptschüler/innen

Betrachtet man die Absolvent/innen der Hauptschulzüge muss zunächst festgehalten werden, dass deutlich weniger Jugendliche den Hauptschulzug besuchen als den Realschulzug: Nur gut jede/r fünfte Mittelschüler/in besuchte den Hauptschulzug. Ähnlich den Realschülern/innen strebten auch die Jugendlichen mit einer Hauptschulbildung mehrheitlich die sofortige Aufnahme einer Ausbildung an.

Immerhin fast der Hälfte der Hauptschüler/innen gelingt tatsächlich der direkte Einstieg in eine Ausbildung.

Berufsvorbereitende Lernangebote haben im November 2007 fast ein Drittel der Absolventen/innen der Hauptschulzüge aufgenommen. Fünf Prozent verbleiben unmittelbar nach der Pflichtschulzeit unversorgt.

Die Verlaufswege derjenigen, die sofort eine Ausbildung begannen, bleiben zwischen Herbst 2007 und 2008 sehr stabil. 98 Prozent von ihnen sind ein Jahr später noch immer in Ausbildung. Von denen, die zunächst weiter zur Schule gingen, gelingt im Folgejahr 42 Prozent der Übertritt in eine Ausbildung. Das bedeutet: Gehen Absolventen/innen der Hauptschulzüge nach der Pflichtschulzeit weiter zur Schule, dann in der Absicht, auf diesem Wege möglichst schnell in eine Ausbildung zu gelangen.

Zwei von drei Teilnehmern/innen an einer Berufsvorbereitung gelingt nach einem Jahr der Einstieg in die Ausbildung. Allerdings beginnen 13 Prozent ein weiteres Jahr Berufsvorbereitung und 10 Prozent gehen in die Erwerbslosigkeit. Von denen, die im November 2007 ohne Ausbildung oder Arbeit waren, befinden sich ein Jahr später 60 Prozent in Ausbildung, aber 40 Prozent sind erneut ausbildungs- oder arbeitslos.

Von der Gesamtheit der Absolventen/innen der Hauptschulzüge ist der Anteil derer in Ausbildung von 47 Prozent im November 2007 auf 79 Prozent im November 2008 gestiegen. In einer Berufsvorbereitung befinden sich 6 Prozent, und 7 Prozent sind im Herbst 2008 ohne Ausbildung oder Arbeit.

Abb. 4: Bildungs- und Ausbildungswege der Stuttgarter Hauptschüler/innen\*

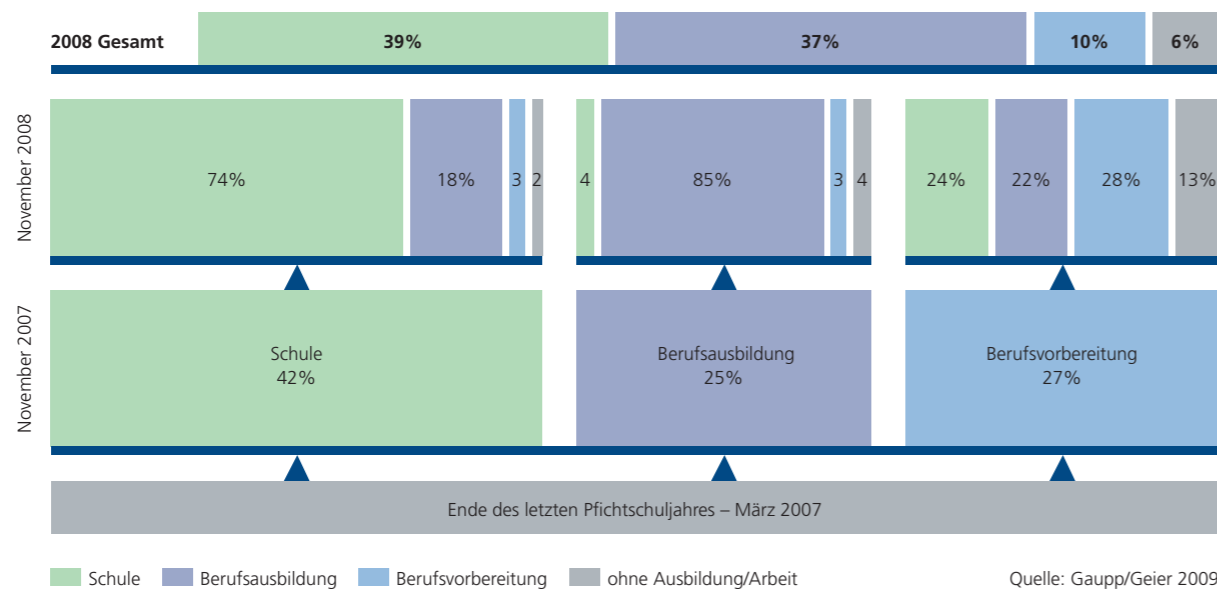
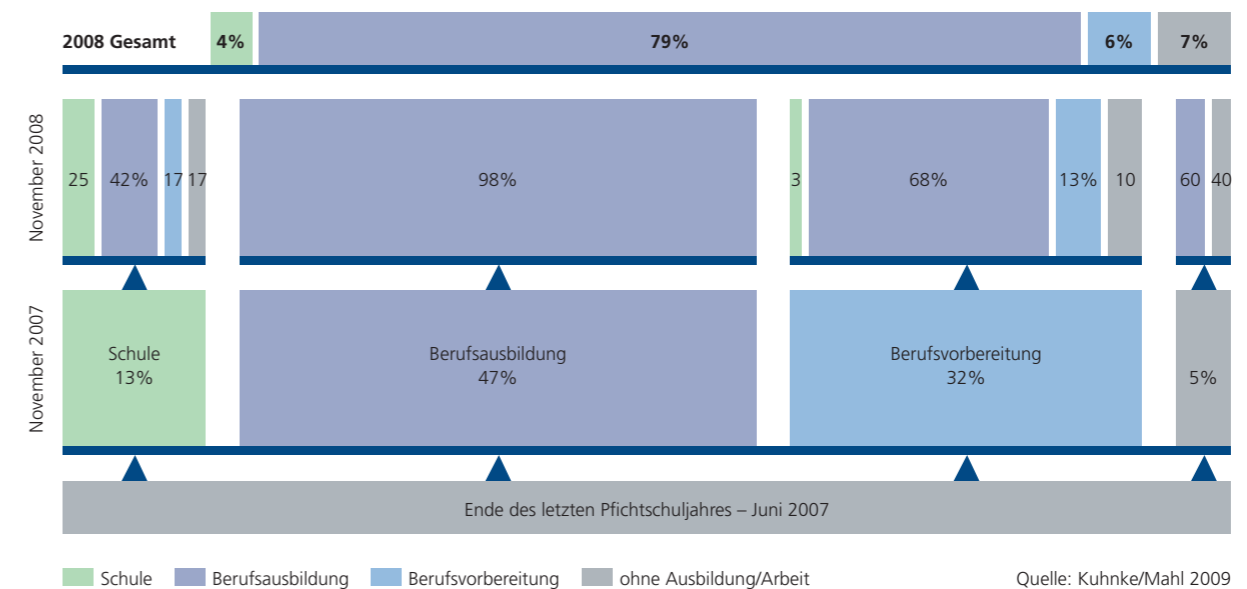


Abb. 5: Bildungs- und Ausbildungswege der Leipziger Hauptschüler/innen vom Ende der Pflichtschulzeit bis November 2008\*





### Lokale Schulabsolventen-Längsschnitte und lokales/regionales Übergangsmanagement

Ein Vergleich des Übergangsgeschehens in Stuttgart und Leipzig zeigt, dass Stuttgarter und Leipziger Hauptschüler/innen im 9. Schuljahr sehr unterschiedliche Pläne haben und sehr unterschiedliche Wege gehen. In Stuttgart ist der weitere Schulbesuch der quantitativ wichtigste Anschluss an die Pflichtschulzeit, in Leipzig ist es die Berufsausbildung. Wider Erwarten sind die Barrieren zwischen Berufsvorbereitung und Ausbildung für Hauptschulabsolventen/innen in Leipzig niedriger als in Stuttgart. Das zeigt, dass bundesweite Durchschnittswerte über Übergangsverläufe (etwa aus dem Nationalen Bildungsbericht 2008) nicht einfach auf die einzelnen Regionen heruntergerechnet werden können. Regional-spezifische bzw. lokale Diagnosen, wie sie auf der Basis lokaler Schulabsolventen-Längsschnitte geleistet werden können, sind erforderlich.

Diese Längsschnitte sind ein relativ aufwändiges Verfahren, um für lokale Diagnosen eine Datenbasis zu schaffen. Mit der Kombination von Fragebogenerhebungen im Klassenverband für die Basiserhebung und Computer gestützten Telefoninterviews in den Folgebefragungen wird eine sehr gute Datenqualität erreicht. Darüber hinaus ermöglicht das Verfahren eine flexible Anpassung an spezifische lokale Bedingungen. Lohnend ist dieser hohe Aufwand dann, wenn solche Längsschnittuntersuchungen eng mit dem lokalen/ regionalen Übergangsmanagement „synchronisiert“ werden. In der Abfolge von Teiluntersuchungen, die das Kennzeichen einer Längsschnittuntersuchung sind, können zeitnah nach jedem Untersuchungsschritt Ergebnisse in den Prozess des Übergangsmanagements eingespeist werden.



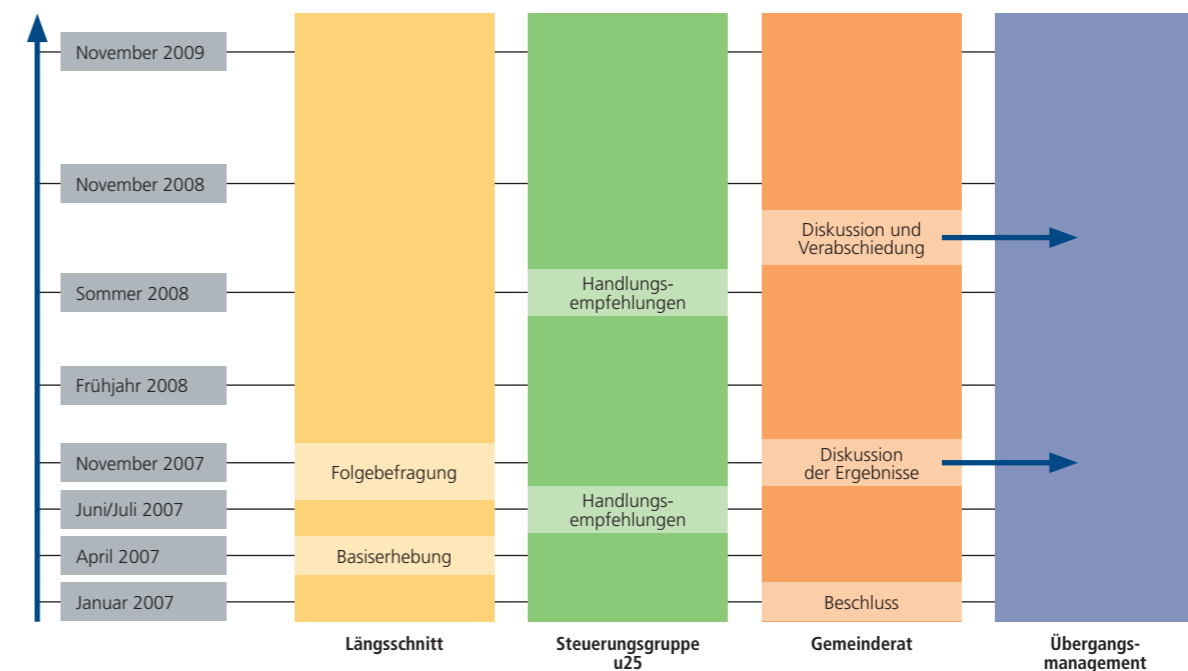
Werden die Durchführung der einzelnen Befragungswellen und die Berichterstattung über deren Ergebnisse eng mit den Beratungsprozessen im Übergangsmanagement abgestimmt, so kann daraus ein dynamisches Zusammenspiel resultieren, in dem aktuelle Ergebnisse aus der Untersuchung Anlässe für Beratungen und Entscheidungen der Akteure des Übergangsmanagements anregen und unterfüttern. Abbildung 6 über die Verknüpfung des Stuttgarter Schulabsolventen-Längsschnitts mit dem Stuttgarter Übergangsmanagement illustriert dieses Zusammenwirken.

**Lohnend ist der hohe Aufwand dann, wenn Längsschnittuntersuchungen mit dem Übergangsmanagement synchronisiert werden.**

Das Regionale Übergangsmanagement Stuttgart (RÜM-Stuttgart) verbindet die Datenerhebungen zum Übergangsgeschehen eng mit Schritten zum Aufbau von dauerhaften, vernetzten Strukturen für die passgenaue Beratung und Vermittlung Jugendlicher mit Förderbedarf. Dafür wird die Tatsache genutzt, dass der Stuttgarter Schulabsolventen-Längsschnitt in regelmäßigen Abständen aktuelle Daten zum Übergangsgeschehen liefert:

Jeweils drei bis vier Monate nach einer neuen Erhebungswelle werden deren Ergebnisse in der RÜM-Steuerungsgruppe (bestehend aus: den Geschäftsführern/innen von Arbeitsagentur und ARGE, der kommunalen Arbeitsförderung, den Leitern/innen des staatlichen Schulamts und des kommunalen Jugendamts sowie den Geschäftsführern/innen der Kammern) präsentiert und diskutiert. Die Steuerungsgruppe erarbeitet auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse Empfehlungen, die im Gemeinderat verhandelt und beschlossen werden. Der Gemeinderat beauftragt die kommunalen Ämter mit der Umsetzung der Beschlüsse im Rahmen der eigenen Zuständigkeit bzw. durch die Verabredung geeigneter Schritte in der RÜM-Steuerungsgruppe. Beispiele sind: der Aufbau von Strukturen zur Verbesserung der Elternarbeit, Verfahren zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von jungen Frauen mit Hauptschulbildung, Wege zur Verbesserung der Anchlüsse von Absolventen/innen der schulischen Berufsvorbereitung.

Abb. 6: Einbindung der Stuttgarter Schulabsolventenbefragung in die kommunale Entscheidungsstruktur



# 4 Anmeldesysteme als Datenquellen zum Übergangsgeschehen



## Die Entwicklung und der Einsatz datenbankgestützter Lösungen stellen wichtige Beiträge für das Übergangsmanagement dar.

Ein Hindernis für ein effektives Datenmonitoring zum Übergangsgeschehen liegt in der Tatsache begründet, dass die verschiedenen Akteure mit unterschiedlichen, oft nicht kompatiblen Erfassungs- und Dokumentationssystemen arbeiten. Die Entwicklung und der Einsatz praktikabler datenbankgestützter Lösungen für die einheitliche, übergreifende Erfassung und Dokumentation von (Teil-)Prozessen stellen somit wichtige Beiträge für ein effizientes Übergangsmanagement dar.

Die in diesem Abschnitt vorgestellten Anmelde- bzw. Dokumentationssysteme wurden entwickelt mit dem Ziel, die alljährlichen Bewerbungs-, Vermittlungs- bzw. Nachvermittlungsprozesse beim Übergang von der Schule in den Beruf möglichst effektiv zu gestalten und zu steuern. Dabei geht es um die vollständige und frühzeitige Abbildung des Anschlusses/Verbleibs aller Personen einer angezielten Gesamtheit. Eine erste Zielgruppe für solche Systeme sind nicht volljährige Schulabgänger/-innen aller Schulformen. Der gesetzlich geforderte Nachweis der (Berufs-)Schulpflicht durch die abgehenden Schulen wirkt sich förderlich auf die Bereitschaft der Schulen aus, an der Einführung entsprechender Anmeldesysteme mitzuarbeiten.

Neben der unmittelbaren Steuerung des Übergangsprozesses werden Daten generiert, die wichtige Informationen für die Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Institutionen/Akteuren an der Schnittstelle Übergang Schule – Beruf mit dem Ziel der Optimierung von Übergangsprozessen darstellen. Über einen Vergleich von Anmelde-/Verbleibsdaten über mehrere Anmeldezeiträume lassen sich mittel- bis langfristige Trends abbilden.

Ausgangspunkt für die Dokumentation des Verbleibs der Schulabsolventen/-innen ist die Übertragung der entsprechenden Daten der abgehenden Schulen aus den genutzten Schulverwaltungsprogrammen in die entsprechenden Anmelde- bzw. Dokumentationssysteme. Auf der Grundlage dieser Daten melden sich entweder die Schüler/-innen selbst mit Passwort an und bewerben sich für den von ihnen gewählten Anschluss (dabei ist die Anmeldung verbindlich, Mehrfachanmeldungen werden zugleich reduziert), oder es erfolgt die personenbezogene Dokumentation der Rückmeldung über die Annahme bzw. Ablehnung durch die aufnehmende Institution. Relativ frühzeitig lassen sich so noch nicht sowie auch doppelt versorgte Jugendliche identifizieren, gegebenenfalls an

die betreffende Schule rückmelden und entsprechende Beratungsangebote organisieren.

Als erschwerend für eine übergreifende Abbildung von Übergangsprozessen mit Hilfe von Anmelde- bzw. Dokumentationssystemen (z.B. zur Abbildung von Ausbildungsverläufen) erweisen sich datenschutzrechtliche Bestimmungen. So müssen z.B. nach Beendigung des Anmelde- bzw. Vermittlungsprozesses alle Daten aus der Datenbank gelöscht werden.

Martina Dankwart und Bianca Gollers beschreiben in ihrem Beitrag die Entwicklung und Einführung von „SchülerOnline“ im Kreis Herford, gehen auf die Möglichkeiten und Grenzen dieses Anmeldesystems an den Berufskollegs sowie auf die Aufgaben für eine Weiterentwicklung des Systems ein.

Im zweiten Beitrag berichten Sandra Fitzen, Birgit Klein und Phyllis Paul über eine Analyse der Wege von Jugendlichen, deren Verbleib nach der bis dahin praktizierten Dokumentation als ungeklärt galt, und stellen die in Folge der Ergebnisdiskussion beschlossene Weiterentwicklung der „Dortmunder Schulbank“ zu einem Instrument des Übergangsmonitorings dar.



# Erforderlich sind Verlaufsdaten im Übergang aus der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II.

## SCHÜLER-ONLINE

Martina Dankwart / Bianca Gollers

### Hintergrund

Seit dem Schuljahr 2006/07 wird im Kreis Herford ein zentrales online gestütztes Anmeldesystem zur Verbesserung der Koordination des Übergangs von den allgemein bildenden Schulen in die Berufskollegs und zur Unterstützung der Überwachung der Berufsschulpflicht eingesetzt. Daran beteiligt sind alle 36 weiterführenden Schulen, die fünf öffentlichen Berufskollegs und zwei der drei privaten Berufskollegs im Kreis Herford.

Unterstützt wurde die Einführung des Systems durch die bereits im Kreis Herford etablierten Kommunikations- und Kooperationsstrukturen und durch die im allgemein bildenden Bereich etablierten Maßnahmen im Kontext der Berufsvorbereitung und -orientierung. Hierzu gehören die in den Schulen bewährten Elemente genauso wie die vom Kreis Herford angebotenen zusätzlichen Module (vgl. Abb. 7). Die zentrale Anmeldung – kurz als „Schüler-Online“ bezeichnet – liegt damit im Schnittfeld zwischen allgemein bildender und beruflicher Bildung und ist ein wesentliches Bindeglied zwischen diesen beiden Systemen.

Mit der Einführung von „Schüler-Online“ wurden zwei wesentliche Ziele verfolgt. Einerseits sollte das Anmeldeverfahren an den Berufskollegs vereinheitlicht und transparent gestaltet werden, andererseits sollte eine Planungsgrundlage für die Weiterentwicklung des Bildungsangebotes in der Sekundarstufe II geschaffen werden. Letzteres basiert auf der Annahme, dass jedes Übergangsmanagement eine verlässliche Datenbasis benötigt, um den Handlungsbedarf in quantitativer und qualitativer Hinsicht bestimmen zu können. Erforderlich sind dabei insbesondere Übergangs- und Verlaufsdaten von Schülern/innen im Übergang aus der Sekundarstufe I in die Sekundar-

stufe II. Durch die systematische Erfassung aller Schüler/innen in den Abgangsklassen der allgemein bildenden Schulen über „SchülerOnline“ und durch die konsequente Nachverfolgung ihres Verbleibs mittels des Systems steht eine solche Basis in der Region zur Verfügung.

Für die Nachverfolgung wirkt sich dabei besonders positiv aus, dass „SchülerOnline“ zwischenzeitlich im gesamten Regierungsbezirk Detmold eingesetzt wird, und zwar mit einer einheitlichen Datenbasis. Somit wird auch die Nachverfolgung von Schülern/innen, die nicht im Kreis Herford, sondern in einem angrenzenden Kreis bzw. in der kreisfreien Stadt Bielefeld beschult werden, deutlich vereinfacht.

### Module und Funktionalitäten

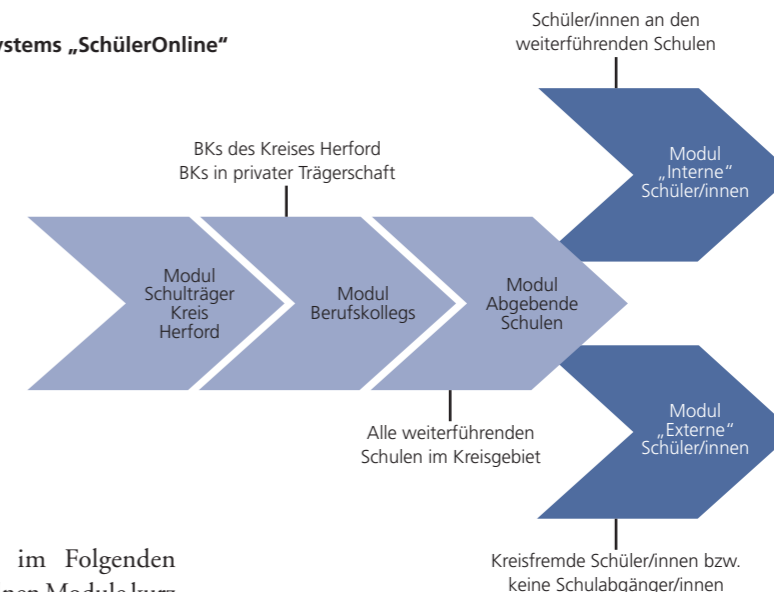
Wie oben bereits erwähnt war eines der Hauptziele zur Einführung von „SchülerOnline“ die Vereinheitlichung und Optimierung der Anmeldung an den fünf Berufskollegs in der Trägerschaft des Kreises Herford und eine damit verbundene bessere Auslastung und Nutzung der vorhandenen Kapazitäten. Die Kernfunktionen des vom Kreisrechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe angebotenen Systems dienen diesem Zweck. Gleichzeitig bietet die zur Durchführung erforderliche Kommunikation und Kooperation die Chance, das Übergangsmanagement zu verbessern. Die über das System generierten Daten tragen dazu bei, das Angebot zu optimieren. Schließlich unterstützt das System als Informationsplattform, über die auf das vollständige Bildungsangebot aller beteiligten Berufskollegs zugegriffen werden kann, die Berufsorientierung.

Grundsätzlich besteht das System aus den in Abb. 8 dargestellten Modulen, die jeweils auf die Nutzer/innen abgestimmte Funktionen zur Verfügung stellen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine solche angepasste Nutzungsweise, die den Zugriff auf die „eigenen“ Daten beschränkt, zwingend erforderlich.

Abb. 7: Elemente des Übergangsmanagements im Kreis Herford

<b>Berufsvorbereitung</b> durch Schülerpraktika, Erkundungen, Schülerfirmen, etc.	<b>Berufsorientierung</b> als Entwicklung des Unterrichts durch Kooperation von Schulen mit Unternehmen	<b>Kompetenzprofilanalyse</b> durch stärkenorientiertes Assessment	<b>Berufswahl</b> durch konkrete Berufsempfehlung und -findung	<b>Bildungsberatung</b> durch Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen in die berufliche Bildung
Bewährtes	Kurs	Assessment	Berufsnavigator	Übergangcoach

Abb. 8: Bestandteile des Systems „SchülerOnline“



Zur besseren Einordnung werden im Folgenden die wesentlichen Funktionen der einzelnen Module kurz beschrieben:

### Modul „Schulträger“

Über die so genannte Kreis- bzw. Schulträgeroberfläche besteht für den Kreis Herford als koordinierender Stelle die Möglichkeit, auf verschiedene Datenauswertungen zuzugreifen. Dazu gehören beispielsweise die Anzahl der registrierten Schüler/innen pro allgemein bildender Schule und die Anzahl der angemeldeten, aufgenommen und abgelehnten Schüler/innen pro Berufskolleg und Bildungsgang. Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind diese Daten anonymisiert. Im Kreis Herford werden sie im Kontext des Übergangsmanagements und der Schulentwicklungsplanung verwendet (siehe unten). Weitere Funktionen, wie die Bestellung von Fahrkarten, kommen derzeit nicht zum Einsatz.

### Modul „Allgemein bildende Schulen“

Die Kernfunktion der Oberfläche für die allgemein bildenden Schulen ist die Registrierung der abgehenden Schüler/innen. Sie erfolgt durch den Ex- bzw. Import aus dem jeweiligen Schulverwaltungsprogramm der Schule. Für die aufnehmende Schule ergibt sich dadurch der Vorteil, dass alle erforderlichen Daten verlässlich und geprüft zur Verfügung stehen. Neben der Verwaltung der Abgänger/innen unterstützt das System die Überwachung der Berufsschulpflicht, für die laut Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) die abgebende Schule bis zur Neuaufnahme an einer anderen Schule bzw. bis zum Beginn des kommenden Schuljahres verantwortlich ist. Dafür erhalten die Schulen über ihre Oberfläche eine automatische Rückmeldung über den Aufnahmestatus an einem Berufskolleg. Zusätzlich steht ein Erfassungsbogen, der im System hinterlegt ist und bis zu einem vorgegebenen Zeitpunkt von den Schülern/innen ausgefüllt wird, für die Nachverfolgung zur Verfügung.

### Modul „Berufskollegs“

Das Modul für die aufnehmenden Schulen beinhaltet alle Funktionen, um die Anmeldungen zu verwalten. So können beispielsweise die Schüler/innen im angemeldeten Bildungsgang aufgenommen, auf eine Warteliste gesetzt oder abgelehnt werden. Wie oben beschrieben ist dieser Status von den abgebenden Schulen in ihrer Oberfläche einsehbar. Aber auch der Jugendliche kann sich fortlaufend mit seinen Zugangsdaten über den Stand informieren. Ebenfalls hinterlegt sind Funktionen zum Versand von Serienbriefen, um beispielsweise Aufnahmebestätigungen zu verschicken. Um später die Daten im Schulverwaltungssystem nutzen zu können, steht eine Exportfunktion zur Verfügung. Eine manuelle Eingabe von Daten ist dadurch weitestgehend nicht mehr erforderlich.

### Modul „Schülerinnen und Schüler“

Die eigentliche Anmeldung der Schülerin bzw. des Schülers erfolgt über die zentrale Internetadresse [www.schueler-anmeldung.de](http://www.schueler-anmeldung.de). Bereits registrierte Schüler/innen erhalten die dafür erforderlichen individuellen Zugangsdaten von ihrer Schule. Jugendliche, die an keiner bzw. an einer Schule sind, die sich nicht am Verfahren beteiligen, können sich selbst registrieren. Dialoggestützt kann die/der Jugendliche den gewünschten Bildungsgang und – falls das Angebot an verschiedenen Schulen angeboten wird – das Berufskolleg auswählen. Von Bedeutung ist dabei, dass die/der Jugendliche sich für einen Bildungsgang entscheiden muss. Eine Mehrfachauswahl ist nicht möglich. Unterstützt wird sie/er dabei dadurch, dass nur die Bildungsgänge angeboten werden, die mit dem voraussichtlich erreichten Schulabschluss besucht werden können. Der Abschluss der Online-Anmeldung erfolgt durch den Versand des unterschriebenen im System generierten Anmeldebogens inkl. der zusätzlich erforderlichen Unterlagen wie Lebenslauf und Kopie des Halbjahreszeugnisses an das Berufskolleg.

### Ablauf und Gelingensbedingungen

Die erfolgreiche Nutzung des Systems setzt eine möglichst breite Beteiligung der Schulen und einen abgestimmten Ablauf voraus. Dabei ist zu beachten, dass die Nutzung sowohl auf Seiten der Schulen und als auch auf Seiten der Jugendlichen freiwillig ist. Dies ist eine Grundvoraussetzung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben.

Im Kreis Herford ist es gelungen, alle 36 weiterführenden Schulen für den Einsatz von „SchülerOnline“ zu gewinnen. Seitens der aufnehmenden Schulen beteiligen sich alle fünf öffentlichen und zwei von insgesamt drei privaten Berufskollegs. Die mögliche Einbindung der gymnasialen Oberstufe an Gymnasien bzw. Gesamtschulen wird derzeit noch nicht praktiziert. Damit ist auf der Ebene der Institutionen die Basis für eine flächendeckende und systematische Erfassung aller Abgänger/innen geschaffen. Dadurch, dass seit dem letzten Durchlauf „SchülerOnline“ im gesamten Regierungsbezirk Detmold eingesetzt wird, hat sich zudem die Grundlage noch weiter verbessert.

Das Zusammenspiel zwischen abgebender Schule, Schüler/innen bzw. Berufskolleg erfolgt auf der Grundlage eines in der Region vereinbarten

Ablaufes mit entsprechenden zeitlichen Vorgaben. Dieser Ablauf bezieht sich auf alle Bildungsgänge der Berufskollegs mit Ausnahme der Fachklassen für das duale System. Hier erfolgt die Anmeldung durch die Betriebe und eine laufende Anmeldung ist möglich. Die Online-Anmeldung wird dabei je nach Betrieb unterschiedlich genutzt.

Der Ablauf stellt sich grob wie folgt dar:

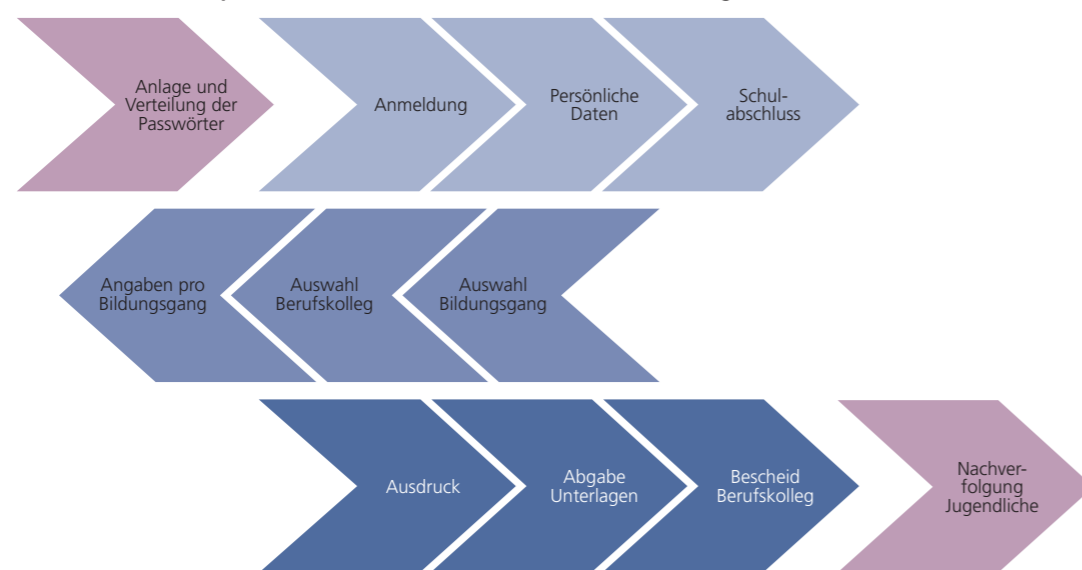
- Registrierung der Schüler/innen durch die abgebenden Schulen (bis zu Beginn der Weihnachtsferien);
- Verteilung der Zugangsdaten an die Schüler/innen über die Klassenleitungen bzw. die Berufswahlkoordinatoren/innen (bis zum Beginn des Anmeldezeitraums);
- Mit Unterstützung der abgebenden Schulen Anmeldung der Schüler/innen am Berufskolleg im bezirkswweit einheitlichen dreiwöchigen Anmeldezeitraum (jeweils Beginn am 1. Samstag nach der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse);
- Bearbeitung der eingegangenen Anmeldungen durch die Berufskollegs, Versand der Zu- bzw. Absagen an die Schüler/innen und laufende Pflege der Daten im System (bis zu den Osterferien);
- Prüfung der Angaben der Schüler/innen zum weiteren Verbleib und Pflege der Daten im System durch

die abgebenden Schulen (bis zum 31.5. bzw. bis nach den Zeugnis-konferenzen);

- Durch Freigabe im System Übermittlung der Daten von noch unversorgten, berufsschulpflichtigen Jugendlichen an die für die Versorgung der Schüler/innen zuständigen Berufskollegs (bis zu den Sommerferien);
- Aufforderung der noch unversorgten Schüler/innen zur Anmeldung inkl. der Information über alternative Angebote bzw. noch freie Kapazitäten durch die versorgenden Berufskollegs und Nachhaltung des Verbleibs (zu Beginn bzw. während der Sommerferien);
- Meldung der Daten der Schüler/innen, die der Anmeldung nicht nachgekommen sind bzw. deren Verbleib nicht geklärt werden konnte, an die Bezirksregierung Detmold zur Einleitung der weiteren erforderlichen Schritte (bis zum Schuljahresbeginn).

Die Darstellung macht deutlich, dass die Vorteile des Systems nur dann zum Tragen kommen, wenn die einzelnen Institutionen Hand in Hand arbeiten und die Abläufe ineinander greifen. Aus Sicht des Schülers bzw. der Schülerin reduziert sich der Vorgang auf die in der Abbildung 9 dargestellten Schritte.

Abb. 9: Ablauf des Anmeldeprozesses mittels „SchülerOnline“ aus Sicht der Jugendlichen



## Die Vorteile des Systems kommen nur zum Tragen, wenn die Abläufe ineinander übergreifen.



Abb. 10: Unterstützungssystem für die Durchführung von „SchülerOnline“

- Informationsblätter**
  - Schulen
  - Schülerinnen und Schüler
  - Eltern
- Schulungen**
  - Schulsekretariat abgebender Schulen
  - Lehrkräfte der abgebenden Schulen
  - Schulsekretariat Berufskolleg
  - Bildungsgangleitungen der Berufskollegs
- Weitere Hilfestellungen**
  - Hotline des Bildungsbüros
  - Hotline des Kommunalen Rechenzentrums
  - Beratung Berufskolleg
  - Beratung Agentur für Arbeit

Die Abstimmung des Ablaufs und das Vorhalten des technischen Systems sind jedoch nicht ausreichend, um den Prozess erfolgreich zu gestalten. Hinzukommen müssen flankierende Maßnahmen. Sie umfassen die Kooperation zwischen den Institutionen inkl. der Agentur für Arbeit, der ARGE und weiterer Akteure genauso wie die Information, Beratung und Unterstützung. Wie die Erfahrungen zeigen, kann die Einführung von „SchülerOnline“ als konkreter Anlass für die Entwicklung von Maßnahmen und für die Kooperation eine Katalysatorfunktion übernehmen.

Konkret wurde im Kreis Herford ein Unterstützungssystem etabliert, das zu Beginn insbesondere dazu beitragen sollte, die abgebenden Schulen für eine Teilnahme zu gewinnen. Dies ist umso wichtiger, da sich der Nutzen für die abgebenden Schulen nicht von selbst erschließt. Für sie bedeutet die Einführung zunächst einen erhöhten Aufwand. Die Berufskollegs benötigen ebenfalls eine entsprechende Unterstützung, auch wenn sich für sie der Nutzen schneller einstellt und eher erkennbar ist.

Schließlich wurde und wird die Information und Beratung der Schüler/innen weiterentwickelt. Ein Prozess, der im Kreis Herford auch für den bevorstehenden fünften Durchlauf keineswegs als abgeschlossen gelten kann. Die Kernelemente des Unterstützungssystems sind in der Abbildung 10 dargestellt.

Wie oben bereits erwähnt ersetzt das technische System in keinem Fall die für ein gelingendes Übergangsmangement erforderlichen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen, sondern es verweist zusätzlich auf deren Notwendigkeit. Zur Unterstützung dieses Prozesses wurden im Kreis Herford in einem ersten Schritt das Koordinierungsgespräch und die so genannte Matchinggruppe etabliert. Im Koordinierungsgespräch erfolgt sowohl die Abstimmung zur Durchführung von „SchülerOnline“ als auch zur Weiterentwicklung der Unterstützungssysteme für die Schüler/innen. Beteiligt sind die fünf Berufskollegs des Kreises Herford, die Agentur für Arbeit und die ARGE. Im Kontext des Projektes „Perspektive Berufsabschluss“ werden dieses Gremium und dessen

Aufgaben weiterentwickelt. Die Matchinggruppe kümmert sich im Nachgang zum Anmeldeverfahren um die Versorgung der Schüler/innen ohne Angebot. Hier geht es neben der konkreten Versorgung auch insbesondere darum, unter den gegebenen datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen optimale Wege zur systematischen Beratung unter Nutzung der vorhandenen Daten zu entwickeln.

**Datengrundlage und deren Nutzung im Übergangsmanagement bzw. in der Schulentwicklungsplanung** Innerhalb von „SchülerOnline“ stehen für die verschiedenen Nutzergruppen unterschiedliche Daten bzw. Datenauswertungen zur Verfügung. Die Nutzung und der Austausch unterliegen denen im Kasten dargestellten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

**Stichwort Datenschutz**

**Die Übermittlung personenbezogener Daten von Schülerinnen und Schülern und deren Erziehungsberechtigten zum Zwecke des Schulwechsels bzw. der Schulpflichtüberwachung erfolgt auf Grundlage des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (SchulG) sowie der Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern (VO-DV I). Eine darüber hinausgehende Übermittlung personalisierter Daten an Dritte ist nur möglich, wenn eine wirksame Einverständniserklärung der Eltern vorliegt oder die Schule als „Herrin der Daten“ eine Vereinbarung zur Datenverarbeitung im Auftrag abschließt. Laut § 7 Abs. 1 der VO-DV I kann der Schulträger eine koordinierende Funktion bei der Überwachung der Berufsschulpflicht übernehmen.**

Aus den Vorgaben ergeben sich je nach Nutzer unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten der Daten bzw. Auswertungen. Die abgebenden Schulen können beispielsweise individuell den Verbleib ihrer Schüler/innen verfolgen – dies auch personenbezogen und über längere Zeiträume. Ähnliche Möglichkeiten haben die Berufskollegs bezogen auf den Zugang von Schülern/innen. Ob dies genutzt wird, ist jedoch zunächst eine Entscheidung der jeweiligen Schule und steht noch nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem regionalen Übergangsmanagement bzw. der regionalen Bildungsplanung.

Wie oben beschrieben stehen hierfür jedoch ebenfalls entsprechende Daten zur Verfügung, denn auch aus den anonymisierten Daten lassen sich Rückschlüsse sowohl über den Verbleib von Schülern/innen als auch für die Gestaltung der Angebote und deren Auslastung ziehen. Insbesondere dann, wenn sie in einer Zeitreihe betrachtet werden. Allerdings ist diese Auswertung nicht gleichzusetzen mit einer Verbleibs- bzw. Verlaufsstudie.

Im Kreis Herford fließen die Ergebnisse aus diesen Zusammenstellungen in die Schulentwicklungsplanung für die fünf Berufskollegs in seiner Trägerschaft ein. Zusätzlich werden sie in die regionale Bildungsberichterstattung und in ein Ausbildungsmarktmonitoring integriert.

Eine zweite denkbare Nutzungsform der Daten ist die Organisation der Beratung der Schüler/innen. Dem sind jedoch aufgrund der Beschränkungen enge Grenzen gesetzt. Im Kreis Herford hat die Einführung von „SchülerOnline“ allerdings bereits dazu geführt, bestimmte Handlungsfelder stärker in den Blick zu nehmen und gemeinsam entsprechende Lösungen zu erarbeiten. „SchülerOnline“ war und ist dabei im Verständnis des Kreises zunächst ein Anmelde- und kein Beratungssystem. Von der im System bereit gehaltenen Funktion zur Äußerung eines Beratungswunsches durch die Schüler/innen wird demgemäß derzeit auch noch kein Gebrauch gemacht. Dies ist auch darin begründet, dass bereits die flächendeckende Nutzung von „SchülerOnline“ zur Anmeldung an ein Berufskolleg und zur Überwachung der Berufsschulpflicht einen großen Abstimmungs- und Unterstützungsbedarf erzeugt. Eine mögliche Überfrachtung und damit Überforderung der jeweiligen Nutzer/innengruppen sollte somit bewusst vermieden werden.

Nichtsdestotrotz haben die über das System deutlich früher zur Verfügung stehenden Informationen über die Auslastung von Bildungsangeboten und über fehlende Kapazitäten dazu geführt, dass sich die Anstrengungen zur Unterstützung der Schüler/innen erhöht haben. In Kooperation mit den beteiligten Partnern wurden Unterstützungs- und Beratungsangebote für die Schüler/innen entwickelt, bei denen der Zugriff auf personalisierte Daten nur von den berechtigten Institutionen erfolgt bzw. die keine personalisierten Daten benötigen. Hierzu gehören Elemente wie

- die Etablierung eines gemeinsamen Tages der offenen Tür aller beteiligten Berufskollegs am ersten Tag des Anmeldezeitraums (jeweils der 1. Samstag nach Ausgabe der Halbjahreszeugnisse),
- die Einrichtung einer Hotline mit der Möglichkeit eines sich anschließenden Beratungsgesprächs,
- die flächendeckende Verteilung von Informationsflyern an die Schüler/innen bzw. an die Eltern und
- die Unterstützung des Anmeldeprozesses im Klassenverband inkl. einer Vorstellung der Bildungsgänge.

Hinzu kommen die Integration der bereits bewährten Elemente wie Informationsveranstaltungen seitens der

Berufskollegs in den abgebenden Schulen oder die Durchführung von Schnuppertagen. Auch wenn damit schon eine Reihe von Unterstützungsangeboten zur Verfügung steht, ist die Beratung der Schüler/innen – insbesondere für diejenigen, die nicht im gewünschten Bildungsgang aufgenommen werden können – ein Bereich, der noch weiterzuentwickeln ist.

**Grenzen und Entwicklungsperspektiven**

Die vorherigen Kapitel sollten deutlich machen, wozu „SchülerOnline“ genutzt wird, wie das Verfahren umgesetzt wurde und welche Datengrundlagen wie genutzt werden. Abschließend soll kurz auf die Grenzen und die möglichen Entwicklungsperspektiven eingegangen werden.

Die Grenzen des Systems ergeben sich weniger aus den technischen Möglichkeiten, sondern – wie an verschiedenen Stellen verdeutlicht – vielmehr aus den (datenschutz-) rechtlichen Vorgaben. Was dabei als Nachteil erscheint, kann sich in der Folge manchmal auch als Vorteil erweisen. So erzwingt beispielsweise der nur eingeschränkte Austausch von Daten die Kooperation und damit auch die Einbringung der Institutionen in den Prozess. Dort, wo sich Abläufe unnötig verkomplizieren, wäre jedoch eine Vereinfachung durchaus wünschenswert.

Eine weitere Grenze ergibt sich aus der Komplexität des Prozesses bzw. aus der Vielzahl der beteiligten Personen bzw. Institutionen. So betrifft das Verfahren allein im Kreis Herford ca. 2.500 bis 3.000 Schüler/innen, 43 Schulen mit Klassenleitungen, Bildungsgangleitungen, Berufswahlkoordinator/innen und Sekretariaten sowie weitere Partner wie die Agentur für Arbeit und die ARGE. Dies erfordert eine Reduktion auf das Wesentliche und ausreichend Zeit für die Einführung und Stabilisierung.

Nach vier abgeschlossenen Durchläufen gibt es im Kreis Herford mittlerweile einen relativ routinierten Umgang mit dem System. Die Abläufe haben sich verstetigt, und es haben sich bewährte Unterstützungselemente etabliert. Dennoch gibt es auch weiterhin einen entsprechenden Entwicklungsbedarf. Zu nennen sind hier vor allem die Weiterentwicklung, Ergänzung und Anpassung der Beratungsstrukturen. Dies umfasst auch die Optimierung der systematischen Zusammenarbeit zwischen abgebenden und aufnehmenden Schulen.

Ein weiterer größerer Entwicklungsstrang ergibt sich aus der noch besseren Nutzung der Daten im Kontext der Angebotsgestaltung. Hier wurden Schritte zur Integration in andere Elemente des Monitorings unternommen, die jedoch noch weiter systematisiert und ausgebaut werden müssen.



## AUSBAU DER „DORTMUNDER SCHULBANK“ ZU EINEM INSTRUMENT DES ÜBERGANGS-MONITORINGS

Sandra Fitzen / Birgit Klein / Phyllis Paul

### Ausweitung der „Dortmunder Schulbank“ zu einem Übergangsmonitoring

In jedem Jahr haben in Dortmund ca. 6.000 Schüler/innen die allgemeine Schulpflicht nach zehn Pflichtschuljahren erfüllt. Sie setzen ihre Schullaufbahn in der Oberstufe eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule fort, beginnen eine Ausbildung oder wechseln in vollzeitschulische Bildungsgänge an einem Berufskolleg, um eine schulische Ausbildung zu absolvieren, ihre schulischen Abschlüsse zu verbessern, die Fachhochschul- oder Hochschulreife zu erreichen, berufsvorbereitende Maßnahmen zu besuchen oder – wenn keine andere Möglichkeit existiert – ihre Berufsschulpflicht durch den Besuch einer Klasse für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (KSOB) zu erfüllen.

Auch wenn die Jugendlichen die Schule nach zehn Jahren verlassen, bleiben sie berufsschulpflichtig. Sie besuchen ein Berufskolleg bis zum Ende ihrer Ausbildung, bei schulischen Bildungsmaßnahmen in der Regel bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres. Die Stadt Dortmund hat vor einigen Jahren eine „Schulbank“ aufgebaut, um die Berufsschulpflicht zu überprüfen. Für die Eingabe der Verbleibsdaten sind die abgebenden Schulen, genauer gesagt die Schulsekretariate zuständig. Anfang Oktober jeden Jahres erfolgt dann der Eintrag der weiterführenden Bildungseinrichtungen (allgemein bildende Schulen und Kollegs), wie viele/welche Schüler/innen tatsächlich die angegebene Schule besuchen.

Es stellte sich heraus, dass bei jährlich ca. 800 bis 1.000 Jugendlichen der Verbleib nicht klar war. Diese Jugendlichen bzw. ihre Erziehungsberechtigten wurden vom Schulträger angeschrieben, auf die Berufsschulpflicht hingewiesen und gebeten, den Fachbereich Schule über den tatsächlichen Verbleib zu informieren. Es blieb in den Jahren 2005 bis 2007 bei diesem einmaligen Anschreiben, die Daten wurden nicht gesichert, und es gab kein Verfahren, wie diejenigen Jugendlichen, die der Schulpflicht nicht nachkamen, in Beratung und Qualifizierung (re-)integriert werden konnten.

### (Re-)Integration berufsschulpflichtiger Jugendlicher 2008/2009

Im Herbst 2008 gab es den gemeinsamen Beschluss aller am Thema arbeitenden Akteure (ARGE, Agentur für Arbeit, Jugendberufshilfe, Schulamt und Schulverwaltungsamt/ Regionales Bildungsbüro, Berufskollegs) zu prüfen, wo die 800 bis 1.000 „verschwundenen“ Jugendlichen geblieben waren. Es stellte sich die Frage, ob die hohe Zahl an einer unsystematischen/unvollständigen

Datenabgabe lag, oder ob die Jugendlichen tatsächlich nach der Sekundarstufe I nicht versorgt waren.

Gemeinsam wurden Überlegungen angestrengt, welche Optionen den Jugendlichen generell angeboten werden können, wenn sie tatsächlich noch schulpflichtig aber eben nicht versorgt sind. Vereinbart wurde, dass sie auf jeden Fall an die Berufsberatung der Agentur für Arbeit vermittelt werden; Jugendliche mit erheblichen Problemen, die ohne individuelle Begleitung den Weg in die Beratung der Agentur nicht finden würden, können weitergeleitet werden an das Beratungsnetzwerk der Jugendberufshilfe. Als sinnvoll erachtet wurde von allen Beteiligten zu versuchen, die nicht versorgten Jugendlichen direkt in eine Maßnahme bei einem Freien Träger oder in einen Bildungsgang an einem Berufskolleg einzubinden. Die Möglichkeiten sind allerdings eher begrenzt. Zur Verfügung stehen:

1. Nachbesetzung von Werkstattjahr-Plätzen (bis März 2009);
2. Einstiegsqualifizierung (EQ) (bis März 2009);
3. Nachbesetzung von berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Die Berufskollegs sind selbstverständlich verpflichtet, alle schulpflichtigen Schüler/innen aufzunehmen. Falls keine der o.g. Maßnahmen greift, bleibt für die Jugendlichen nur der Besuch einer Klasse für Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis. Und die Erfahrung zeigt, dass dies kein geeignetes Instrument ist.

Der durch das Dortmunder Systemhaus realisierte Datenabgleich im Oktober 2008 zeigte, dass der Verbleib von 860 Schüler/innen im Jahr 2008 nicht geklärt war. Anfang November wurden die Erziehungsberechtigten der 860 Schüler/innen angeschrieben mit der Bitte, sich bei der Dortmunder Hotline Doline zu melden. Doline wurde damit beauftragt, die Anrufe der Erziehungsberechtigten entgegen zu nehmen und die Verbleibsdaten in eine Datenbank einzupflegen. Diejenigen Erziehungsberechtigten/Jugendlichen, die Beratung suchten, sollten durch die Hotline an das Regionale Bildungsbüro weitergeleitet werden. Im Regionalen Bildungsbüro sollte dann eine Erstberatung stattfinden mit dem Ziel, die Anrufenden an die jeweils verantwortliche Stelle zu vermitteln. Für die Mitarbeiter/innen von Doline wurde ein Gesprächsleitfaden erstellt, der Hinweise und Erläuterungen zum richtigen Umgang mit der Datenbank enthielt.

Nach dem ersten Anschreiben im November 2008 haben sich insgesamt 675 der 860 angeschriebenen Personen zurückgemeldet. 74 waren unbekannt verzogen, weitere 84 meldeten sich nach dem zweiten Anschreiben im März 2009. Die Zahl der unbekannt verzogenen sank auf 49. Die Rücklaufquote lag also insgesamt bei

88,3 Prozent. Der weit überwiegende Teil der Jugendlichen war versorgt, 48 Jugendliche besuchten keine Bildungsmaßnahme. Sie wurden an die Agentur für Arbeit und/oder das Beratungsnetzwerk der Jugendberufshilfe vermittelt.

Deutlich wurde, dass die Dateneingabe auf Seiten der abgebenden Schule sorgfältiger erfolgen muss, dass die eingegebenen Daten nicht hinreichend aussagefähig sind und dass der Datenabgleich zu spät erfolgt.

Nach Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse im Beirat „Regionales Übergangsmanagement Schule – Arbeitswelt“ empfahlen die Mitglieder des Beirats, die „Dortmunder Schulbank“ zu einem Instrument des Übergangsmonitorings auszubauen. Gestützt wurde diese Entscheidung auch durch die Empfehlungen des Dortmunder Bildungsberichts für die Schulstadt Dortmund aus dem Jahr 2007, die sich auf zwei Punkte bezogen:

1. die Verbesserung der Berufsvorbereitung an den allgemein bildenden Schulen durch eine Optimierung der Beratungsprozesse im Übergang an der ersten Schwelle und
2. eine effizientere Zugangssteuerung an die Dortmunder Berufskollegs (vgl. Stadt Dortmund 2008: 120f.).

**Deutlich wurde, dass die Dateneingabe sorgfältiger erfolgen muss, dass die eingegebenen Daten nicht hinreichend aussagefähig sind und dass der Datenabgleich zu spät erfolgt.**

Tab. 1: Verbleib der berufsschulpflichtigen Jugendlichen 2008/2009

N = 759 (Stand 26. 3. 2009)

Verbleib	absolute Zahlen	in Prozent der Rückmeldungen	darunter weiblich in Prozent	in anderen Städten in Prozent
Berufskolleg (Bildungsgang nicht erfasst)	250	33,0%	54,4%	32,0%
duale Ausbildung	113	15,0%	33%	37,1%
Vollzeitschulische Ausbildung	37	4,9%	83,8%	13,5%
Maßnahme	140	18,4%	35,0%	2,9%
Gymnasiale Oberstufe	62	8,1%	67,7%	34,5%
Abendrealschule	21	2,7%	33,3%	/
Wiederholer	42	6,0%	37,3%	/
VHS	15	2,0%	73,3%	/
Westfalenakademie	4	0,5%	100,0%	/
FSJ/FÖJ	11	1,4%	100,0%	/
Auslandsaufenthalt	6	0,8%	16,7%	/
Sonstiges (Mutterschutz, Krankheit)	6	0,8%	66,7%	/
Nicht versorgt	48	6,3%	48,0%	/
Verbleib unklar	4	0,5%	50,0%	/
<b>Gesamt</b>	<b>759</b>	<b>100,0%</b>	<b>49,2%w</b>	<b>20,8%</b>

# Mit der weiter entwickelten Datenbank lässt sich zukünftig darstellen, wie viele Schüler/innen welche weitere Bildungslaufbahn einschlagen.

## Ausbau der „Schulbank“ zu einem Instrument des Übergangsmonitorings

Die in Dortmund zur Überprüfung der Berufsschulpflicht aufgebaute „Schulbank“ zur Dokumentation des Übergangs von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II wird zu einem Instrument des Übergangsmonitorings ausgebaut. Mit der weiter entwickelten Datenbank lässt sich zukünftig darstellen, wie viele Schüler/innen nach der Schule welche weitere Schullaufbahn einschlagen, eine Ausbildung beginnen oder an einer berufsvorbereitenden Maßnahme teilnehmen. Die „alte“ Schulbank wurde erweitert – erfasst wird vor allem auch, in welchen Bildungsgang die Jugendlichen an welcher Schule einmünden.

Der Abbildung 11 kann entnommen werden, welche Aussagen über den Verbleib von Schüler/innen getroffen werden können.

### Prozessbeschreibung

Das Konzept zum „Organisationsablauf zur Anmeldung und Einschulung an den Berufskollegs“ wurde gemeinsam mit den Schulleitungen aller Dortmunder Berufskollegs entwickelt und anschließend in den Gremien der kommunalen Verwaltung (Zentrale Dienste, Personaleinsatz/-betreuung, Schulsekretariate) und auf der Ebene der einzelnen Schulformen vorgestellt und diskutiert. Ziel der Gespräche war es, gemeinsam festzulegen, wann welche Daten zur Verfügung stehen müssen. Das Ergebnis der Abstimmungsprozesse ist in der Abbildung 11 zu sehen.

Auf dieser Basis wurde das Dortmunder Systemhaus der Stadt Dortmund mit der Erstellung bzw. Weiterentwicklung der „Schulbank“ beauftragt. In verschiedenen Sitzungen mit den beteiligten Abteilungen im Schulverwaltungsamt, den Sprechern/innen der Schulformen sowie dem Dortmunder Systemhaus konnte anhand des Organisationsablaufes ein System zur Dateneingabe entwickelt werden.

Entscheidend ist dabei, dass im Januar eines jeden Jahres die Daten aller Schüler/innen, die die Sekundarstufe I zum Sommer hin verlassen werden, in diese Datenbank eingespielt werden. Die Anmeldephase an den Berufskollegs erfolgt in jedem Jahr Ende Februar. Die Daten der angemeldeten Schüler/innen werden zeitnah in die Datenbank transferiert. Ende März erfolgt die Rückmeldung der an den Berufskollegs angenommenen Schüler/innen im vollzeitschulischen Bereich. Zu diesem Zeitpunkt ist für die abgebende Einzelschule ersichtlich, welche Schüler/innen sich an welchem Berufskolleg angemeldet und eine Zusage erhalten haben. Diese Aufnahmebestätigung kann dabei von bis zu drei Berufskollegs erfolgen. Im Schuljahr 2009/10 haben z. B. 955 Schüler/innen von einem Berufskolleg, 539 Schüler/innen von zwei Berufskollegs und 122 Schüler/innen von drei Berufskollegs Zusagen erhalten.

Um Schüler/innen, die noch keine Anschlussoptionen haben, besser beraten zu können, wurde vom Regionalen Bildungsbüro ein Fragebogen zur Erfassung der Anschlussoptionen entwickelt. Dieser Fragebogen differenziert dabei nach Übergangsoptionen in Ausbildung, weiterführende Schulen (Gesamtschule, Gymnasium, Berufskolleg), berufsvorbereitende Maßnahmen, andere Einrichtungen, wie z. B. Zivildienst, Weiterbildungskollegs etc. oder aber die Übergänge in eine andere Stadt.

Die Fragebögen werden von den Schülern/innen selbst ausgefüllt, möglichst begleitet durch die jeweiligen Klassenlehrer/innen. Sie können und sollen durchaus mehrfach eingesetzt werden. Die so ermittelten Anschlussoptionen werden durch die Schulsekretariate der abgebenden Schulen in der Schulbank erfasst.

Ab Anfang April greift für alle Schüler/innen, die entweder keine Anschlussoption haben oder aber mehrere Zusagen seitens der Berufskollegs die sogenannte „Feuerwehrberatung“.

Die Beratung erfolgt durch die Beratungslehrer/innen in den Schulen, die Berufsberater/innen der Agentur für Arbeit und die Mitarbeiter/innen des Beratungsnetzwerkes der Jugendberufshilfe. Berufsberater/innen der Agentur für Arbeit kommen auf Wunsch (auch) in die Schulen, um vor Ort Beratungsgespräche zu führen.

Abschließend können zum jetzigen Zeitpunkt (Anfang September 2009) noch keine Auswertungsergebnisse vorgestellt werden – mit einer Ausnahme: die Jugendlichen konnten frühzeitiger als sonst für die bereitgestellten Plätze im Werkstattjahr und in den berufsvorbereitenden Maßnahmen vorgemerkt werden.

Es wird möglich sein, den Verbleib der Schüler/innen differenziert nach Sozialraum, Schulform, Migrationshintergrund und Geschlecht zu ermitteln.

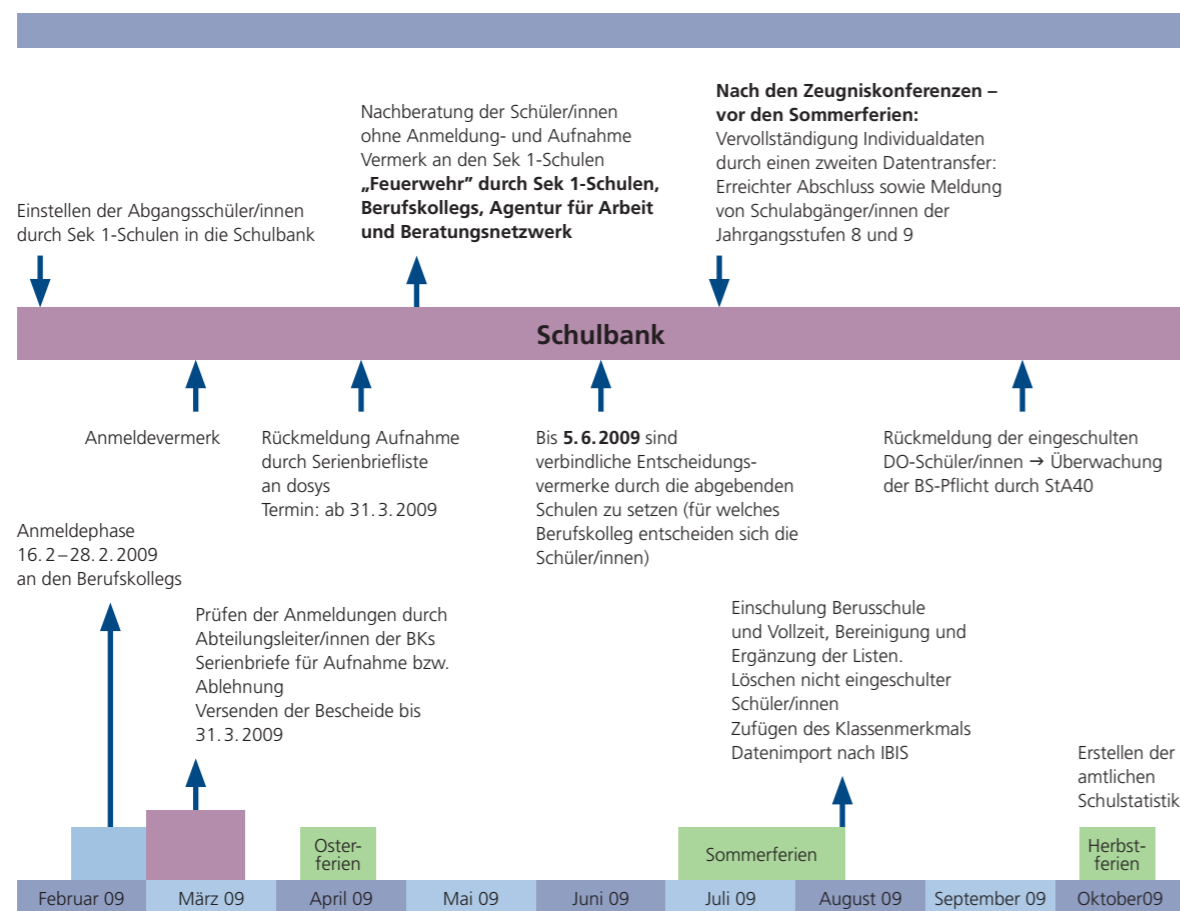
Die beteiligten Akteure in Dortmund haben sich dafür ausgesprochen, die Option der Anmeldung an mehreren Schulen der Sekundarstufe II aufrecht zu erhalten. Durch die „neue“ Schulbank oder besser Übergangsdatenbank und den vereinbarten Organisationsablauf können frühzeitig Beratungsbedarfe erkannt und Beratung angeboten werden.

## Überprüfung der Berufsschulpflicht 2009

Die Überprüfung der Berufsschulpflicht wurde auch im Jahr 2009 vom Regionalen Bildungsbüro übernommen. Bereits in den Sommerferien wurden die Erziehungsberechtigten angeschrieben (740 in der Woche vor Beginn der Ferien) mit der Bitte, den Verbleib des Kindes der abgebenden Schule zu nennen. Das frühe Anschreiben der Erziehungsberechtigten war notwendig, um den Anforderungen der Bezirksregierung Arnsberg zu entsprechen, die (erstmalig) die Überprüfung der Berufsschulpflicht organisiert. Die Rückmeldungen wurden wiederum in der „Schulbank“ erfasst. Auch in diesem Jahr war der überwiegende Teil der Jugendlichen versorgt. Dies verweist darauf, dass die Dateneingabe in die „Schulbank“ noch sorgfältiger erfolgen sollte.

In Gesprächen mit den Berufskollegs, der Agentur für Arbeit und der ARGE wird zu klären sein, welche Möglichkeiten den nicht versorgten Jugendlichen eröffnet werden können. Die Bezirksregierung Arnsberg wird im September 2009 die Erziehungsberechtigten, die sich bis dahin nicht gemeldet haben, erneut mit einer Androhung von Bußgeld anschreiben. Da die Dateneingabe durch die Dortmunder Hotline bei dem ersten Durchlauf im Jahr 2008/2009 nicht zuverlässig und präzise genug war, wurde bei dem zweiten Durchlauf auf die Unterstützung durch die Hotline verzichtet.

Abb. 11: Organisationsablauf Anmeldung und Einschulung 2009



# 5 Dokumentationssysteme für Begleitprozesse als Datenquellen zum Übergangsgeschehen



Bei der einzelfallorientierten Unterstützung von Übergängen von der Schule in eine Ausbildung für spezifische Problemgruppen werden zunehmend Verfahren des Fallmanagements eingesetzt. Dabei dienen (IT-gestützte) Dokumentationssysteme als wichtiges Arbeitsmittel. Gleichzeitig werden damit auch Daten generiert, die geeignet sein können, die einzelnen Schritte zur Unterstützung der Jugendlichen und deren Effekte (z. B. die Beseitigung von Hindernissen für eine Einmündung in eine Ausbildung) sowohl im Einzelfall als auch für die Gesamtheit aller Jugendlichen, die das Fallmanagement durchlaufen, abzubilden. Für eine Auswertung auf Aggregatebene stehen die während der Zeit der Betreuung gewonnenen anonymisierten personenbezogenen Daten zu den Übergangsverläufen zur Verfügung. Mit diesen sind übergreifende Auswertungen möglich.

Die Nutzung aggregierter Daten erfolgt beispielsweise zur Dokumentation der eigenen Projektarbeit, für projektübergreifende Bilanzierungen eines Trägers/einer Trägergruppe oder im Rahmen überregionaler Programme zu Evaluations- und Steuerungszwecken. In den meisten Anwendungsbereichen ist aber keine Datengenerierung für ein umfassenderes Datenmonitoring vorgesehen. In der Regel arbeiten die Nutzer/innen entsprechender IT-gestützter Dokumentationssysteme mit bestimmten Zielgruppen (oft solchen, die in allgemeinen Berichterstattungssystemen nicht vorkommen). Aus dokumentierten Fallverläufen (sowohl spezifischen wie auch generalisierbaren) lassen sich Schlussfolgerungen bezogen auf Probleme, Brüche usw. ziehen. Auf der Grundlage der erhobenen Daten können zudem wichtige Informationen in den kommunalen Bereich eingespeist werden.

Im folgenden Abschnitt werden exemplarisch zwei Projekte bzw. Programme vorgestellt, bei denen unterschiedliche Dokumentationssysteme zum Einsatz kommen. Julia Lena Wasmuth von der bbw Akademie für Betriebswirtschaftliche Weiterbildung GmbH berichtet über die Nutzung von „SynJob“ im Rahmen des von der Arbeitsagentur co-finanzierten Vermittlungsprojekts Berliner Netzwerk für Ausbildung.

Im zweiten Beitrag geht Christoph Schwamborn von der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin (SPI) auf den Einsatz der Software „WASKA“ für elektronische Fallakten im Rahmen des Programms „Kompetenzagenturen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein.

## EINSATZ DES DATENBANKSYSTEMS „SYNJOB“ IM BERLINER NETZWERK FÜR AUSBILDUNG<sup>1</sup>

Julia Lena Wasmuth

### Das Berliner Netzwerk für Ausbildung

Im Berliner Netzwerk für Ausbildung werden aktuell 800 Zehntklässler von 44 Hauptschulen bei der Suche nach einem dualen, betrieblichen Ausbildungsplatz unterstützt. Falls dies nicht erreicht werden kann, kümmert sich das Netzwerk auch um andere Anschlüsse wie z. B. den Besuch eines Oberstufenzentrums. Alle dabei anfallenden Daten werden in der Datenbank „SynJob“ gespeichert, von der wir mittlerweile die vierte Version benutzen.

Im Gegensatz zum „Hamburger Hauptschulmodell“, aus dem wir letztlich hervorgegangen sind, erfassen wir nicht alle Schüler/innen. In Hamburg ist es so, dass erst einmal alle Schüler/innen namentlich in die Datenbank eingeben werden, die Betreuung dann allerdings nur für einen Teil erfolgt. Das ist bei uns anders. Die Schulen im Projekt haben sich freiwillig zur Mitarbeit entschieden. Sie unterzeichnen immer für die Dauer eines Jahres eine Kooperationsvereinbarung und wählen dann 20 Schüler/innen aus, die sie für geeignet halten. Dabei werden weniger die leistungsstärksten Schüler/innen angesprochen. Denn die, die nach Beendigung der Pflichtschulzeit auf ein Oberstufenzentrum gehen, etwa um das Fachabitur zu machen, sind oft gar nicht an einer Lehrstelle interessiert. Allerdings dürfen die ausgewählten Schüler/innen auch nicht zu schlecht sein, z. B. hinsichtlich Fehlzeiten und Noten. Wenn Schüler/innen in Mathe, Deutsch und Englisch eine Fünf haben und mehr als drei unentschuldigte Fehltage, dann empfehlen wir ihnen in der Regel, sich noch einmal intensiv mit der Schule zu beschäftigen. Denn nur mit einem verbesserten Halbjahreszeugnis wächst die Aussicht auf einen Platz in der dualen Ausbildung.

Wie arbeiten wir? Wir machen Einzelcoaching. Die Schüler kommen ungefähr alle vier Wochen für eine Stunde zu uns. Jede/r Schüler/in hat seinen/ihrn feste/n Ansprechpartner/in, zu dem er/sie immer wieder kommt. Außerdem organisieren wir mit Firmen der Berliner Wirtschaft Berufsinformationsveranstaltungen über Berufe, die für unsere Schüler/innen interessant sind. Diese Veranstaltungen finden entweder bei uns im Haus oder in den Firmen statt. Darüber hinaus bieten wir kostenlose Trainings an, etwa für Onlinebewerbungen, Vorstellungsgespräche usw. Wir arbeiten natürlich mit den Schulen sehr eng zusammen. Beispielsweise melden wir jede Woche zurück, welche/r Schüler/in wann bei uns gewesen

<sup>1</sup> Grundlage des Beitrags ist ein Beitrag auf einem Entwicklungsworkshop der Förderinitiative 1 „Datengrundlagen für Regionales Übergangsmanagement“ des Bundesmodellprogramms „Perspektive Berufsabschluss“ vom Dezember 2008 in Halle/Saale

ist. So weiß die Schule, warum diejenigen gefehlt haben und wir verhindern, dass eine angebliche Teilnahme bei uns als Vorwand genommen wird, den Unterricht zu schwänzen. Bei den Berliner Unternehmen haben wir es bisher leider noch nicht geschafft, dass diese uns z.B. pauschal 20 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Zwar investieren die Betriebe Zeit und Geld etwa für Tests und Vorstellungsgespräche, die probenhalber geführt werden, oder für Azubi-Tage. Aber die Plätze selbst müssen sich die Jugendlichen regulär im ganz normalen Wettbewerb suchen.

Von zentraler Bedeutung für das Coaching ist die Rolle der Agentur für Arbeit. Berlin ist in drei Agenturbezirke geteilt: Nord, Mitte und Süd. Wir sind den Agenturen gegenüber rechenschaftspflichtig, d.h. wir melden unsere Schüler/innen namentlich. Alle, die bei uns teilnehmen, müssen bei der Agentur als Ausbildungssuchend gemeldet sein. Wir schicken alle zwei Monate an die jeweils zuständigen Berufsberater/innen eine Auswertung der Gespräche und Termine, die wir mit den Schülern/innen hatten. Der Träger dieses Projekts ist der Verein zur Förderung der beruflichen Bildung e.V. Finanziert wird das Projekt über den Europäischen Sozialfonds (ESF), die Agentur für Arbeit und die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Die Projektlaufzeit beträgt jeweils ein Jahr, das Pilotprojekt startete 2004.

#### **Funktion und Nutzung der Datenbank „SynJob“**

Die Datenbank „SynJob“ ist für uns ein Arbeitsinstrument, mit dem wir unsere Betreuung steuern. Wir sind keine Agentur, die sich mit regionalem Datenmonitoring beschäftigt. Wir erfassen die Daten der Jugendlichen. Mit Hilfe der Datenbank kann man auch die Kontaktdaten der Schulen, der Agenturen und der Firmen speichern ebenso wie alle Termine, die Coachings, Infoveranstaltungen, Trainings und auch die

Termine der Mitarbeiter/innen. Darüber hinaus sammeln wir Informationen über den Verbleib der Schüler/innen im Verlauf eines Jahres. Sechs Monate nach Abschluss des vergangenen Projekts müssen wir eine weitere Verbleibsuntersuchung durchführen. Dabei werden die Schüler/innen gefragt: „Hast du die Probezeit bestanden?“, „Wo bist du jetzt?“, „Was machst du?“ usw.

Die unmittelbaren Nutzer/innen der Datenbank sind nur die Coaches. Auf die Datenbank kann von extern nicht zugegriffen werden. „SynJob“ wird allerdings genutzt, um Informationen für die Weitergabe an die Geldgeber und die Agenturen zusammenzustellen. Die Datenbank kann für statistische Auswertungen genutzt werden, wie z.B.: Wie viele Schüler/innen haben wir insgesamt vermittelt? In welche Berufe, in welchen Branchen? Aus welchen Bezirken kamen die Vermittelten? Wie hoch war der Anteil der Migranten/innen? In welchen Monaten erfolgten welche Vermittlungen usw.?

Statistische Abfragen erfolgen über die sogenannte Matchbox, in der man gezielt suchen kann: z.B. Schüler/innen, die von einem bestimmten Coach betreut werden, einen Migrationshintergrund haben und Baugeräteführer werden möchten. Man kann sich alle Jugendlichen, die auf ein entsprechendes Anforderungsprofil passen, anzeigen lassen und diese dann auffordern, sich beim konkreten Anbieter vorzustellen. In „SynJob“ kann man vieles speichern, auch Unternehmensdaten, Mitarbeiterdaten, Agenturdaten usw. Auch an der Stelle haben wir die Erfassung (Hamburg) erweitert und angepasst.

Daneben werden Informationen aus den letzten zwei Zeugnissen sowie – im Verlaufe des Coachings – Informationen aus weiteren Zeugnissen bis zum Schulende erfasst. Insgesamt werden so vier Zeugnisse erfasst: zwei aus der 9. und zwei aus der 10. Klasse. Da diese Einträge nebeneinander liegen, kann man ziemlich genau

Verschlechterungen bzw. Verbesserungen erkennen. So kann man mit der/dem Schüler/in direkt über ihre/seine Leistungsentwicklung sprechen: „Was ist hier in Mathe los? Da hast du dich ja ganz schön verschlechtert!“ Oder: „Hatten wir nicht schon einmal über deine Fehlzeiten gesprochen? Da wolltest du dich doch ein bisschen bemühen, deine Entschuldigung immer pünktlich mitzubringen!“ Es lässt sich z.B. auch die Entwicklung des Berufswunsches nachvollziehen, von der Erstangabe der Schüler/innen über Veränderungen in Folge von Gesprächen mit der Berufsberatung bis hin zum Ergebnis (hat sie/er im gewünschten Beruf eine Ausbildung gefunden?).

In der Datenbank kann man gezielt nach Jugendlichen mit spezifischen Voraussetzungen suchen, die die Unternehmen für ihre Azubis wünschen, und Schüler/innen mit entsprechenden Berufswünschen und Voraussetzungen vorschlagen. Wenn z.B. ein Betrieb ausbilden möchte, aber voraussetzt, dass die Bewerber/innen in Physik die Note 2 haben, können wir diese über die Datenbank identifizieren. Im Programm gibt es eine sogenannte „Profilbox“, die sehr hilfreich ist: Dort werden bestimmte Merkmale der Schüler/innen dokumentiert; z.B. Wie sieht der Anschluss aus? Welcher Schulabschluss wird angestrebt?

Die Beschränkung auf ein Arbeitsinstrument vereinheitlicht die Arbeit der Kollegen/innen, so dass diese nachvollziehbar wird und statistische Auswertungen vereinfacht werden. Positiv ist, dass man die Daten in das Tabellenprogramm Excel übernehmen und sich je nach Bedarf zusammenstellen und formatieren kann. Ein weiterer Nutzen ist das Steuerungspotenzial, mit dem genau nachgehalten wird, wer da war und wer nicht, und was beim letzten Coaching-Termin besprochen wurde, um an der Stelle weiterzuarbeiten. So können sich andere Mitarbeiter/innen im Vertretungsfall schnell mit dem Einzelfall vertraut machen. Es

können Berichte automatisch abgerufen und für Informationszwecke und/oder für das Berichtswesen genutzt werden.

#### **Datenerfassung und Datenschutz**

In einer ersten Maske erfassen wir von jeder/m Schüler/in alle wichtigen Daten: Vorname, Nachname, Geburtsdatum, das Alter, Geschlecht, Nationalität, Migrationshintergrund, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Handynummer, E-Mail-Adresse, in welche Schule geht sie/er, in welche Klasse, den angestrebten Schulabschluss. Bei den entsprechenden Merkmalen sind jeweils Listen hinterlegt, so dass nicht von Hand eingegeben werden muss, sondern die zutreffende Angabe ausgewählt werden kann. Die Vorgabe von Eingabemöglichkeiten erleichtert später zudem die statistische Auswertung.

Die Datenlieferanten für die Dokumentation sind überwiegend die Schüler/innen selbst, wodurch die Validität der Daten nicht immer gewährleistet ist. Denn häufig können die Schüler/innen keine eindeutigen Antworten geben, weil sie z.B. nicht genau wissen, ob sie an einer vorbereitenden Berufsorientierung teilgenommen haben oder nicht. Dies betrifft teilweise auch persönliche Angaben wie die eigene Handy-Nr., den Beruf des Vaters, den Migrationshintergrund oder das Geburtsland der Eltern. Die Schüler/innen bekommen zwar einen Profildbogen, den sie zuhause oder mit Hilfe der Lehrer/innen ausfüllen müssen. Hier müssen die Eintragungen durch die Coaches jedoch einzeln hinterfragt und dann in „SynJob“ eingetragen werden.

Ein Problem ist, dass die Angaben der Schüler/innen schnell veralten. Es ändern sich die Wohnadresse, Telefonnummern, auch die Nationalität etc., und es wird auch nicht immer alles eingetragen. Die Angaben der Schüler/innen sind oft unvollständig. Auch bestimmte Eintragungen der Coaches sind teilweise für Außenstehende bzw. nach längerer

Zeit für die Coaches selbst nicht mehr nachvollziehbar. Das größte Problem einer umfassenden Datendokumentation ist die Ordnung im Computer, die Ablage der Daten.

Bestimmte in der Software vorgegebene Listeninhalte (wie z.B. die Berufsbezeichnungen) waren z.T. schwierig zu handhaben, weil diese aus Hamburg übernommen wurden und nicht immer passten. Eine Modifikation von Listeninhalten kann in vielen Fällen von uns selbst vorgenommen werden. Am Anfang hatten alle Mitarbeiter/innen Administratorenrechte. Dadurch kam es jedoch zu Mehrfacheintragungen von Kategorien wie z.B. „Kaufrfrau im Einzelhandel“, „Kaufmann im Einzelhandel“ und „Einzelhandelskaufmann“. Deswegen sollten die Listen von einer Person, die Administratorenrechte hat, bearbeitet werden, damit die Information hinterher vergleichbar sind.

Bei der Gesprächsdokumentation gibt es die Kategorien Gespräch, Besuch in der Schule oder im Unternehmen und Training. Hier werden immer das Datum und die genaue Uhrzeit erfasst. Der Zeitaufwand mit der/m Schüler/in wird monatlich kumuliert. Kommentare in der Gesprächsdokumentation reichen vom einfachen Eintrag („Der Schüler hatte alle Unterlagen dabei.“) bis zu teilweise längeren Ausführungen. Ein Problem sind individuelle Unterschiede im Umfang und der Qualität der Eintragungen. Deshalb können dazu auch keine statistischen Abfragen gemacht werden.

Die Dokumentation unserer Arbeit ist aufwändig und umfasst etwa 35 Prozent unserer Zeit. Eine erforderliche, weil Zeit sparende Voraussetzung für die Tätigkeit ist daher u.a. das „10-Finger-Blind-Tippen“, das jedoch bei der Suche nach kompetenten Fachberatern/innen selten ein Einstellungskriterium ist.

Zum Datenschutz: Die Eltern unserer Schüler/innen unterschreiben, dass sie mit der Erfassung der Daten

## **Die Daten können extern nicht abgefragt werden. Statistische Abfragen erfolgen anonymisiert.**

und der Weitergabe von Informationen an die Arbeitsagentur einverstanden sind. Die Daten können extern nicht abgefragt werden. Statistische Abfragen, die wir z.B. an die Senatsverwaltung herausgeben, erfolgen anonymisiert.

In der alltäglichen Arbeit passiert es relativ häufig, dass der Computer streikt oder der Server abstürzt, dass Updates bestimmte Programmierungen verändern, Verknüpfungen nicht funktionieren, Eintragungen gelöscht werden oder in falschen Datensätzen auftauchen. Besonders ärgerlich ist, wenn z.B. am Ende der Projektlaufzeit Abfragen verlangt werden, für die keine Daten eingetragen wurden. Verfügbar ist nur das, was auch dokumentiert wurde.

Eine Idee für die Weiterentwicklung ist, standardisierte Textbausteine einzufügen, damit die Coaches nicht alles per Hand eintippen müssen. Dies ist aber auch schwierig, weil jede/r Schüler/in individuell betreut wird und deshalb das Vorgehen in einem Fall selten „1 zu 1“ auf andere übertragbar ist. Weiterentwicklungsbedarf besteht daher derzeit weniger im technischen Bereich als vielmehr in der Anwendung durch die Coaches, d.h. einer größtmöglichen Standardisierung unter Beibehaltung der individuellen Besonderheiten jedes Einzelfalls.

## DAS DOKUMENTATIONSSYSTEM „MPULS WASKA“

Christoph Schwamborn

### Die Initiative „Jugend stärken“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im Jahr 2008 die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ gestartet, um die Bedeutung von Teilhabechancen und gelungener Integration von besonders benachteiligten Jugendlichen zu unterstreichen. Zielgruppe der Initiative des BMFSFJ sind junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. Die Initiative zielt auf die soziale, schulische und berufliche Integration dieser jungen Menschen und damit auf die Erhöhung ihrer Qualifizierungschancen und knüpft an die Ergebnisse und aufgebauten Strukturen der Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ aus der Interventionsphase des Europäischen Sozialfonds 2000 bis 2006 an.

## Verbesserung der Integration von benachteiligten Jugendlichen

Mit dem Programm „Kompetenzagenturen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird ein Modell zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher umgesetzt. Kompetenzagenturen wenden sich mit ihrem Angebot an junge Menschen, die nicht in Ausbildung oder Beruf integriert werden können, als „besonders benachteiligt“ gelten und vom bestehenden System der Unterstützungsangebote für den Übergang in den Beruf nicht profitieren oder den Zugang zu diesen Hilfsangeboten aus eigenem Antrieb nicht finden. Die Kompetenzagenturen helfen diesen Jugendlichen durch konkrete Einzelfallarbeit und ein maßgeschneidertes Case Management, ihren Weg in den Beruf und die Gesellschaft zu finden. Gleichzeitig sind die Kompetenzagenturen in regionalen (Förder-)Netzwerken tätig und gliedern die Jugendlichen in das bereits bestehende Unterstützungssystem ein, vermeiden dabei aber die Entstehung von Parallelstrukturen im existierenden Netz von Angeboten. Bei Bedarf regen sie den Aufbau von weiteren Angeboten an.

Ziel des Programms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ ist die (Re-)Integration von schulverweigernden Schü-

lern/innen innerhalb eines Jahres in das reguläre Schulsystem. Das Programm zielt auf die Senkung der Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen und damit auf eine Erhöhung ihrer Chancen auf eine berufliche Ausbildung. Zielgruppe des Programms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ sind Schüler/innen, die eine Haupt- oder Förderschule bzw. eine andere Schulform besuchen, auf der der Erwerb eines Hauptschulabschlusses möglich ist, und die bei der Aufnahme ins Case Management mindestens 12 Jahre alt sind oder sich maximal am Beginn der letzten Klassenstufe befinden. Neben der Gruppe der aktiven Schulverweigerer/innen sollen auch passive Verweigerer/innen betreut werden.

Als zentrale Methode kommt in den Koordinationsstellen von „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ ebenfalls das Case Management zur Anwendung. Die Case Manager/innen stellen gemeinsam mit den jungen Menschen, ihren Eltern und der Schule einen individuellen Entwicklungs- und Bildungsplan auf und koordinieren sowie überprüfen alle nötigen Unterstützungsangebote. Des Weiteren sind die Koordinationsstellen eine zentrale Anlaufstelle für schulverweigernde Schüler/innen, deren Eltern, beteiligte Fachkräfte und Netzwerkpartner und wirken in vorhandenen institutionellen Netzwerken mit. Bei Bedarf initiieren sie darüber hinaus neue Netzwerke für die Umsetzung der Programmziele.

### Entwicklung und Einführung der Dokumentationssysteme „mpuls WASKA“

Als zentrale Methode kommt in beiden Programmen das Case Management zur Anwendung. Das bedeutet, dass zum Gelingen der schulischen und beruflichen Integration erforderliche Leistungen und Angebote nicht nur von den Kompetenzagenturen und Koordinationsstellen selbst erbracht, sondern die Jugendlichen auch an entsprechende Angebote anderer Träger und Dienste weitervermittelt werden. Der Case-Management-Prozess ist dabei als eine komplexe Dienstleistungskette zu begreifen und umfasst die Erhebung der konkreten Bedarfslage, die Planung und Koordinierung der Angebote und deren Evaluierung. Das bedeutet, dass die Kompetenzagentur bzw. Koordinationsstelle die/den Jugendliche/n nicht einfach weiterreicht, sondern die Verantwortung über die Vermittlung hinaus behält und deren Nachhaltigkeit überprüft.

Ein wesentliches Merkmal des Case Managements ist die genaue Dokumentation des Fallverlaufs, damit der gesamte Prozess bzw. die Begründung der eingeleiteten Schritte nachvollzogen werden kann. Dies wird in beiden Programmen mit Hilfe einer elektronischen Fallakte realisiert. In beiden Programmen kamen in der Vergangenheit unterschiedliche Datenbanklösungen zur Anwendung. Für die aktuelle ESF-Förderperiode wurde entschieden, dass die elektronische Fallakte im Programm

„Kompetenzagenturen“ – Web-Applikation Servers für die Kompetenzagenturen (WASKA) – weiterentwickelt wird. Für das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ ist eine neue Lösung – Web-Applikation Servers für die Koordinationsstellen (WASKO) – auf der Grundlage von WASKA und der Datenbank der Modellphase entwickelt worden.

Bereits in der Modellphase des Programms „Kompetenzagenturen“ gab es eine Software, für die aber eine relativ kostspielige Lizenz bezahlt werden musste. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2006 für die Durchführungsphase entschieden, eine neue Software zu entwickeln – ohne Lizenzgebühren und auch anderweitig nutzbar. D.h. für die Software sollte die Möglichkeit der Weiterentwicklung bestehen, so dass insbesondere die Nutzer/innen ihre Vorstellungen und Wünsche einbringen konnten. Der Aufbau der Software mit dem Namen „WASKA“ war ein relativ langer Prozess. Großer Raum wurde für die Einbindung der Anwender/innen gelassen, um damit auch die Akzeptanz zu erhöhen.

WASKA ist im Wesentlichen durch den Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR) in Zusammenarbeit mit der Softwarefirma Intevation entwickelt worden. Deren Entwicklungsansatzpunkte waren folgende:

- durchgängige elektronische Fallbearbeitung, die auch mobiles Arbeiten unterstützt;
- an der Entwicklung Praxis, Informatik und Theorie beteiligen;
- träger- und amtsübergreifenden Konsens über die Begriffsinhalte und Auswertungsmethoden schaffen;
- Ressourcen für Anwendung, Qualifizierung und Entwicklung einplanen;
- Beschaffungsprobleme überwinden (u.a. Kosten, Nutzung).

Der Entwicklungsstand von „mpuls WASKA“ ist im Wesentlichen abgeschlossen. Insgesamt sind z. Zt. 40.000 Fälle eingestellt. In der Vergangenheit gab es keine Pflichtfelder, das bedeutet, es lag im Ermessen des Fallmanagers eben diese Felder auch auszufüllen. Das führte dazu, dass es relativ viele Dateninkonsistenzen gab, die eine Auswertung der elektronischen Fallakten erschweren. Aus diesem Grund wurden in der laufenden Förderperiode Pflichtfelder für die Informationen eingeführt, die für das ESF-Monitoring benötigt werden. Darüber hinaus wurden auch die Datumsfelder als verpflichtend bestimmt, durch die nun Zeitpunkte in den Fallverläufen bestimmt werden können. Jetzt können wir sagen, wie lange ein Jugendlicher braucht, um von der Anmeldung bei der Kompetenzagentur ins „Case Management“ zu kommen, wie lange der „Case-Management-Prozess“ bzw. wie lange die Nachbereitungs- oder Nachbetreuungphase dauert.

### Wozu dient „mpuls WASKA / mpuls WASKO“?

Für die Koordinationsstellen der 2. Chance und Kompetenzagenturen dienen WASKA bzw. WASKO:

- der Falldokumentation,
- der Organisation und Reflexion der eigenen Arbeit,
- den Auswertungen (für Berichte o. Partner) und
- der ESF-Berichterstattung.

Für die ESF-Regiestelle dienen WASKA / WASKO:

- dem ESF-Monitoring und weiterer Berichterstattung,
- der Umsetzung, Begleitung und Koordination der Programme,
- der Vermittlung der Ergebnisse zwischen den beteiligten Akteuren und
- der Impulsgebung zur Weiterentwicklung der Programme.

Darüber hinaus werden die elektronischen Fallakten durch die wissenschaftliche Begleitung ausgewertet. Dies wird durch den Gesamtexport aller anonymisierten Daten realisiert.

Insgesamt können wir sagen, dass wir durch WASKA / WASKO über den Verlauf der Programme auskunftsfähig sind, allerdings nur wenn die Datenqualität dementsprechend ist. Entscheidend dafür ist natürlich die Kompetenz der Mitarbeiter/innen, die ein solches System bedienen. Aus diesem Grund sind Schulungen am System dringend erforderlich.

### Datenschutz

Ein ganz großes Thema bei solcher Software ist der Datenschutz. Bei den Datenverläufen, wie sie erhoben werden, handelt es sich um Individualdaten, die auf keinen Fall öffentlich werden dürfen. Darum ist der Datenschutz sehr hoch angesetzt. Die Regiestelle bekommt keine personenbezogenen Daten. Diese Daten haben nur die Kompetenzagenturen und Koordinationsstellen der 2. Chance.

Die Daten selber liegen bei „Citcom“. Das ist ein kommunales Rechenzentrum in Nordrhein-Westfalen mit höchstem Sicherheitsstandard. Die Daten werden über eine gesicherte Leitung „online“ in die Fallakte geschrieben und dann im Sicherheitsserver abgelegt. Jede Kompetenzagentur bzw. Koordinationsstelle hat dort praktisch ihren eigenen Server, so dass es keine Datenvermischung geben kann und darf. Die Regiestelle bekommt diese Daten nur anonymisiert. „Herr“ des Verfahrens ist immer die Kompetenzagentur, die uns beauftragt, diese Daten auszuwerten. Dies gilt auch für die wissenschaftliche Begleitung der beiden Programme.



# 6 Zitierte und weiterführende Literatur zu den Kapiteln

## Kapitel 1 und Vorwort

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld: Bertelsmann Verlag.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2007): Berufsbildungsbericht 2007. Berlin: BMBF.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Leitfaden lokales Übergangsmanagement. Von der Problemdiagnose zur praktischen Umsetzung. Gütersloh: Verlag der Bertelsmann Stiftung.

## Kapitel 2

Alda, Holger (2009): Kriterien für die Datengenerierung im Rahmen regionaler Berichtssysteme. In: Wissenschaftliche Begleitung der Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement (Hrsg.): Datengrundlagen für Regionales Übergangsmanagement. Dokumentation zum Entwicklungsworkshop am 16./17.12.2008. DJI-Halle, S. 3-9. [http://172.16.0.250/bibs/808\\_10720\\_Dokumentation\\_Workshop\\_Datengrundlagen\\_fuer\\_RUEM.pdf](http://172.16.0.250/bibs/808_10720_Dokumentation_Workshop_Datengrundlagen_fuer_RUEM.pdf)

Braun, Frank/Schäfer, Heiner (1990): Bibliographie zu den Lebensverhältnissen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Großstädten. München: Deutsches Jugendinstitut.

European Commission (Hrsg.) (1999): Guidelines for Participation. Round table conference on Towards a Europe for All: How should the Community support Member States to promote social inclusion? Brüssel.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2000): Aktive Beschäftigungspolitik gestalten – Erkenntnisse aus den Gemeinschaftsinitiativen zur Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen. Luxemburg.

Kühn, Axel (2008a): Bildungsberichterstattung aus regionaler und kommunaler Perspektive. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 7/2008. [http://www.statistik-portal.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag08\\_07\\_03.pdf](http://www.statistik-portal.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag08_07_03.pdf)

Kühn, Axel (2008b): Bildungsmonitoring auf Kreisebene. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 12/2008, S. 18–22. <http://wwwext.stala.bwl.de/BildungKultur/Analysen!Prognosen/bildungsmonitoring.pdf>

Stadt Duisburg (Hrsg.) (1993): Berufsbildungsbericht Duisburg 1993. Duisburg.

Kommunale Bildungsberichte (Auswahl): Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten (Hrsg.): Berufsbildungsberichte der Stadt Duisburg. [http://www.duisburg.de/vv/12/medien/Publikationsliste\\_Berufsbildungsbericht.pdf](http://www.duisburg.de/vv/12/medien/Publikationsliste_Berufsbildungsbericht.pdf)

Felger, Susanne (2005): Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf an der Badischen Bergstraße. 1. Weinheimer Berufsintegrationsbericht 2005. Weinheim. [http://www.jobcentral.de/upload/downloads/Erster\\_Weinheimer\\_Berufsintegrationsbericht\\_2005.pdf](http://www.jobcentral.de/upload/downloads/Erster_Weinheimer_Berufsintegrationsbericht_2005.pdf)

Felger, Susanne (2007): Lokale Verantwortung und kommunale Koordinierung am Übergang Schule – Beruf. 2. Weinheimer Berufsintegrationsbericht für Weinheim und die Badische Bergstraße 2007. Weinheim. [http://www.jobcentral.de/upload/downloads/2.BIB\\_2007.pdf](http://www.jobcentral.de/upload/downloads/2.BIB_2007.pdf)

Freie Hansestadt Hamburg (Hrsg.) (2009): Bildungsbericht Hamburg 2009. <http://schulreform.hamburg.de/contentblob/1601636/data/hr-bildungsbericht-langfassung.pdf>

Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.) (2008): Erziehung und Bildung in Offenbach. Bericht 2007. Offenbach. <http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/b3/10/00/ebo-2007-final.pdf>

Stadt Augsburg (Hrsg.) (2008): Erster Augsburger Bildungsbericht 2008. Augsburg. [http://www.bildung.augsburg.de/uploads/media/Erster\\_Augsburger\\_Bildungsbericht\\_2008.pdf](http://www.bildung.augsburg.de/uploads/media/Erster_Augsburger_Bildungsbericht_2008.pdf)

Stadt Dortmund. Der Oberbürgermeister (Hrsg.) (2008): Erster kommunaler Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund 2007. Münster: Waxmann Verlag.

Stadt Freiburg im Breisgau (Hrsg.) (2008): Bildung in Freiburg 2008. 1. Bildungsbericht der Stadt Freiburg im Breisgau. [http://www.freiburg.de/servlet/PB/show/1202142\\_11/Bildungsbericht\\_Freiburg\\_2008\\_Webversion.pdf](http://www.freiburg.de/servlet/PB/show/1202142_11/Bildungsbericht_Freiburg_2008_Webversion.pdf)

Stadt Herne (Hrsg.) (2008): Kommunaler Bildungsbericht Stadt Herne 2008. Herne. [http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/files/\\_Bildungsbericht\\_2008/\\$file/Kommunaler%20Bildungsbericht%202008.pdf](http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/files/_Bildungsbericht_2008/$file/Kommunaler%20Bildungsbericht%202008.pdf)

Stadt München (Hrsg.) (2006): 1. Münchner Bildungsbericht 2006 (in der Systematik des Konsortiums Bildungsberichterstattung vom Juni 2006). Bildung zur Angelegenheit vor Ort machen. München. <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/985471.pdf>

Stadt Ravensburg (Hrsg.) (2009): Bildungsbericht der Stadt Ravensburg 2009. Ravensburg. [http://www.ravensburg.de/rv/pdf/RV\\_Bildungsbericht\\_web.pdf](http://www.ravensburg.de/rv/pdf/RV_Bildungsbericht_web.pdf)

Nationale Bildungsberichte: Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006): Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld: Bertelsmann Verlag.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld: Bertelsmann Verlag.

## Kapitel 3

Beicht, Ursula/Friedrich, Michael/Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.) (2008): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Leitfaden lokales Übergangsmanagement. Von der Problemdiagnose zur praktischen Umsetzung. Gütersloh: Verlag der Bertelsmann Stiftung.

Daigler, Claudia (2008): Zum Nutzen des Schulabsolventenlängsschnitts für das Stuttgarter Übergangsmanagement. In: Dokumentation zum Entwicklungsworkshop „Lokale Schulabsolventenlängsschnitte“ am 03.07.2008 in Halle/Saale.

DJI-Schulabsolventenstudien: <http://172.16.0.250/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=564&Jump1=RECHTS&Jump2=L1&EXTRALIT=%3CH3%3EProjektliteratur%3C%2FH3%3E>

Förster, Heike/Kuhnke, Ralf/Skrobanek, Jan (Hrsg.) (2006): Am Individuum ansetzen. Strategien und Effekte der beruflichen Förderung von benachteiligten Jugendlichen. Übergänge in Arbeit, Band 6. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

Gaupp, Nora/ Lex, Tilly/ Reißig, Birgit/Braun, Frank (2008): Von der Hauptschule in Ausbildung und Erwerbsarbeit. Berlin/Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Gaupp, Nora/ Geier, Boris (2008): Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur zweiten Erhebung. München. [http://172.16.0.250/bibs/564\\_10330\\_Stuttgarter\\_Schulabsolventenstudie\\_Zweite\\_Erhebung.pdf](http://172.16.0.250/bibs/564_10330_Stuttgarter_Schulabsolventenstudie_Zweite_Erhebung.pdf)

Kuhnke, Ralf/Mahl, Franciska (2009): Leipziger Mittelschülerinnen und Mittelschüler auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur dritten Erhebung der Leipziger Schulabsolventenstudie. Leipzig. <http://www.uebergangsmanagement-leipzig.de/index.php?id=111>

Reißig, Birgit/Gaupp, Nora/Lex, Tilly (Hrsg.) (2008): Hauptschüler auf den Weg von der Schule in die Arbeitswelt. Übergänge in Arbeit, Band 9. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

Schulamt der Stadt Köln (Hrsg.) (2009): Kölner Schulabgängerbefragung 2009: Erste Ergebnisse. Köln. [http://www.bildung.koeln.de/berufswahl/schulabgaenger\\_befragung/index.html](http://www.bildung.koeln.de/berufswahl/schulabgaenger_befragung/index.html)

Wissenschaftliche Begleitung der Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement (Hrsg.) (2009): Datengrundlagen für Regionales Übergangsmanagement. Dokumentation zum Entwicklungsworkshop am 16./17.12.2008. Halle. [http://172.16.0.250/bibs/808\\_10720\\_Dokumentation\\_Workshop\\_Datengrundlagen\\_fuer\\_RUEM.pdf](http://172.16.0.250/bibs/808_10720_Dokumentation_Workshop_Datengrundlagen_fuer_RUEM.pdf)

#### Kapitel 4

Arbeitsstiftung Hamburg (Hrsg.) (2005): Hamburger Hauptschulmodell. Berufsorientierung und Ausbildungsplatzvermittlung für Hamburger Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Hamburg. [http://www.agenturmark.de/fileadmin/agenturmark/schule\\_beruf/Projektbeschreibung\\_HH\\_Hauptschulmodell.pdf](http://www.agenturmark.de/fileadmin/agenturmark/schule_beruf/Projektbeschreibung_HH_Hauptschulmodell.pdf)

Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (Hrsg.) (2006): Schüler-Online. [http://www.krz.de/media/custom/396\\_1285\\_1.PDF?loadDocument&ObjSvrID=396&ObjID=1285&ObjLa=1&Ext=PDF&\\_ts=1156850190](http://www.krz.de/media/custom/396_1285_1.PDF?loadDocument&ObjSvrID=396&ObjID=1285&ObjLa=1&Ext=PDF&_ts=1156850190)

#### Kapitel 5

Kreidenweis, Helmut (2005): Expertise: Die Hilfeplanung im Spiegel ausgewählter Software. München. Lex, Tilly (2006): IT-gestützte Dokumentationssysteme. In: Lex/Gaupp/Reißig/Adamczyk: Übergangsmanagement: Jugendliche von der Schule ins Arbeitsleben lotsen. Ein Handbuch aus dem Modellprogramm „Kompetenzagenturen“. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut, S. 113–133.

Schmid, Martin/Axhausen, Silke/Kirchlechner, Berndt/Frietsch, Robert/Vogt, Irmgard (Hrsg.) (2001): EDV-gestützte klientenbezogene Dokumentationssysteme in der Sozialen Arbeit - Information und kritische Sichtung. Fachtagung im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt am Main am 30./31. März 2000.

## Reihe „Übergänge in Arbeit“ im DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut

Bezug über den Buchhandel, es gelten die Bezugsbedingungen von VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden (vormals Leske + Budrich, Opladen)



Thomas Gericke, Tilly Lex, Günther Schaub, Maria Schreiber-Kittl, Haike Schröpfer (Hrsg.)  
**Jugendliche fördern und fordern**  
Strategien und Methoden einer aktivierenden Jugendsozialarbeit  
Übergänge in Arbeit, Band 1  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 3-87966-404-8  
EUR 14,50



Maria Schreiber-Kittl, Haike Schröpfer  
**Abgeschrieben?**  
Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Schulverweigerer  
Übergänge in Arbeit, Band 2  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 3-87966-405-6  
EUR 9,80



Thomas Gericke  
**Duale Ausbildung für Benachteiligte**  
Eine Untersuchung zur Kooperation von Jugendsozialarbeit und Betrieben  
Übergänge in Arbeit, Band 3  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 3-87966-407-2  
EUR 8,90



Ulrike Richter (Hrsg.)  
**Jugendsozialarbeit im Gender Mainstream**  
Gute Beispiele aus der Praxis  
Übergänge in Arbeit, Band 4  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2007  
ISBN 3-87966-408-0  
EUR 9,90



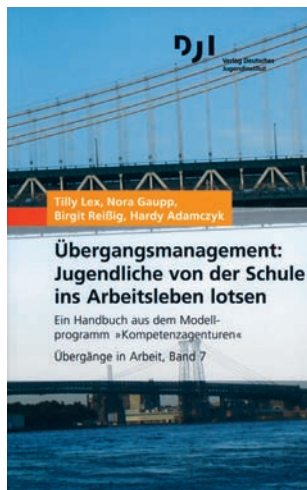
Tilly Lex, Günther Schaub  
**Arbeiten und Lernen im Jugendhilfebetrieb**  
Zwischen Arbeitsförderung und Marktorientierung  
Übergänge in Arbeit, Band 5  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 3-87966-409-9  
EUR 9,90



Heike Förster, Ralf Kuhnke, Jan Skrobanek  
**Am Individuum ansetzen**  
Strategien und Effekte der beruflichen Förderung von benachteiligten Jugendlichen  
Übergänge in Arbeit, Band 6  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 978-3-87966-412-2  
EUR 13,80

## Reihe „Übergänge in Arbeit“ im DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut

Bezug über den Buchhandel, es gelten die Bezugsbedingungen von VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden (vormals Leske + Budrich, Opladen)

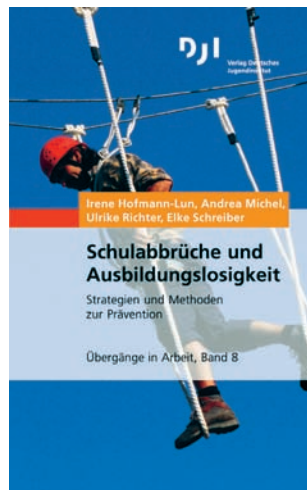


Tilly Lex, Nora Gaupp,  
Birgit Reißig, Hardy Adamczyk

### **Übergangmanagement: Jugendliche von der Schule ins Arbeitsleben lotsen**

Ein Handbuch aus dem Modell-  
programm »Kompetenzagenturen«

Übergänge in Arbeit, Band 7  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 978-3-87966-413-9  
EUR 9,80



Irene Hofmann-Lun,  
Andrea Michel, Ulrike Richter,  
Elke Schreiber

### **Schulabbrüche und Ausbildungslosigkeit**

Strategien und Methoden  
zur Prävention

Übergänge in Arbeit, Band 8  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2007  
ISBN 978-3-8966-414-6  
EUR 13,80



Birgit Reißig, Nora Gaupp,  
Tilly Lex

### **Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt.**

Übergänge in Arbeit, Band 9  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2008

ISBN 978-3-87966-415-3  
EUR 13,80